



19. Oktober 2022

Schutz von Kindern vor Gewalt in der Erziehung

Bericht des Bundesrates
in Erfüllung des Postulats 20.3185 Bulliard-
Marbach vom 4. Mai 2020



Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	4
1 Auftrag	5
1.1 Ausgangslage	5
1.2 Bisherige Haltung von Bundesrat und Parlament	5
1.3 Das Postulat 20.3185	7
2 Elterliche Erziehung und Gewalt gegenüber Kindern	7
2.1 Elterliche Erziehung	7
2.1.1 Pflicht der Eltern zur Erziehung	7
2.1.2 Abgrenzungen gegenüber anderen Betreuungssituationen	8
2.2 Gewalt gegenüber Kindern	9
2.2.1 Gewalt in der Familie	9
2.2.2 Formen von Gewalt	9
2.2.3 Abgrenzungen	11
2.3 Statistische Angaben und weitere Erhebungen aus der Praxis	12
3 Geltende Rechtslage	13
3.1 Internationales Recht	13
3.1.1 Instrumente der UNO	13
3.1.2 Instrumente des Europarats	15
3.2 Bundesverfassung	16
3.3 Zivilrecht	17
3.4 Strafrecht	19
3.5 Rechtslage in Europa	20
3.6 Würdigung	21
4 Vorschlag für eine gesetzliche Regelung im Zivilgesetzbuch	22
4.1 Vorbemerkung	22
4.2 Sinn und Zweck der neuen gesetzlichen Regelung	22
4.3 Vorschlag einer Ergänzung von Artikel 302 ZGB	24
4.3.1 Formulierungsvorschlag	24
4.3.2 Gesetzliche Verankerung der elterlichen Pflicht zur gewaltfreien Erziehung	24
4.3.3 Verbesselter Zugang zu Stellen mit Beratungs- und Hilfsangeboten	26
4.3.4 Verhältnis zu Interventionen der KESB und Kinderschutzmassnahmen	27
5 Schlussfolgerungen	27
6 Materialien- und Literaturverzeichnis	29
6.1 Materialien	29
6.2 Literaturverzeichnis	30

Zusammenfassung

Mit dem Postulat 20.3185 Bulliard-Marbach «Schutz von Kindern vor Gewalt in der Erziehung» wurde der Bundesrat beauftragt zu prüfen, wie der Schutz von Kindern vor Gewalt in der Erziehung im Zivilgesetzbuch (ZGB) verankert werden kann.

Nachdem das sogenannte Züchtigungsrecht im Jahr 1978 abgeschafft wurde, ist nach geltendem Recht Gewalt gegenüber Kindern im Rahmen der elterlichen Erziehung heute nicht erlaubt. Völkerrechtlich besteht ein Rechtsrahmen, der Gewalt an Kindern generell verbietet, und diese Bestimmungen sind auch für die Schweiz verbindlich. Verfassungsrechtlich ist das Recht von Kindern und Jugendlichen auf besonderen Schutz ihrer Unversehrtheit und die Förderung ihrer Entwicklung gewährleistet. Die bestehenden Gesetzesbestimmungen im Strafrecht und im zivilrechtlichen Kinderschutz sowie das Kinder- und Jugendhilfesystem und entsprechende Sensibilisierungsmassnahmen schützen das Kind vor Gewalt in der Familie. Nach Ansicht des Bundesrates ist daher keine neue Gesetzesbestimmung zum Schutz von Kindern vor Gewalt nötig, namentlich auch, weil sich das Ziel der gewaltfreien Erziehung grundsätzlich besser durch ein ausgebautes Kinder- und Jugendhilfesystem und aktive Sensibilisierungsprogramme als durch neue gesetzliche Bestimmungen erreichen lässt. Nach Ansicht des Bundesrats kann es nicht Aufgabe des Staates sein, den Eltern weitere Erziehungsvorschriften zu machen. Das Parlament folgte bisher dieser Einschätzung des Bundesrats. In seiner Antwort auf die Motion 19.4632 «Gewaltfreie Erziehung im ZGB verankern» hat sich der Bundesrat jedoch bereit erklärt zu prüfen, wie diesem Anliegen am besten entsprochen werden könnte, und er hat das Postulat 20.3185 daher zur Annahme empfohlen.

In Erfüllung dieses Prüfauftrags wird zuerst die aktuelle Lage in der Schweiz sowohl in rechtlicher Hinsicht als auch anhand von statistischen Angaben und Praxiserhebungen analysiert. Gleichzeitig wird die Rechtslage in den Nachbarstaaten und einer Anzahl weiterer europäischer Staaten untersucht. Es zeigt sich, dass eine Minderheit der Kinder auch in der Schweiz nach wie vor Gewalt durch ihre Eltern als Erziehungsmassnahme erfährt. Im Ausland legen Untersuchungen über mehrere Jahre nahe, dass ein ausdrückliches Verbot und die begleitenden Sensibilisierungs- und Informationskampagnen in einzelnen Staaten mittelfristig zu einer positiven Veränderung im Erziehungsverhalten der Eltern und zu einer Senkung der Gewaltakzeptanz geführt haben. Die Schweiz gehört heute in Europa mittlerweile zwar zu einer Minderheit von Ländern, die keine gesetzliche Verankerung eines Gewaltverbots in der Erziehung respektive der Förderung der gewaltfreien Erziehung kennt. Allerdings konnte auch in der Schweiz über die letzten Jahrzehnte insgesamt eine bedeutsame, kontinuierliche Reduktion der Gewalthäufigkeiten beobachtet werden.

Ausgehend von dieser Analyse liefert der vorliegende Bericht den verlangten konkreten und nach Möglichkeit mehrheitsfähigen Vorschlag für eine ausdrückliche Verankerung der gewaltfreien Erziehung im Gesetz. Demnach könnte dieses Anliegen durch die Schaffung einer programmatischen Norm im ZGB (als Teil der Bestimmung zur elterlichen Erziehung) umgesetzt werden, welche ausdrücklich die Pflicht der Eltern zur gewaltfreien Erziehung ihrer Kinder festhalten würde: Die Eltern haben ihre Kinder «ohne Anwendung von körperlichen Bestrafungen und anderen Formen entwürdigender Gewalt» zu erziehen. Es würde damit kein direkt durchsetzbarer Rechtsanspruch des Kindes geschaffen. Die Bestimmung hätte vielmehr Leitbildcharakter und könnte daher vorab bei der Prävention herangezogen werden. In diesem Sinne könnte sie mit einer Regelung über die Förderung des Zugangs zu Stellen mit Beratungs- und Hilfsangeboten ergänzt werden. Solche flankierenden Massnahmen können die Entfaltung der gewünschten Wirkung der gesetzlichen Regelung begünstigen.

Bericht des Bundesrates: Schutz von Kindern vor Gewalt in der Erziehung

Dieser präventive Ansatz würde sich als Ergänzung in das bestehende System einfügen, ohne die aktuelle Funktionsweise der Kindes- und Erwachsenenschutz- und der Strafverfolgungsbehörden infrage zu stellen oder zu verändern. Die Eltern würden bei Nichteinhaltung einer solchen Regelung weder kriminalisiert noch in ihrer bisherigen Erziehungsfreiheit eingeschränkt. Auch sollte dies nicht zu einer Zunahme von Interventionen der Kindesschutzbehörde oder von Kindesschutzmassnahmen oder zu einer Änderung beziehungsweise Senkung der Schwelle für behördliche Interventionen führen. Der Fokus wäre vielmehr präventiv auf das Wohl des Kindes und die Hilfestellungen für Eltern und Kinder in Konfliktlagen zu richten.

Bericht des Bundesrates: Schutz von Kindern vor Gewalt in der Erziehung

1 Auftrag

1.1 Ausgangslage

Mit der Revision des Kindesrechts von 1978 wurde das sog. Züchtigungsrecht der Eltern, wonach diese befugt waren, «die zur Erziehung der Kinder nötigen Züchtigungsmittel anzuwenden» (alt Art. 278 ZGB¹), abgeschafft. Seither wurden mehrere parlamentarische Vorstösse eingereicht mit dem Ziel, Kinder vor Gewalt in der Familie besser zu schützen und das Verbot von Körperstrafen und anderer erniedrigender Handlungen bzw. das Recht auf eine gewaltfreie Erziehung gesetzlich explizit zu verankern.² Zudem wurde die Schweiz auf internationaler Ebene mehrmals ermahnt, eine gesetzliche Regelung zu schaffen (siehe dazu Ziff. 3.1).

Das Anliegen wurde auch von Seiten der Zivilgesellschaft sowie der Wissenschaft³ thematisiert. Das *Centre interfacultaire des droits de l'enfant* veranstaltete im Mai 2018 gemeinsam mit dem Schweizerischen Kompetenzzentrum für Menschenrechte, dem *Institut international des droits de l'enfant* sowie weiteren Partnern ein internationales Kolloquium zum Thema «Für einen besseren Schutz von Kindern in der Schweiz: Verbot von Körperstrafen?». ⁴ Dort wurde der sog. Appell von Bern zur Schaffung eines ausdrücklichen Verbots von Körperstrafen und anderen erniedrigenden Behandlungen von Kindern im Zivilgesetzbuch (ZGB) verabschiedet.⁵

Die Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ) hat sich sodann im November 2019 für eine gesetzliche Norm im Zivilgesetzbuch (ZGB) ausgesprochen: In der Schweiz fehle zurzeit «eine Leitlinie [...], die Gewalt in der Erziehung ächtet und an der sich Erziehende orientieren können, bevor Gewalt überhaupt zum Thema wird und auf die sich Fachpersonen einfach berufen können. Die Europäischen Länder, die ihre Gesetze angepasst haben, haben gezeigt, dass eine solche Norm entscheidend zur Verminderung von Gewaltanwendung in der Erziehung beiträgt und dass sie auch die Einstellung und das Verhalten von Eltern in Bezug auf Gewalt beeinflusst.»⁶

Im Anschluss daran reichte Nationalrätin Christine Bulliard-Marbach im Dezember 2019 die Motion 19.4632 «Gewaltfreie Erziehung im ZGB verankern» ein. Damit soll der Bundesrat beauftragt werden, im ZGB einen Artikel aufzunehmen, durch welchen für Kinder das Recht auf gewaltfreie Erziehung verankert wird, um sie vor körperlicher Bestrafung, seelischen Verletzungen und anderen entwürdigenden Massnahmen zu schützen. Der Bundesrat beantragte am 26. Februar 2020 die Ablehnung der Motion, stellte aber in Aussicht, das Anliegen mit Blick auf die Ausführungen der EKKJ in einem Bericht zu prüfen. Der Nationalrat hat die Motion am 30. September 2021 angenommen.⁷

1.2 Bisherige Haltung von Bundesrat und Parlament

Der Bundesrat hat in den letzten Jahren wiederholt festgehalten, dass nach heutiger Auffassung ein Züchtigungsrecht der Eltern mit dem Kindeswohl nicht mehr vereinbar ist, auch

¹ SR 210.

² Bereits 1996 z.B. Motion 96.3176 Kommission für Rechtsfragen NR «Rechtliches Verbot der Körperstrafe und erniedrigender Behandlung von Kindern», später die folgenden Vorstösse: Anfrage 13.1022 Fehr «Gewalt in der Erziehung. Wie stoppen?»; Motion 13.3156 Feri «Gewaltfreie Erziehung»; Motion 15.3639 Galladé «Abschaffung des Züchtigungsrechts»; Motion 18.3603 Marchand-Balet «Im Zivilgesetzbuch ein Verbot von Körperstrafen und anderen erniedrigenden Handlungen gegenüber Kindern verankern»; Motion 19.4632 Bulliard-Marbach «Gewaltfreie Erziehung im ZGB verankern».

³ So bspw. FASSBIND, § 8 II. 3, der bereits 2006 de lege ferenda eine ausdrückliche Regelung im ZGB forderte.

⁴ <https://www.skmr.ch/de/themenbereiche/kinderpolitik/artikel/kolloquium-koerperstrafen.html?zur=92>.

⁵ Ibid.

⁶ EKKJ-Positionspapier 2019, S. 16.

⁷ AmtlBull NR 2021, 2034.

Bericht des Bundesrates: Schutz von Kindern vor Gewalt in der Erziehung

wenn im geltenden Zivilgesetzbuch kein ausdrückliches Verbot von Gewalt an Kindern in der Erziehung enthalten ist.⁸ Die systematische Anwendung von körperlicher Gewalt als Erziehungsmethode verletzt eindeutig das Kindeswohl.⁹ Die Einführung einer neuen Gesetzesbestimmung sei daher nicht notwendig. Die aktuellen Strafrechtsbestimmungen, zusammen mit dem gut ausgebautem Kinder- und Jugendschutz und einem Kinder- und Jugendhilfesystem, erreichten weitaus mehr als ein ausdrückliches gesetzliches Züchtigungsverbot. Der Bundesrat verwies zudem auf die Bedeutung von Prävention durch aktive Sensibilisierungs- und Aufklärungsprogramme.¹⁰ Gestützt auf Artikel 26 des Kinder- und Jugendförderungsgesetzes (KJFG)¹¹ werden daher zwischen 2014 und 2022 Programme der Kantone im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe durch Finanzhilfen des Bundes unterstützt.¹² Verschiedene Kantone haben seither mit den vom Bund unterstützten Programmen Beratungsangebote für Kinder und Familien weiterentwickelt und/oder Massnahmen im Bereich Kinderschutz umgesetzt.¹³

Aus diesen Gründen lehnte der Bundesrat bisher parlamentarische Vorstösse zur Einführung eines ausdrücklichen Züchtigungsverbot bzw. des Rechts des Kindes auf eine gewaltfreie Erziehung im Gesetz ab, und das Parlament ist dem Bundesrat stets gefolgt.

Die Argumente des Bundesrats gegen eine gesetzliche Verankerung des Züchtigungsverbots können folgendermassen zusammengefasst werden:

- Die Anwendung von Gewalt gegenüber Kindern als Erziehungsmethode, insbesondere auch in Form körperlicher Züchtigung, ist weder mit der Bundesverfassung (Art. 11 Abs. 1 BV¹⁴) noch mit der UNO-Kinderrechtskonvention (KRK)¹⁵ vereinbar.¹⁶
- Durch verschiedene Gesetzesänderungen, namentlich die neue Bestimmung über die elterliche Sorge, welche dem Kindeswohl zu dienen hat (Art. 296 Abs. 1 ZGB), den Entzug des Sorgerechts aufgrund von Gewalttätigkeit (Art. 311 ZGB) sowie die Melderechte und Meldepflichten für die Fachpersonen bei Verdacht auf Gefährdung des Kindeswohls (Art. 314c ff. ZGB), wurde der Schutz des Kindes vor Gewalt im Zivilgesetzbuch bereits verstärkt.
- Das Kind ist durch die bestehenden Regelungen im Strafrecht (Art. 126 StGB¹⁷ betr. Tötlichkeiten, Art. 123 StGB betr. einfache Körperverletzung, Art. 122 StGB betr. schwere Körperverletzung) vor körperlicher oder psychischer Gewaltanwendung geschützt.

⁸ Motion 15.3639 Galladé «Abschaffung des Züchtigungsrechts»; Motion 18.3603 Marchand-Balet «Im Zivilgesetzbuch ein Verbot von Körperstrafen und anderen erniedrigenden Handlungen gegenüber Kindern verankern»; Motion 19.4632 Bulliard-Marbach «Gewaltfreie Erziehung im ZGB verankern».

⁹ So schon im Bericht Po. Fehr 2012. Siehe auch die Stellungnahme des Bundesrates zu den in Fussnote 2 zitierten Vorstössen.

¹⁰ Motion 19.4632 Bulliard-Marbach «Gewaltfreie Erziehung im ZGB verankern».

¹¹ Bundesgesetz über die Förderung der ausserschulischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen vom 30. September 2011 (SR **446.1**). Gestützt darauf kann der Bund mittels befristeter Anschubfinanzierung bis Ende 2022 kantonale Programme zur konzeptuellen Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendpolitik – die Politik der frühen Kindheit eingeschlossen – unterstützen. Weiter kann der Bund über die Kredite «Kinderschutz» und «Kinderrechte» Organisationen subventionieren, welche gesamtschweizerisch oder sprachregional in den Themenbereichen Kinderschutz und Kinderrechte tätig sind (siehe Verordnung über Massnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen sowie zur Stärkung der Kinderrechte vom 11. Juni 2010, SR **311.039.1**). Die Finanzhilfen Kinderschutz tragen unter anderem zum Schutz von Kindern und Jugendlichen (Kinder im Vorschulalter eingeschlossen) vor allen Formen von körperlicher oder geistiger Gewaltanwendung, Misshandlung und Ausbeutung bei. Siehe auch Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV), Grundlagenpapier zur Gewährung von Finanzhilfen zur Stärkung des Kinderschutzes Kredit «Kinderschutz», April 2020, verfügbar unter www.bsv.admin.ch > Finanzhilfen > Kinderschutz / Kinderrechte). Ausserdem zu erwähnen ist auch die finanzielle Unterstützung von Familienorganisationen, welche sich auf die Verordnung über Finanzhilfen an Familienorganisationen vom 19. Juni 2020 (SR **836.22**) stützt, siehe auch www.bsv.admin.ch > Finanzhilfen > Familienorganisationen.

¹² Vgl. Anfrage 13.1022 Fehr «Gewalt in der Erziehung. Wie stoppen?»; Motion 13.3156 Feri «Gewaltfreie Erziehung»; Motion 18.3603 Marchand-Balet «Im Zivilgesetzbuch ein Verbot von Körperstrafen und anderen erniedrigenden Handlungen gegenüber Kindern verankern».

¹³ Vgl. Zwischenbilanz aus dem Jahr 2017 zu den Finanzhilfen: BOLLIGER/SAGER 2017.

¹⁴ SR **101**.

¹⁵ Übereinkommen vom 20. November 1989 über die Rechte des Kindes (KRK), in Kraft für die Schweiz am 26. März 1997 (SR **0.107**).

¹⁶ Interpellation 11.3528 Fehr «Körperliche Züchtigung im Namen Gottes?».

¹⁷ SR **311**.

Bericht des Bundesrates: Schutz von Kindern vor Gewalt in der Erziehung

1.3 Das Postulat 20.3185

Am 4. Mai 2020 reichte Nationalrätin Christine Bulliard-Marbach das Postulat 20.3185 «Schutz von Kindern vor Gewalt in der Erziehung» ein. Das Postulat lautet:

«Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen und in einem Bericht darzustellen, wie der Schutz von Kindern vor Gewalt in der Erziehung im ZGB verankert werden kann».

Zur Begründung wurde Folgendes ausgeführt:

«Der Bundesrat hat in seiner Stellungnahme zur Motion 19.4632 festgehalten, er sei bereit, im Rahmen eines Berichts zu prüfen, wie dem Anliegen, im ZGB den Grundsatz der gewaltfreien Erziehung zu verankern, am besten entsprochen werden kann. In diesem Sinne wird er aufgefordert, diesen angekündigten Bericht auszuarbeiten und darin eine mehrheitsfähige Lösung vorzuschlagen».

Der Bundesrat beantragte am 1. Juli 2020 die Annahme des Postulats; der Nationalrat nahm das Postulat am 9. Dezember 2020 an.¹⁸

2 Elterliche Erziehung und Gewalt gegenüber Kindern

2.1 Elterliche Erziehung

2.1.1 Pflicht der Eltern zur Erziehung

Als Inhaber der elterlichen Sorge leiten die Eltern im Blick auf das Wohl des Kindes seine Pflege und Erziehung und treffen unter Vorbehalt seiner eigenen Handlungsfähigkeit die nötigen Entscheidungen (Art. 301 Abs. 1 ZGB). Eltern müssen ihre Kinder erziehen. Der schweizerische Gesetzgeber hat im Rahmen der elterlichen Sorge das Recht und die Pflicht der Eltern, die Kindern zu erziehen, in Artikel 302 ZGB ausdrücklich festgelegt. Demgegenüber ist gesetzlich jedoch nicht vorgeschrieben, wie bzw. nach welchen Methoden die Erziehung erfolgen soll. Vielmehr hat der Gesetzgeber elementare Leitlinien festgelegt, nämlich der Schutz und die Förderung der körperlichen, geistigen und sittlichen Entfaltung des Kindes.¹⁹ Da Stief- und Pflegeeltern die Eltern in der Ausübung der elterlichen Sorge – und somit in der Erziehung – vertreten (Art. 299 f. ZGB), gelten diese sowie die nachfolgenden Ausführungen auch für sie.²⁰

Kernziel der Erziehung ist «eine ausgewogene Entwicklung der Gesamtpersönlichkeit des Kindes und die Fähigkeit zu sozialer Integration sowie zu Freiheit und Selbständigkeit».²¹ Dabei dürfen die Eltern aber nicht jegliche Erziehungsmittel anwenden: Nur diejenigen Erziehungsmittel, die mit dem Kindeswohl in Einklang stehen, lassen sich mit dem Erziehungszweck rechtfertigen (Art. 301 Abs. 1 ZGB).²² Eine weitere Beschränkung stellt die Achtung der Persönlichkeit des Kindes dar.²³ In der Erziehung müssen sich die Eltern am Kindeswohl

¹⁸ Siehe Debatte und Entscheidung des Nationalrats in der Rubrik «Chronologie» unter folgendem Link: www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20203185.

¹⁹ MEIER/STETTLER, N. 1270 ss. Zu beachten ist, dass sich die Begriffe Erziehung und Pflege hinsichtlich der dazu erforderlichen Handlungen der Eltern weitgehend decken.

²⁰ Siehe auch BSK ZGB I- SCHWENZER/COTTIER, Art. 299 N 3 ff. sowie BSK ZGB I- SCHWENZER/COTTIER, Art. 300 N 4.

²¹ BSK ZGB I- SCHWENZER/COTTIER, Art. 302 N 7; sowie RAVEANE mit weiteren Hinweisen zum Verständnis der einzelnen Bereiche.

²² MICHEL, S. 57.

²³ BSK ZGB I- SCHWENZER/COTTIER, Art. 301 N 2. Zu den Grenzen zwischen dem Erziehungsrecht der Eltern und dem Persönlichkeitsrecht des Kindes siehe TROST, S. 27 ff.

Bericht des Bundesrates: Schutz von Kindern vor Gewalt in der Erziehung

orientieren, und «die Person und Freiheit des Kindes [...] achten, sie dürfen notwendigen Widerstand nicht unterdrücken und sein Selbstwertgefühl nicht zerstören».²⁴ Zudem sollen die Eltern im Rahmen ihrer Erziehungstätigkeit insbesondere mit der Schule zusammenarbeiten oder bei Bedarf, d.h. bei erzieherischen Schwierigkeiten, den Rat fachkundiger Stellen der Schule oder der öffentlichen und gemeinnützigen Jugendhilfe einholen (Art. 302 Abs. 3 ZGB).²⁵

Auch die KRK sieht vor, dass die Eltern für die Erziehung und Entwicklung des Kindes verantwortlich sind (Art. 18 KRK). Nach der Allgemeinen Bemerkung Nr. 8 des Kinderrechtsausschusses ist es für die gesunde Entwicklung des Kindes erforderlich, dass die Eltern den Kindern die notwendigen und der Entwicklung angepassten Anleitungen geben, damit sie die Fähigkeiten für ein verantwortungsvolles Leben in der Gesellschaft entwickeln können.²⁶ Die Allgemeine Bemerkung Nr. 13 sieht ebenfalls vor, dass als Präventionsmassnahme den Eltern u.a. «des techniques de discipline positive» als Erziehungsmethoden vermittelt werden.²⁷

Dies entspricht auch den Empfehlungen des Europarats (siehe Ziff. 3.1.2) über die «parentalité positive» («positive Elternschaft»). Darunter wird ein Erziehungsverhalten der Eltern verstanden, welches sich am Kindeswohl orientiert, gewaltfrei ist, dem Kind Anerkennung und Hilfe bietet und gestützt auf eine Reihe von Anhaltspunkten die ganzheitliche Entwicklung des Kindes zum Ziel hat.²⁸ Dieser Erziehungsansatz versteht sich gemäss der *Global Initiative to end all corporal punishment of children* als sinnvolle Ergänzung zu einem gesetzlichen Gewaltverbot.²⁹

2.1.2 Abgrenzungen gegenüber anderen Betreuungssituationen

Nicht nur die Eltern sowie allfällige Stief- oder Pflegeeltern sind für die Kindeserziehung verantwortlich. Auch in der ausserfamiliären Betreuung in einem Heim oder in der Kindertagesbetreuungsstätte beziehungsweise in der Schule brauchen die Kinder Anleitung, Begleitung und Regeln.

Das Vorhandensein der notwendigen Kompetenz seitens der verantwortlichen Personen wird zum Teil im Rahmen eines Bewilligungsverfahrens geprüft: Gerade bei einer Platzierung in einem Heim muss dieses über eine Bewilligung verfügen, womit unter anderen gewährleistet wird, dass die Heimleitung und die Mitarbeitenden aufgrund ihrer «erzieherischen Befähigung und Ausbildung für die Aufgabe geeignet sind» (Art. 15 Abs. 1, Bst. b PAVO³⁰). Anzuführen ist, dass auch bei den Pflegeeltern, welche gemäss Artikel 4 PAVO einer Bewilligungspflicht unterworfen sind, die erzieherische Eignung eine Voraussetzung für die Erteilung der Bewilli-

²⁴ BSK ZGB I- SCHWENZER/COTTIER, Art. 301 N 7, mit Verweis auf Botschaft Kindesrecht.

²⁵ BSK ZGB I- SCHWENZER/COTTIER, Art. 302 N 13.

²⁶ Siehe CRC, Observation générale no 8 (2006), Ziff. 13. In Umsetzung davon bietet z.B. Kinderschutz Schweiz an Eltern gerichtete Kurse (Starke Eltern - starke Kinder®) an, wo diesen anleitende Erziehung vermittelt wird: www.kinderschutz.ch/eltern-und-erziehungsberechtigte/anleitende-erziehung.

²⁷ Siehe CRC, Observation générale no 13 (2011), Ziff. 47 lit. c/i. Die Technik der "discipline positive" oder in Englisch "positive discipline" wird in der Schweiz u.a. als positive oder stärkende Erziehung (und nicht "Disziplinierung") bezeichnet. Der Ansatz der "positive discipline" will eine gesunde Beziehung zum Kind aufbauen und positives Verhalten fördern, statt Kinder zu bestrafen und sich darauf zu konzentrieren, was nicht geschehen soll (vgl. dazu UNICEF Deutschland: www.unicef.de/informieren/aktuelles/blog/eltern-tips-erziehung-positive-disziplin/240274, mit konkreten Vorgehensweisen). Siehe dazu auch die Empfehlung des Kinderrechtsausschusses an die Schweiz in Observations finales CRC-CH 2021, Ziff. 27b) « D'allouer des moyens suffisants aux campagnes de sensibilisation qui visent à promouvoir des méthodes d'éducation et de discipline positives, non violentes et participatives [...] ».

²⁸ Annexe à la Recommandation Rec(2006)19, Art. 1 Définitions : « Parentalité positive » se réfère à un comportement parental fondé sur l'intérêt supérieur de l'enfant qui vise à l'élever et à le responsabiliser, qui est non violent et lui fournit reconnaissance et assistance, en établissant un ensemble de repères favorisant son plein développement.

²⁹ Siehe «Global Initiative to end all corporal punishment of children»: <https://endcorporalpunishment.org/resources/positive-discipline-resources/>.

³⁰ Verordnung über die Aufnahme von Pflegekindern (Pflegekinderverordnung, PAVO) vom 19. Oktober 1977 (SR 211.222.338).

Bericht des Bundesrates: Schutz von Kindern vor Gewalt in der Erziehung

gung (Art. 5 PAVO) ist. In diesen Konstellationen wird die Eignung zur Erziehung im Rahmen des Bewilligungsverfahrens und auch anschliessend im Rahmen der Aufsicht regelmässig überprüft.

Der Einsatz von Gewalt durch diese Erziehungsverantwortlichen ist gleichermassen verboten. Das wird in den jeweiligen Reglementen auf Ebene der Institution bzw. auf kantonaler Ebene festgelegt.³¹ Die Betreuungssituationen in einem Heim oder in der Schule oder Tagesstruktur sind jedoch nicht Thema dieses Berichts, der ausschliesslich auf die Erziehung im familiären Umfeld fokussiert.

2.2 Gewalt gegenüber Kindern

2.2.1 Gewalt in der Familie

Nach Artikel 19 KRK wird unter Gewalt gegenüber Kindern jede Form körperlicher oder geistiger Gewaltanwendung, Schadenszufügung oder Misshandlung, Verwahrlosung oder Vernachlässigung, schlechte Behandlung oder Ausbeutung einschliesslich des sexuellen Missbrauchs verstanden (siehe auch Ziff. 3.1.1). Im familialen Bezugssystem sind Kinder und Jugendliche von unterschiedlichen Formen der Gewalt betroffen.³²

Die Begriffe «familiäre Gewalt» oder «Gewalt in der Familie» werden teilweise als Oberbegriffe verwendet. Diese umfassen nicht nur Gewalt gegen Kinder und Jugendliche, sondern jede Gewalt, die «innerhalb von familiären oder verwandtschaftlichen Beziehungen stattfindet».³³ Dieser Bericht beschränkt sich auf Gewalt von den Eltern gegenüber ihren Kindern. Weder die Gewalt zwischen Kindern untereinander noch die Gewalt von Kindern gegenüber ihren Eltern und die darauf gestützte Notwehr der Eltern als Rechtfertigungsgrund gemäss Artikel 15 StGB oder die Retorsion der Eltern gemäss Artikel 177 Absatz 3 StGB bilden Gegenstand des vorliegenden Berichts.³⁴ Weil die Ausübung sexueller Gewalt innerhalb der Familie grundsätzlich nicht als Erziehungsmethode eingesetzt wird, wird sie vorliegend nicht behandelt, auch wenn sie einen elterlichen Missbrauch darstellt.³⁵

2.2.2 Formen von Gewalt

Die Gewaltanwendungen in der elterlichen Erziehung werden üblicherweise in drei Kategorien eingeteilt:

– *Physische oder körperliche Gewalt:*

Zur physischen Gewalt zählen Handlungen wie Schlagen, Treten, Beissen, Stossen, Schütteln, Würgen oder Zerren, absichtliche Verbrennungen oder Verbrühungen.³⁶ Die Anwendung physischer Gewalt kann vorübergehende oder bleibende Verletzungen zur Folge

³¹ Siehe beispielsweise die Kinder- und Jugendheimverordnung (KJV) des Kantons Zürich vom 6. Oktober 2021, SRZH 852.21: §17 lit. c: «Die Anbietenden reichen mit dem Bewilligungsgesuch ein Konzept ein. Dieses gibt insbesondere Auskunft über a. (...) b. (...) c. die Massnahmen zur Verhinderung von physischer, psychischer und sexueller Gewalt während der Betreuungszeit und das Vorgehen bei Verdacht oder Kenntnis, dass Gewalt verübt wurde».

³² Gemäss Informationsblatt B3 «Häusliche Gewalt gegen Kinder und Jugendliche» des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann EBG werden darunter insbesondere körperliche und psychische Misshandlung, sexueller Missbrauch, körperliche und emotionale Vernachlässigung und das Miterleben häuslicher Gewalt verstanden. Siehe unter www.ebg.admin.ch > Dokumentation > Publikationen > Publikationen Gewalt.

³³ Siehe Bericht Po. Fehr 2012, S. 11 mit Zitat Dlugosch sowie RYSER BÜSCHI, S. 4.

³⁴ Siehe dazu Bericht Po Fehr 2012, S. 111 f., Anhang 4: Stellungnahme des BJ vom 25. Mai 2011 zum Verbot der Körperstrafe (Auszug).

³⁵ Die in Ziff. 2.3 erwähnten Erhebungen zum Bestrafungsverhalten der Eltern, aber auch die Forschung von BUSSMANN et al. 2008 sowie die Stiftung Kindesschutz Schweiz verstehen unter Gewalt in der Erziehung grundsätzlich physische und psychische Gewalt. Die sexuellen Übergriffe sind grundsätzlich Teil des elterlichen Missbrauchs ausserhalb der zum Erziehungszweck eingesetzten Gewalt.

³⁶ Siehe Optimus III Studie, S. 17. Übereinstimmend siehe auch Bericht Po Fehr 2012, S. 12 sowie SCHÖBI ET AL. 2020, S. 9 (mit Verweis auf Bericht Po Fehr), gemäss welchen unter physischer Gewalt ein Angriff auf Leib und Leben oder die Einwirkung auf die körperliche Unversehrtheit einer Person zu verstehen ist und die als Beispiele Schläge oder andere gewaltsame Handlungen wie Verbrennen, Würgen oder

Bericht des Bundesrates: Schutz von Kindern vor Gewalt in der Erziehung

haben. Es wird daher zum Teil unterschieden zwischen einer Gewalttat als körperliche Bestrafung «[...] welche normalerweise nicht zu massiven körperlichen Verletzungen führt (wie z.B. eine Ohrfeige)» und «eigentlichem physischem Missbrauch, der oft körperliche Verletzungen, manchmal massiver Art, mit sich zieht (wie Treten oder Verbrennen [...])»,³⁷ die daher strafrechtlich geahndet werden können. Teilweise wird postuliert, dass nicht vom Ausmass und der Intensität der angewendeten körperlichen Gewalt ausgegangen, sondern der Fokus auf die Verletzung der Menschenwürde des Kindes verschoben werden sollte.³⁸ Dies entspricht der Ansicht des UNO-Kinderrechtsausschusses, gemäss welchem körperliche Bestrafung stets entwürdigend ist. In der Allgemeinen Bemerkung Nr. 13 führt der UNO-Kinderrechtsausschuss als Körperstrafen («châtiments corporels») das Schlagen («Ohrfeige», «einen Klaps geben», «versohlen») auf und zwar entweder mit der Hand oder mit einem Gegenstand (z.B. mit einer Peitsche, einem Stock, einem Gürtel, einem Schuh oder einem Kochlöffel). Weitere Formen von körperlicher Bestrafung sind sodann auch das Kind treten, schütteln, werfen, kratzen, zwicken, beißen, an den Haaren ziehen, an den Ohren ziehen, mit einem Stock züchtigen, zur Einnahme einer unangenehmen Position zwingen, verbrennen, verbrühen oder zum Schlucken zwingen.³⁹ Laut UNO-Kinderrechtsausschuss stellen alle Körperstrafen eine Form der physischen Gewalt dar.⁴⁰

– *Psychische Gewalt:*

Diese Form von Gewalt lässt sich nur schwierig erfassen, messen und definieren.⁴¹ Gleichzeitig handelt es sich vermutlich um die häufigste Form von Gewalt, die zudem oft in Kombination mit anderen Gewaltformen vorkommt.⁴² Darunter wird ein wiederholtes Muster von schädlichen Interaktionen zwischen Eltern und Kind verstanden.⁴³ Dem Kind wird vermittelt, dass es wertlos, fehlerhaft, ungeliebt, nicht gewollt, bedroht oder nur für die Erfüllung von Bedürfnissen anderer von Wert ist.⁴⁴ Psychische Gewalt findet vor allem mündlich statt, z.B. durch Drohungen, Beschimpfungen, Demütigung (kontinuierliches Kritisieren und Beschimpfen, Abwerten, Blossstellen, Lächerlich machen, usw.), Verachtung, Angsteinflössen, oder durch Ablehnen, Ignorieren, Ausgrenzung oder Isolation (Fernhalten von Kontakten mit Gleichaltrigen, Kollegen/Kolleginnen, etc.), wie auch durch das Aufzwingen von Erwachsenenrollen; dem Kind wird die Möglichkeit zum Kind sein vorenthalten.⁴⁵ Das Miterleben von häuslicher Gewalt⁴⁶ wird ebenfalls unter die psychische Gewalt subsumiert, die unter Umständen zum Entzug der elterlichen Sorge führen kann.⁴⁷

Schütteln nennen. Beide Berichte halten fest, dass auch die körperliche Gewalt als «Erziehungsmassnahme» unter die physische Gewalt fällt.

³⁷ SCHÖBI ET AL. 2020, S. 9, mit Verweis auf Gershoff.

³⁸ Siehe 20 Jahre gewaltfreie Erziehung im BGB, Zusammenfassung.

³⁹ CRC, Observation générale no 13 (2011), Ziff. 24 (deutsche Übersetzung mit einigen Anpassungen übernommen, siehe unter https://www.netzwerk-kinderrechte.ch/resources/Allgemeine-Bemerkung_13_GC_13_Deutsch.pdf).

⁴⁰ CRC, Observation générale no 13 (2011), Ziff. 22 a), mit Verweis auf die frühere Allgemeine Bemerkung Nr. 8 (2006).

⁴¹ Für Beispiele von Definitionen siehe SCHÖBI ET AL. 2020, S. 9.

⁴² BSV Bericht 2005, S. 26.

⁴³ Vgl. SCHÖBI ET AL. 2020, S. 10 mit Verweis auf National Center of Child Abuse and Neglect, 1997.

⁴⁴ Optimus III Studie, S. 17.

⁴⁵ BSV Bericht 2005, S. 26. Der Bundesrat hat sich bereits in seiner Stellungnahme zur Motion Feri 19.3241 «Drohung gegen Kinder soll von Amtes wegen verfolgt werden» zur Strafbarkeit der Eltern bei Drohungen gegen das Kind geäußert: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20193241>.

⁴⁶ Der Begriff der «häuslichen Gewalt» beinhaltet gemäss der Istanbul-Konvention die Gewalt innerhalb der Familie beziehungsweise eines Haushaltes (oder zwischen früheren oder derzeitigen Eheleuten oder PartnerInnen) (siehe Art. 3 Ziff. b des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention), in Kraft getreten für die Schweiz am 1. April 2018 (SR 0.311.35). Dies bedeutet, dass häusliche Gewalt «nicht nur zwischen Erwachsenen in (früheren) Partnerschaften, sondern beispielsweise auch von Eltern oder deren Partner*innen gegen Kinder ausgeübt» wird (siehe DAO-Bericht 2020, S. 3).

⁴⁷ Die Gewalttätigkeit wurde im Rahmen der Sorgerechtsrevision im Jahr 2014 neu ausdrücklich als Grund für den Sorgerechtsentzug in Art. 311 Abs. 1 Ziff. 1 ZGB aufgenommen, da Gewalt im häuslichen Umfeld «die Befähigung der Eltern zur Ausübung der elterlichen Sorge in Frage stellt». Ob das Kind direkt Opfer der häuslichen Gewalt wird oder davon nur indirekt betroffen ist, ist nicht relevant. (Siehe Botschaft

Bericht des Bundesrates: Schutz von Kindern vor Gewalt in der Erziehung

– Vernachlässigung:

Die Vernachlässigung kann Auswirkungen auf Seele, Geist und/oder Körper haben. Bei dieser zumeist passiven Form von Gewalt handelt sich um mangelnde oder ungenügende Fürsorge, Aufsicht und Anregung von Kindern (und Jugendlichen). Die Grundbedürfnisse des Kindes werden dabei nicht oder unzureichend befriedigt.⁴⁸

Ungeachtet dieser Kategorien von Gewalt in der elterlichen Erziehung, deren Definitionen sich auch nicht genau umreissen lassen und die in der Praxis oftmals in Kombination vorkommen, gilt gemäss dem UNO-Kinderrechtsausschuss jegliche Form von Gewalt als inakzeptabel, wobei weder die Häufigkeit, die Intensität der Schadenszufügung noch die Absicht, Schaden zuzufügen, ausschlaggebend sind.⁴⁹ Die Zuordnung zu einer Kategorie ist gemäss dem UNO-Kinderrechtsausschuss somit nicht entscheidend für die Unzulässigkeit einer Gewalt-handlung.

2.2.3 Abgrenzungen

Die Anwendung von Gewalt an Kindern ist somit auch als Erziehungsmethode unzulässig (vgl. dazu vorne Ziff. 1.2 sowie 2.2.2): Es handelt sich dabei um den Einsatz von physischer oder auch psychischer Gewalt zwecks Bestrafung bzw. Disziplinierung des Kindes aufgrund eines tatsächlichen oder auch nur vermeintlichen «Fehlverhaltens» des Kindes. Diese «Erziehungsmassnahme» beinhaltet als solche zumeist direkt oder indirekt auch ein klar entwürdigendes Verhalten dem Kind gegenüber.

Demgegenüber stellt jedoch nicht jedes körperliche Eingreifen von Eltern gegenüber ihren Kindern eine Form der Gewalt dar. Oftmals kommt der unmittelbare Einsatz von körperlicher Einwirkung zum Schutz des Kindes («acte physique de protection»⁵⁰, unmittelbare Gefahrenabwehr) in Betracht. Dabei geht es um eine präventive Vermeidung von Gefahren für das Kind durch Festhalten, Zurückhalten, Wegziehen, wie z.B. eines (Klein-)Kindes, welches auf die Strasse rennen oder die heisse Herdplatte berühren will.⁵¹ In vergleichbarer Weise haben die Eltern auch zur unmittelbaren Umsetzung eines Verbots in gewissen Situationen die Möglichkeit, dieses mit einem verhältnismässigen körperlichen Einsatz durchzusetzen (z.B. das Kind aufheben und in den Einkaufs- oder Kinderwagen setzen, wenn es im Supermarkt mit einem Wutanfall am Boden liegt;⁵² siehe dazu auch Ziff. 4.3.2).

Diese Kategorie von Handlungen ist in der Regel nicht problematisch: Solche Interventionen gehören zur Erziehungspflicht der Eltern. Dies gilt auch für weitere Interventionen, die namentlich den Schutz der Gesundheit des Kindes bezwecken (z.B. Durchsetzung Zähne zu putzen, im Winter eine warme Jacke anzuziehen, usw.), sofern sie den Umständen nach verhältnismässig sind. Die Verhältnismässigkeit im Einzelfall ist dabei ein wichtiges Kriterium. Im Allgemeinen gilt es zu präzisieren, dass es nicht darum geht, einzelne Handlungen als zuläs-

zu einer Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Elterliche Sorge) vom 16. November 2011, BBl 2011 9077, 9109). Siehe auch Informationsblatt B3 EBG (Siehe Fussnote 32).

⁴⁸ RYSER BÜSCHI, S. 22. Siehe auch CRC, Observation générale no 13 (2011), Ziff. 20.

⁴⁹ Vgl. CRC, Observation générale no 13 (2011), Ziff. 17. Siehe auch die inoffizielle deutsche Übersetzung, verfügbar unter www.netzwerk-kinderrechte.ch/resources/Allgemeine-Bemerkung_13_GC_13_Deutsch.pdf

⁵⁰ Siehe auch CRC, Observation générale no 8 (2006), Ziff. 14 : « Le Comité reconnaît que l'exercice des fonctions parentales et l'administration de soins aux enfants, en particulier aux bébés et aux jeunes enfants, exigent fréquemment des actions et interventions physiques destinées à les protéger mais elles sont très différentes du recours délibéré à la force en vue d'infliger un certain degré de douleur, de désagrément ou d'humiliation à des fins punitives. »

⁵¹ MEIER/STETTLER, N 1281 verweisen auf die Garantenstellung der Eltern, auf die physische Sicherheit des Kindes aufzupassen und auf die Haftung gestützt auf Art. 41 OR bei der Verletzung dieser Pflicht.

⁵² Unverhältnismässig bzw. entwürdigend wäre in dieser Konstellation z.B. das Kind anzuschreien und zu schlagen.

Bericht des Bundesrates: Schutz von Kindern vor Gewalt in der Erziehung

sig oder unzulässig zu qualifizieren. Entsprechend ist es auch nicht möglich, eine abschliessende Liste von erlaubten bzw. unerlaubten Verhaltensweisen von Eltern ihren Kindern gegenüber zu erstellen. Die gesamte Situation muss im konkreten Einzelfall berücksichtigt werden.⁵³

2.3 Statistische Angaben und weitere Erhebungen aus der Praxis

Heute gibt es für die Schweiz keine offizielle Statistik zur Ausübung von Gewalt in der elterlichen Erziehung.

Die bestehenden Statistiken – insbesondere die nationale Kindesschutzstatistik der Fachgruppe Kinderschutz der Schweizerischen Kinderkliniken von Pädiatrie Schweiz,⁵⁴ die vom Bundesamt für Statistik (BFS) erhobene polizeiliche Kriminal- und Opferstatistik⁵⁵ sowie die Statistik der Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz (KOKES)⁵⁶ – enthalten nur diejenigen Fälle, «in denen Gewalt ausgeübt wurde, die schwere Folgen für das Kind hatten und/oder die ein Handeln der Behörden erforderlich machten und nur Fälle, die einer Behörde gemeldet wurden.»⁵⁷

Eine Studie aus dem Jahr 2018 kommt zum Ergebnis, dass im Jahr 2016 (hochgerechnet aus dem untersuchten dreimonatigen Zeitraum) rund 2–3.3% aller in der Schweiz lebenden Kinder wegen einer Kindswohlfährdung an eine darauf spezialisierte Kindesschutzorganisation gelangten.⁵⁸ Die EKKJ fasst die bis 2019 veröffentlichten Studien⁵⁹ zur Situation in der Schweiz wie folgt zusammen:⁶⁰ «Gewalt in der Erziehung gibt es auch in der Schweiz nach wie vor. Eltern bestrafen ihre Kinder auf unterschiedliche Art, physisch und psychisch. Kinder sind in jedem Alter betroffen, auch die ganz kleinen. Die meisten Eltern wenden Gewalt aus einer Überforderung heraus an, nur wenige Eltern tun dies systematisch. Bei schweren Formen von Gewalt sind sich die meisten Eltern bewusst, dass sie verboten sind. Was als Gewalt gilt, wird von Eltern jedoch unterschiedlich bewertet. Entsprechend werden auch die Folgen von Gewalt unterschiedlich wahrgenommen („Ein Klaps schadet noch nicht.“). Nur ein kleiner Teil der betroffenen Kinder erhält Unterstützung und Schutz, entsprechend kann auch auf einen tiefen Anteil von Eltern geschlossen werden, die Hilfe suchen.» Das Unterstützungsangebot variiere zudem stark je nach Kanton oder Region; trotz eines gut ausgebauten Netzes sei aufgrund der unterschiedlichen Angebote der Zugang zu Interventions- und Hilfsangeboten nicht für alle gewaltbetroffenen Kinder und deren Eltern in gleichem Masse gewährleistet.⁶¹

Eine Studie der Universität Freiburg aus dem Jahr 2020 zum Bestrafungsverhalten von Eltern in der Schweiz⁶² liefert eine wissenschaftliche Begleitung der Präventionskampagne «Starke Ideen – Es gibt immer eine Alternative zur Gewalt» von Kinderschutz Schweiz. Die Studie

⁵³ Siehe z.B. auch FASSBINDER, AJP, S. 550.

⁵⁴ Siehe Nationale Kinderschutzstatistik 2021 vom Mai 2022, abrufbar unter: <https://www.paediatricschweiz.ch/nationale-kinderschutzstatistik-2021/> (Stand 10.06.22).

⁵⁵ Siehe auf der Webseite des Bundesamts für Statistik: www.bfs.admin.ch/bfs/de/home.html > Statistiken finden > Kriminalität und Strafrecht > Polizeiliche Kriminalstatistik bzw. Opferhilfestatistik.

⁵⁶ Siehe www.kokes.ch > Dokumentation > Statistik > KOKES-Statistik 2021: Kinder - Bestand.

⁵⁷ Vgl. EKKJ POSITIONSPAPIER 2019, S. 9.

⁵⁸ Optimus III-Studie, S. 21. Dieser Studie liegt eine umfassende Erhebung bei Organisationen aus dem zivilrechtlichen Kinderschutz, dem Sozial- und Gesundheitswesen sowie aus dem strafrechtlichen Bereich von 2016 zugrunde.

⁵⁹ SCHÖBI ET AL. 2017, BAIER ET AL. 2018, Optimus III Studie.

⁶⁰ EKKJ POSITIONSPAPIER 2019, S. 9 f.

⁶¹ EKKJ POSITIONSPAPIER 2019, S. 12, mit Verweis auf Optimus III Studie.

⁶² SCHÖBI ET AL. 2020.

Bericht des Bundesrates: Schutz von Kindern vor Gewalt in der Erziehung

kam zum Schluss, dass es durchschnittlich etwa in jeder Schulklasse ein Kind gibt, welches regelmässig körperlich bestraft wird und dass jedes vierte Kind regelmässig psychische Gewalt erfährt.⁶³ Frühere Erhebungen aus dem Jahr 2017 zeigten aber auch auf, dass zwischen 1990 und 2017 «insgesamt eine bedeutsame, kontinuierliche Reduktion der Gewalthäufigkeiten», namentlich der häufig eingesetzten Gewalt beobachtet werden konnte.⁶⁴ Als Fazit wurde in der Studie festgestellt, dass eine «relativ kleine, aber nicht unbedeutende Minderheit von Kindern in der Schweiz mit einer gewissen Regelmässigkeit Gewalt durch ihre Eltern erfährt».⁶⁵

Gemäss einer UNICEF-Studie aus dem Jahr 2021 haben 29% der Kinder und Jugendlichen in der Schweiz und Liechtenstein schon einmal Erfahrungen mit physischer Gewalt in der Familie gemacht. Ähnliches gilt für Erfahrungen von psychischer Gewalt.⁶⁶

3 Geltende Rechtslage

3.1 Internationales Recht

3.1.1 Instrumente der UNO

Das wichtigste Instrument ist die **UNO-Kinderrechtskonvention**, welche für die Schweiz am 26. März 1997 in Kraft getreten ist.

Artikel 3 Absatz 1 KRK verankert das Grundprinzip des Vorrangs des Kindeswohls. Demnach hat das Wohl des Kindes immer Vorrang, wenn die Erziehungspflicht bzw. -rechte der Eltern gegen die Rechte des Kindes abzuwägen sind. Das Wohl des Kindes kann daher niemals zur Rechtfertigung schädigender Praktiken herangezogen werden, wie die körperliche Züchtigung und andere grausame Formen der Bestrafung.⁶⁷ Diese verletzen stets die Menschenwürde und das Recht des Kindes auf körperliche Unversehrtheit.⁶⁸

Ein spezifisches Gewaltverbot⁶⁹ enthält Artikel 19 KRK, der die Vertragsstaaten verpflichtet, alle geeigneten Gesetzgebungs-, Verwaltungs-, Sozial- und Bildungsmaßnahmen zum Schutz des Kindes vor jeder Form von körperlicher oder geistiger Gewaltanwendung, Schadenszufügung oder Misshandlung, vor Verwahrlosung oder Vernachlässigung, vor schlechter Behandlung oder Ausbeutung einschliesslich des sexuellen Missbrauchs zu treffen. Dabei kommt es gemäss UNO-Kinderrechtsausschuss weder auf die Häufigkeit noch auf die Intensität oder die Absicht der Schadenszufügung an (vgl. dazu auch Ziff. 2.2.2).⁷⁰ Seiner Ansicht nach ist jede Form von Gewalt gegen ein Kind – wie geringfügig auch immer sie sein mag – inakzeptabel.⁷¹

⁶³ Der Studie lag folgendes Begriffsverständnis zugrunde:

- Als körperlicher Bestrafung wurde folgendes Verhalten aufgelistet: «An den Haaren ziehen», «Schläge auf den Hintern», «Ohrfeigen», «Mit Gegenständen schlagen», «Kalt abduschen» und «Schlagen sonst»;
- Als psychische Gewalt wurde folgendes Verhalten aufgeführt: «Sagen oder zeigen, dass man es so nicht mehr gern hat», «Mit Schlägen drohen», «Mit Worten weh tun oder es heftig beschimpfen», «Für eine längere Zeit ins Zimmer oder in einen anderen Raum einsperren», «drohen, weg zu gehen oder das Kind alleine zu lassen», «Sagen, dass das Kind bald zu anderen Eltern oder ins Heim gegeben wird, wenn es sich nicht bessert».

⁶⁴ SCHÖBI ET AL. 2017, S. 125.

⁶⁵ SCHÖBI ET AL. 2020, S. 84. Für die Zusammenfassung ausgewählter Resultate siehe S. 81ff.

⁶⁶ UNICEF-Studie 2021, S. 38 ff. und S. 49 (mit Empfehlungen).

⁶⁷ CRC, Observation générale no 13 (2011), Ziff. 61.

⁶⁸ Ibid.

⁶⁹ Art. 37 lit. a KRK enthält das generelle Verbot von Folter oder einer anderen grausamen, unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung oder Strafe gegenüber Kindern.

⁷⁰ Siehe CRC, Observation générale no 13 (2011), Ziff. 17.

⁷¹ CRC, Observation générale no 13 (2011), Ziff. 17.

Bericht des Bundesrates: Schutz von Kindern vor Gewalt in der Erziehung

Das gemäss Artikel 12 Absatz 1 KRK gewährleistete Recht des Kindes auf freie Meinungsbildung und -äusserung und auf angemessene Berücksichtigung seiner Meinung spielt gemäss dem UNO-Kinderrechtsausschuss präventiv eine Rolle gegen alle Formen von Gewalt zu Hause und in der Familie, weil dadurch innerhalb der Familie die persönliche Entwicklung des Kindes gefördert und die Familienbeziehungen gestärkt werden.⁷²

Für die Erziehung und die Entwicklung des Kindes sind die Eltern gemäss Artikel 18 Absatz 1 KRK verantwortlich, wobei die Vertragsstaaten sie in angemessener Weise bei der Erfüllung ihrer Aufgabe zu unterstützen haben (Art. 18 Abs. 2 KRK). Nach Artikel 6 Absatz 2 KRK fördern die Vertragsstaaten die Entwicklung des Kindes in grösstmöglichem Umfang. Artikel 27 KRK schliesslich verankert das Recht jedes Kindes auf einen seiner körperlichen, geistigen, seelischen, sittlichen und sozialen Entwicklung angemessenen Lebensstandard.

Die **UNO-Behindertenkonvention**⁷³ schreibt in Artikel 16 vor, dass alle geeigneten Gesetzgebungs-, Verwaltungs-, Sozial-, Bildungs- und sonstigen Massnahmen zu treffen sind, um Menschen – und somit auch Kinder – mit Behinderungen sowohl innerhalb als auch ausserhalb der Wohnung vor jeder Form von Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch, zu schützen.

Durch die Ratifizierung eines UNO-Abkommens werden die Vertragsstaaten in der Regel verpflichtet, in regelmässigen Abständen über die Umsetzung der entsprechenden Rechte und Pflichten in der Schweiz Bericht zu erstatten. Gestützt auf solche periodischen Staatenberichte richteten die jeweiligen UNO-Vertragsorgane Empfehlungen an die Schweiz. Mehrere UNO-Ausschüsse sprachen Empfehlungen in Bezug auf die Körperstrafe gegenüber Kindern aus: Der UNO-Kinderrechtsausschuss forderte die Schweiz bereits 2015 und erneut 2021 dazu auf, das Verbot von Körperstrafen ausdrücklich gesetzlich zu verankern.⁷⁴ Bereits 2010 hatte sich auch der UNO-Ausschuss gegen Folter gegenüber der Schweiz für ein ausdrückliches Verbot der Körperstrafe ausgesprochen.⁷⁵ Im Rahmen der Allgemeinen regelmässigen Überprüfung der Schweiz (Universal periodic review UPR), welche unter der Schirmherrschaft des UNO-Menschenrechtsrats stattfindet, wurden in allen drei Zyklen ebenfalls diesbezügliche Empfehlungen an die Schweiz gerichtet.⁷⁶ Zusätzlich wurden verstärkte Sensibilisierungs- und Präventionsmassnahmen zur Förderung einer gewaltfreien, positiven und partizipativen Erziehung empfohlen.⁷⁷

⁷² CRC, Observation générale no 12 (2009), Ziff. 90 f.

⁷³ Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, vom 13. Dezember 2006, in Kraft getreten für die Schweiz am 15. Mai 2014 (SR 0.109).

⁷⁴ Observations finales CRC-CH 2015: « Ziff. 38. Le Comité note que des modifications apportées aux législations pénale et civile renforcent la protection des enfants contre les violences, mais il regrette que les châtiments corporels ne soient pas considérés comme des violences physiques s'ils ne dépassent pas le niveau généralement accepté par la société, et qu'ils ne soient pas expressément interdits en tous lieux. 39. Le Comité attire l'attention de l'État partie sur son Observation générale no 8 (2006) relative aux droits de l'enfant à une protection contre les châtiments corporels et les autres formes cruelles ou dégradantes de châtiments et demande instamment à l'État partie d'interdire expressément toutes pratiques de châtiments corporels en tous lieux et d'intensifier ses efforts pour promouvoir des formes positives, non violentes et participatives d'éducation des enfants et de discipline. » Observations finales CRC-CH 2021: « Ziff. 26. Le Comité reste profondément préoccupé par le fait que les châtiments corporels sont autorisés par la loi et considérés comme socialement acceptables dans l'État partie. Il regrette que l'État partie persiste à considérer qu'il n'est pas nécessaire que les châtiments corporels soient expressément interdits par le Code civil et que les lois existantes sur les violences et la maltraitance suffisent à protéger les enfants contre les châtiments corporels. Il estime que les dispositions législatives en question ne garantissent pas la protection des enfants contre les châtiments corporels et qu'il est indispensable qu'une interdiction claire de ces châtiments soit inscrite dans la législation sectorielle applicable. 27. Le Comité réitère ses recommandations antérieures et recommande vivement à l'État partie : a) D'introduire sans tarder dans la législation une disposition interdisant expressément les châtiments corporels dans tous les contextes, y compris à la maison, à l'école, dans les institutions qui accueillent des enfants, dans les établissements offrant une protection de remplacement et dans les établissements pénitentiaires ; b) D'allouer des moyens suffisants aux campagnes de sensibilisation qui visent à promouvoir des méthodes d'éducation et de discipline positives, non violentes et participatives et à souligner les conséquences néfastes des châtiments corporels. »

⁷⁵ CAT, Observations finales du Comité contre la torture 2010, CAT/C/CHE/CO/6, Ziff. 23;

⁷⁶ UPR Switzerland 2008, Empfehlung 57.23; UPR Switzerland 2012, Empfehlung 123.81; UPR Switzerland 2017, Empfehlungen 146.103 und 148.61.

⁷⁷ UPR 2012, Empfehlung 122.44; Observations finales CRC 2015, Ziff. 39.

Bericht des Bundesrates: Schutz von Kindern vor Gewalt in der Erziehung

Neben den erwähnten UNO-Abkommen gilt es auch dem sog. «soft law» zuzuordnende Instrumente zu beachten. Die **Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung**⁷⁸ ist ein rechtlich nicht verbindliches Instrument, welches die 193 Mitgliedsstaaten der UNO am 25. September 2015 verabschiedet haben. Sie sieht unter Punkt 16.2 vor, dass Missbrauch und Ausbeutung von Kindern, Kinderhandel, Folter und alle Formen von Gewalt gegen Kinder beendet werden sollen. In der entsprechenden Strategie der Schweiz⁷⁹ ist dieses Thema jedoch nicht Teil der Schwerpunkte.

3.1.2 Instrumente des Europarats

Die **Europäische Menschenrechtskonvention** (EMRK)⁸⁰ enthält in Artikel 3 das Verbot von unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung. Aus Artikel 3 ergeben sich Schutzpflichten der Staaten, insbesondere auch gegenüber Kindern, wenn die Behörden um die Gefahr von Misshandlungen wissen bzw. wissen müssen.⁸¹ Artikel 3 EMRK kommt jedoch nur bei einem gewissen Mindestmass an Schwere der Misshandlung und wenn diese «körperliche Verletzungen oder intensive physische oder psychische Leiden mit sich bringt» zur Anwendung.⁸²

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat die Bestrafung eines Kindes in der Familie mit Stockhieben⁸³ als eine Verletzung von Artikel 3 EMRK erachtet. Im Falle von Ohrfeigen von zwei Minderjährigen durch Polizisten auf dem Polizeikommissariat war das Gericht ebenfalls der Meinung, dass der erniedrigende Charakter der Strafe gemäss Artikel 3 EMRK erfüllt sei, da diese Anwendung von körperlicher Gewalt aufgrund des Verhaltens der Jugendlichen nicht unbedingt erforderlich war und somit ihre Würde verletzte.⁸⁴ Vorliegend von besonderem Interesse ist ein EGMR-Urteil aus dem Jahr 2018, in welchem es der EGMR als empfehlenswert erachtete, dass Mitgliedstaaten jegliche Formen von körperlicher Bestrafung von Kindern gesetzlich verbieten, um jegliches Risiko einer Misshandlung von und eines herabwürdigenden Verhaltens gegenüber Kindern zu vermeiden.⁸⁵

Nach der für die Schweiz am 1. April 2018 in Kraft getretenen **Istanbul-Konvention**⁸⁶ ist namentlich körperliche, sexuelle und psychische Gewalt strafbar zu erklären und mit verschärf-

⁷⁸ Verabschiedet am 25. September 2015 durch die 193 Mitgliedsstaaten der UNO. Siehe auch www.eda.admin.ch/agenda2030/de/home/agenda-2030/globaler-kompass-fuer-nachhaltige-Entwicklung.html.

⁷⁹ Siehe Schweizer Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030: www.eda.admin.ch/agenda2030/de/home/strategie/strategie-nachhaltige-entwicklung.html.

⁸⁰ Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, vom 4. November 1950, in Kraft getreten für die Schweiz am 28. November 1974 (SR 0.101).

⁸¹ EMRK-Handkommentar, MEYER-LADEWIG/LEHNERT, ad Art. 3 N 10 mit Verweisen auf die Rechtsprechung des EGMR.

⁸² EMRK-Handkommentar, MEYER-LADEWIG/LEHNERT, ad Art. 3 N 19 mit Verweisen auf die Rechtsprechung des EGMR.

⁸³ A. v. the United Kingdom (application no. 25599/94) vom 23. September 1998, Tlapak and Others v. Germany (nos. 11308/16 and 11344/16) and Wetjen and Others v. Germany (nos. 68125/14 and 72204/14) vom 22. März 2018. Siehe auch Factsheet zum Thema Kinderschutz und Körperstrafe des EGMR, verfügbar unter www.echr.coe.int/Documents/FS_Minors_ENG.pdf sowie auch DE LUZE, ZKE, S. 229 f.

⁸⁴ Cour européenne des droits de l'homme, Grande Chambre, AFFAIRE BOUYID c. Belgique, (Requête no 23380/09), arrêt du 28 septembre 2015, N 110 ff.: « La Cour souligne qu'il est essentiel que, lorsque, dans le cadre de l'exercice de leurs fonctions, les agents des forces de l'ordre sont en contact avec des mineurs, ils prennent dûment compte de la vulnérabilité inhérente au jeune âge de ces derniers (Code européen d'éthique de la police, § 44, paragraphe 51 ci-dessus). Un comportement de leur part à l'égard de mineurs peut, du seul fait qu'il s'agit de mineurs, être incompatible avec les exigences de l'article 3 de la Convention alors même qu'il pourrait passer pour acceptable s'il visait des adultes. Ainsi, lorsqu'ils ont affaire à des mineurs, les agents des forces de l'ordre doivent faire preuve d'une vigilance et d'une maîtrise de soi renforcées. 111. En conclusion, la gifle assénée aux requérants par des agents de police alors qu'ils se trouvaient sous leur contrôle dans le commissariat de Saint-Josse-ten-Noode, laquelle ne correspondait pas à une utilisation de la force physique rendue strictement nécessaire par leur comportement, a porté atteinte à leur dignité. 112. Les requérants ne faisant état que de lésions corporelles légères et ne démontrant pas avoir enduré de vives souffrances physiques ou mentales, ce traitement ne peut être qualifié ni d'inhumain ni, a fortiori, de torture. La Cour retient en conséquence qu'il y a eu traitement dégradant en l'espèce. 113. Partant, il y a eu violation du volet matériel de l'article 3 dans le chef de chacun des requérants. »

⁸⁵ Wetjen and Others v. Germany (Applications nos. 68125/14 and 72204/14) vom 22. März 2018.

⁸⁶ Siehe auch Ziff. 2.2.2 und Fussnote 46.

Bericht des Bundesrates: Schutz von Kindern vor Gewalt in der Erziehung

ten Strafen zu ahnden, wenn sie sich gegen ein Kind richten oder in seiner Anwesenheit begangen werden.⁸⁷ Die Schweiz erfüllt diese Vorgaben, weil die genannten Tathandlungen gemäss Schweizer Strafrecht strafbar sind und das Gericht erschwerende Tatumstände im Rahmen der Strafzumessung berücksichtigen muss (Art. 47 StGB).⁸⁸ Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang auch die vom Bund und den Kantonen Ende April 2021 unterzeichnete Roadmap gegen häusliche Gewalt, welche in Handlungsfeld 2 als Massnahme vorsieht, dass im Bereich der Präventionsarbeit Bund und Kantone unter anderem Projekte zur gewaltfreien Erziehung in der Familie fördern sollen. Handlungsfeld 7 sieht vor, Kinder vor häuslicher Gewalt zu schützen, indem z.B. ein ausreichendes und qualitativ hochwertiges Hilfsangebot für Kinder geschaffen wird, die häuslicher Gewalt ausgesetzt sind.⁸⁹ Der im Juni 2022 vom Bundesrat verabschiedete Nationale Aktionsplan der Schweiz zur Umsetzung der Istanbul-Konvention 2022–2026 verstärkt mit 44 Massnahmen in drei Schwerpunkten von Bund, Kantonen und Gemeinden die Prävention und Bekämpfung von Gewalt an Frauen und häuslicher Gewalt und namentlich auch von Gewalt an Kindern.⁹⁰

Der Europarat hat seit 1985 ausserdem mehrere **Empfehlungen** ausgearbeitet, in welchen der Schutz von Kindern gegen Gewalt bzw. die positive Elternschaft («parentalité positive») thematisiert werden (siehe auch Ziff. 2.1.1).⁹¹ Es handelt sich dabei beispielsweise um die Empfehlung 1666 (2004)⁹² über ein europaweites Verbot der körperlichen Züchtigung von Kindern sowie die Empfehlung Rec(2006)19⁹³ über die Politik zur Förderung einer positiven Elternschaft. Diese Empfehlungen sind nicht rechtsverbindlich, können jedoch im Sinne einer Interpretationshilfe für die Schweizer Rechtsnormen beigezogen werden.⁹⁴

3.2 Bundesverfassung

Die Bundesverfassung garantiert den Schutz der Menschenwürde (Art. 7 BV), das Recht auf körperliche und geistige Unversehrtheit (Art. 10 Abs. 2 BV)⁹⁵ sowie das Recht der Kinder und Jugendlichen auf besonderen Schutz ihrer Unversehrtheit und die Förderung ihrer Entwicklung (Art. 11 BV). Artikel 11 Absatz 1 BV ergänzt⁹⁶ bzw. überlagert⁹⁷ dabei Artikel 10 Absatz 2 BV sowie die übrigen verfassungsmässigen Grundrechte im Falle eines spezifischen Schutzbedarfs von Kindern und Jugendlichen.

Mit Artikel 11 BV ist das Kindeswohl im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 KRK in der Verfassung verankert « [...] und gilt in der Schweiz als oberste Maxime des Kindesrechts [...] ».⁹⁸ Das Kindeswohl ist bei allen Entscheiden, unter anderem auch in der Rechtsetzung, vorrangig zu berücksichtigen. Aus Artikel 11 BV kann einerseits abgeleitet werden, dass «[d]ie privaten er-

⁸⁷ Siehe Art. 46 lit. d.

⁸⁸ BBl 2017 185, Ziff. 2.5.18, Botschaft zur Genehmigung des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention).

⁸⁹ Verfügbar unter www.bj.admin.ch > Gesellschaft > Häusliche Gewalt > Strategischer Dialog "Häusliche Gewalt".

⁹⁰ Siehe https://www.ebg.admin.ch/dam/ebg/de/dokumente/haeusliche_gewalt/istanbul-konvention/nationaler_aktionsplan_ik.pdf.download.pdf/Nationaler%20Aktionsplan%20Istanbulkonvention_DE.pdf.

⁹¹ Siehe unter www.coe.int/fr/web/children/corporal-punishment.

⁹² Verfügbar unter <http://assembly.coe.int/nw/xml/XRef/Xref-XML2HTML-FR.asp?fileid=17235&lang=FR>.

⁹³ Verfügbar unter https://search.coe.int/cm/Pages/result_details.aspx?ObjectId=09000016805d6dc5.

⁹⁴ Siehe auch DE LUZE, ZKE, S. 232.

⁹⁵ Sowie auch Art. 10 Abs. 3 BV, Verbot von Folter und grausamer sowie unmenschlicher und erniedrigender Behandlung bzw. Bestrafung.

⁹⁶ BSK BV-TSCHENTSCHER, Art. 11 N 4.

⁹⁷ REUSSER/LÜSCHER, St. Galler Kommentar zu Art. 11 BV N 14.

⁹⁸ BGE 132 III 359 E. 4.4.2, 373; 129 III 250 E. 3.4.2, 255. Siehe auch REUSSER/LÜSCHER, St. Galler Kommentar zu Art. 11 BV, N 9 mit weiteren Verweisen.

Bericht des Bundesrates: Schutz von Kindern vor Gewalt in der Erziehung

ziehungs- und betreuungsberechtigten Personen [...] in die Pflicht zu nehmen [sind], Kinder und Jugendliche vor Übergriffen zu schützen».⁹⁹ In Verbindung mit Artikel 10 Absatz 3 BV ergibt sich andererseits für Erziehungsberechtigte ein Verbot «Züchtigungsmittel gegen Kinder und Jugendliche einzusetzen, welche die körperliche oder geistige Integrität verletzen oder gefährden».¹⁰⁰ Ein Teil der Lehre ist der Meinung, dass ein Grundrecht auf gewaltfreie Erziehung aufgrund «der besonderen Verletzlichkeit während der kindlichen Entwicklungsphase» direkt aus Artikel 11 Absatz 1 BV abgeleitet werden kann.¹⁰¹

Die Förderung der Entwicklung ist als Sozialziel auch in Artikel 41 Buchstabe g BV enthalten, wonach Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung zu selbstständigen und sozial verantwortlichen Personen gefördert und in ihrer sozialen, kulturellen und politischen Integration unterstützt werden sollen. Artikel 67 Absatz 1 BV sieht überdies vor, dass der Bund und die Kantone bei der Erfüllung ihrer Aufgaben den besonderen Förderungs- und Schutzbedürfnissen von Kindern und Jugendlichen Rechnung tragen.

Artikel 11 Absatz 1 BV bildet zusammen mit den weiteren erwähnten Verfassungsbestimmungen die verfassungsrechtliche Grundlage der Kinder- und Jugendpolitik.¹⁰² Der Schutz und die Förderung der Kinder und Jugendlichen kann durch rechtsetzende Massnahmen, aber auch durch «soziale Beratungs- und Bildungsmassnahmen» wahrgenommen werden.¹⁰³ Die Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) nennt entsprechend in ihren Empfehlungen von 2016 den Schutz des Kindes als eines der Ziele der Kinder- und Jugendpolitik, wobei es unter anderem darum geht, die Gefährdung der Kinder durch Präventionsmassnahmen zu vermeiden.¹⁰⁴

3.3 Zivilrecht

Mit dem Inkrafttreten des neuen Kindesrechts im Jahr 1978 wurde Artikel 278 aZGB und damit das sog. Züchtigungsrecht aufgehoben, wonach die Eltern «die zur Erziehung der Kinder nötigen Züchtigungsmittel anzuwenden» befugt waren.¹⁰⁵

Sodann hat das Familienrecht in den letzten zwanzig Jahren verschiedene bedeutsame Veränderungen erlebt: Mit der Einführung des Begriffs der elterlichen Sorge im Rahmen der Scheidungsrechtsrevision von 2000,¹⁰⁶ dem Inkrafttreten des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts 2013, der Reform des Sorgerechts 2014 sowie der Revision zu den neuen Melderechten und Meldepflichten im Jahr 2019.¹⁰⁷ Gerade die Ablösung des Begriffs der «el-

⁹⁹ REUSSER/LÜSCHER, St. Galler Kommentar zu Art. 11 BV N 28.

¹⁰⁰ REUSSER/LÜSCHER, St. Galler Kommentar zu Art. 11 BV N 38 mit weiteren Verweisen.

¹⁰¹ BSK BV-TSCHENTSCHER, Art. 11 N 14. Gemäss TSCHENTSCHER dürfte ausserdem «[d]as einschränkende Erfordernis «wiederholter» Begehung bei der Tötlichkeit gegen Kinder (Art. 126 Abs. 2 lit. a StGB) (...) mit der aus diesem Grundrecht resultierenden Schutzpflicht des Staates nicht vereinbar sein. Nach heutigem pädagogischen Erkenntnisstand ist körperliche Gewalt in der Erziehung stets unverhältnismässig» (mit Verweis).

¹⁰² GERBER JENNI, St. Galler Kommentar zu Art. 67 BV N 7.

¹⁰³ REUSSER/LÜSCHER, St. Galler Kommentar zu Art. 11 BV N 28. Siehe auch Botschaft zur Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Kindesschutz) vom 15. April 2015, S. 3439, welche auf die rechtsetzenden Massnahmen für den nötigen Schutz und die geeignete Förderung der Minderjährigen und auf die erforderlichen Schutz- und Förderungsmassnahmen in der Praxis hinweist: Siehe unter <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2015/838/de>.

¹⁰⁴ Empfehlungen SODK Kinder- und Jugendpolitik 2016; S. 20 f.

¹⁰⁵ Zur historischen Entwicklung des Verständnisses des Züchtigungsrechts, siehe DE LUZE, THÈSE, 2011. Siehe insb. im 5. Teil die Conclusion der Dissertation, S. 376 f. in welcher darauf hingewiesen wird, dass im Zivilrecht nun das Konzept des Kindeswohls im Vordergrund stehe und im Rahmen der Erziehungspflicht zu berücksichtigen sei, weshalb der Begriff "Züchtigungsrecht" auch aus der Gerichtspraxis zu verschwinden habe.

¹⁰⁶ Siehe BSK ZGB I- SCHWENZER/COTTIER, Vor Art. 296-306 N 5.

¹⁰⁷ Neu unterliegen alle Fachpersonen, die beruflich regelmässig mit Kindern Kontakt haben, einer Meldepflicht, während Personen, die dem Berufsgeheimnis des Strafgesetzbuches unterstehen, sich neu an die Kindesschutzbehörde wenden dürfen (Melderecht).

Bericht des Bundesrates: Schutz von Kindern vor Gewalt in der Erziehung

terlichen Gewalt» durch denjenigen der «elterlichen Sorge» in der deutschen Sprachfassung macht einen gewissen Bewusstseinswandel deutlich.¹⁰⁸ Die generelle Stärkung der Stellung des Kindes als Rechtssubjekt unter dem Einfluss der KRK – insb. von Artikel 3 und 12 KRK (siehe Ziff. 3.1.1) – hatte auch einen Einfluss auf die Position des Kindes im Familienverfahrensrecht, wo seine prozessualen Rechte (Anhörung, Kindesvertretung) ausgeweitet bzw. spezifisch geregelt wurden.¹⁰⁹

Im vorliegenden Kontext der gewaltfreien Erziehung sind die folgenden Regelungen im ZGB von besonderem Interesse:

– *Beistandspflicht:*

Nach Artikel 272 ZGB haben Eltern und Kinder eine Pflicht zum gegenseitigen Beistand, Rücksicht und Achtung. Dabei handelt es sich um eine Generalklausel, welcher eine Leitbildfunktion für die Eltern-Kind-Beziehung zukommt.¹¹⁰

– *Elterliche Sorge, Kindeswohl und Persönlichkeit des Kindes:*

Minderjährige Kinder stehen unter der elterlichen Sorge ihrer Eltern. Gemäss Artikel 296 Absatz 1 ZGB dient die elterliche Sorge dem Wohl des Kindes. Artikel 301 Absatz 1 ZGB umschreibt allgemein deren Inhalt und sieht vor, dass die Eltern mit Blick auf das Wohl des Kindes seine Pflege und Erziehung leiten und unter Vorbehalt seiner eigenen Handlungsfähigkeit die nötigen Entscheidungen treffen. Das Kindeswohl bildet somit Leitlinie und gleichzeitig auch Grenze für die Ausübung der elterlichen Sorge.¹¹¹ Artikel 301 Absatz 1 ZGB schreibt jedoch auch vor, dass die Eltern die eigene Handlungsfähigkeit des Kindes im Rahmen ihrer Entscheidungskompetenz beachten müssen.¹¹² Eine weitere Beschränkung der elterlichen Sorge stellt die Achtung der Persönlichkeit des Kindes dar:¹¹³ Das Persönlichkeitsrecht gemäss Artikel 28 ZGB schützt Kinder auch vor Verletzungen im privaten Bereich.¹¹⁴ Neben dem Kindeswohl bilden somit der Schutz der Persönlichkeit des Kindes sowie dessen Handlungsfähigkeit die Grenzen, an welchen die Eltern ihr Handeln gegenüber dem Kind auszurichten haben.

– *Recht und Pflicht der Eltern zur Erziehung, Gehorsamspflicht des Kindes :*

In Artikel 302 ZGB wird das Recht und die Pflicht der Eltern zur Erziehung des Kindes geregelt (siehe vorne Ziff. 2.1.1). Darunter werden auch die Pflege des Kindes und die Ausbildung verstanden.¹¹⁵ Das Kindeswohl steht dabei im Vordergrund, indem als Erziehungsziel vorgeschrieben wird, dass die körperliche, geistige und sittliche Entfaltung des Kindes gefördert und geschützt werden muss.¹¹⁶ Zu den Erziehungsmethoden äussert sich Artikel 302 ZGB nicht. Die oben genannten Schranken des Kindeswohls, der Handlungsfähigkeit sowie der Achtung der Persönlichkeit des Kindes haben aber auch diesbezüglich Geltung. Umgekehrt schuldet das Kind den Eltern gemäss Artikel 301 Absatz 2 ZGB Gehorsam. In der Lehre wird aus dem Spannungsverhältnis zwischen der Gehorsamspflicht und der

¹⁰⁸ Dadurch sollte der Pflichtcharakter stärker zum Ausdruck gebracht zu werden. Siehe auch BSK ZGB I- SCHWENZER/COTTIER, Art. 296 N 8 mit kritischer Betrachtung.

¹⁰⁹ Vgl. Art. 314a sowie 314a^{bis} ZGB sowie Art. 298 und 299 Zivilprozessordnung (ZPO, SR 272).

¹¹⁰ BSK ZGB I- SCHWENZER/COTTIER, Art. 272, N 1 ff.

¹¹¹ Siehe KUKO ZGB- CANTINI/VETTERLI, Art. 301, N 2. Für das Kind ist fundamental, «dass seine Existenz gesichert und seine physische sowie psychische Integrität gewahrt werden».

¹¹² TROST, S. 17.

¹¹³ BSK ZGB I- SCHWENZER/COTTIER, Art. 301, N 2. Zu den Grenzen zwischen dem Erziehungsrecht der Eltern und dem Persönlichkeitsrecht des Kindes siehe auch TROST, S. 27 ff.

¹¹⁴ MICHEL, S. 58.

¹¹⁵ BSK ZGB I- SCHWENZER/COTTIER, Art. 302, N 1 ff.

¹¹⁶ BSK ZGB I- SCHWENZER/COTTIER, Art. 302, N 3 ff. Siehe auch Ziff. 2.1.1.

Bericht des Bundesrates: Schutz von Kindern vor Gewalt in der Erziehung

Achtung der Persönlichkeit des Kindes eine Beschränkung der Erziehungsmittel abgeleitet, indem «jegliche entwürdigenden Erziehungsmassnahmen sowie Massnahmen, die das Kind quälen, sein Anstandsgefühl verletzen oder zu einer Gesundheitsbeeinträchtigung führen können» als unzulässig betrachtet werden müssten.¹¹⁷ Die Eltern sollten demnach vielmehr versuchen, das Kind durch Dialog und Beispiele von der Richtigkeit ihrer Erziehung zu überzeugen und den Gehorsam des Kindes unter Wahrung seiner Freiheit sicherzustellen.¹¹⁸ Laut der einhelligen jüngeren Doktrin ist zudem jede körperliche Züchtigung als unzulässig anzusehen.¹¹⁹ Der Einsatz von Körperstrafen lasse sich daher weder durch die Gehorsamspflicht des Kindes noch durch die grundsätzliche Autonomie der Eltern in Bezug auf die Erziehungsmethoden rechtfertigen.¹²⁰

– Meldepflichten und -rechte:

Artikel 314c und 314d ZGB dienen dem Schutz des Kindes, indem beim Vorliegen einer Gefährdung der physischen, psychischen oder sexuellen Integrität des Kindes der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) Meldung erstattet werden muss bzw. kann. Je nach Situation und Bedarf ordnet die KESB anschliessend eine Kindesschutzmassnahme (Art. 307 ff. ZGB) an. Bei der Anordnung dieser Massnahmen werden das Subsidiaritäts- und das Verhältnismässigkeitsprinzip gewahrt. Nur als *ultima ratio* hat der Gesetzgeber als einschneidendste Massnahme vorgesehen, dass die KESB den Eltern aufgrund von Gewalttätigkeit die elterliche Sorge von Amtes wegen entziehen kann (vgl. Art. 311 ZGB). Untersuchungen zeigen, dass heute lediglich bei der Hälfte der Gefährdungsmeldungen an die KESB überhaupt irgendeine Kindesschutzmassnahme angeordnet wird und Eltern und Kind vielmehr auf die bestehenden Beratungsangebote hingewiesen werden.¹²¹

3.4 Strafrecht

Das Strafrecht setzt der Gewalt an Kindern (auch) in der Erziehung in verschiedener Hinsicht Grenzen.

Im Vordergrund steht bei sog. «Erziehungsmassnahmen» der Straftatbestand der Tötlichkeiten gemäss Artikel 126 StGB.¹²² Als solche gelten Handlungen, welche keine Schädigung des Körpers oder der Gesundheit des Kindes zur Folge haben (wie z.B. eine leichte Ohrfeige), wobei Tötlichkeiten gemäss Artikel 126 Absatz 1 StGB nur auf Antrag verfolgt werden.¹²³ Erst im Wiederholungsfall werden Tötlichkeiten an einem Kind gemäss Artikel 126 Absatz 2 Buchstabe a StGB von Amtes wegen verfolgt. Die Strafbehörden greifen somit von Amtes wegen nur ein, wenn die Gewalt ein gewisses Ausmass erreicht hat, wie bei den vorgenannten wiederholten Tötlichkeiten oder bei einfachen Körperverletzungen, und sie darauf

¹¹⁷ BSK ZGB I- SCHWENZER/COTTIER, Art. 301, N 8 mit Verweisen.

¹¹⁸ CR CC I- VEZ, Art. 301, N 9, mit Verweis auf FF 1974 II 78 (Botschaft Kindesrecht).

¹¹⁹ BSK ZGB I- SCHWENZER/COTTIER, Art. 301, N 8 mit weiteren Verweisen auf gleiche Meinung und andere Ansichten.

¹²⁰ MEIER/STETTLER, N 1297: Gemäss den Autoren widerspricht die körperliche Züchtigung in allen Fällen sowohl der Würde des Empfängers als auch des Täters («[...] ceux-ci demeurent dans tous les cas contraires à la dignité de celui qui les reçoit comme de celui qui les inflige»).

¹²¹ Studie Interface, S. 55 f.

¹²² Weitere StGB-Bestimmungen, welche bei Gewalt in der Erziehung von Amtes wegen zur Anwendung kommen können, sind Artikel 123 Ziffer 2 StGB (einfache Körperverletzung an einem Kind) sowie Artikel 183 StGB, die Freiheitsberaubung und Entführung (z.B. wenn ein Kind zur Strafe eingesperrt wird) oder gar Artikel 122 StGB (schwere Körperverletzung). Gemäss Artikel 219 StGB ist die Verletzung oder Vernachlässigung der Fürsorge- und Erziehungspflicht gegenüber einer minderjährigen Person strafbar. Dabei handelt es sich um das strafrechtliche Pendant zum Recht und der Pflicht zur Erziehung gemäss Artikel 302 ZGB. Tatbestandsvoraussetzung ist, dass die minderjährige Person in ihrer körperlichen oder seelischen Entwicklung gefährdet wird. Inwieweit diese Bestimmung bei einer gleichzeitigen Verletzung von Artikel 126 oder 123 StGB ebenfalls zur Anwendung kommt, ist umstritten (vgl. PK StGB-TRECHSEL, Art. 219, N 7 bzw. BSK StGB-ECKERT, Art. 219, N 13 f.).

¹²³ Der Antrag kann vom minderjährigen Kind gestellt werden, soweit es urteilsfähig ist (vgl. Art. 30 Abs. 3 StGB), was wesentlich ist, zumal dessen Eltern als Urheber der Tötlichkeit diesen Antrag kaum je stellen werden.

Bericht des Bundesrates: Schutz von Kindern vor Gewalt in der Erziehung

aufmerksam gemacht worden sind, z.B. von einer dem Kind nahestehenden Person wie einem Familienmitglied oder der Lehrperson.

In diesem Zusammenhang wird in der Literatur zum Teil ausgeführt, dass sich Eltern trotz der Aufhebung von Artikel 278 aZGB im Jahr 1978 noch auf ein allfälliges Züchtigungsrecht und damit auf den Rechtfertigungsgrund der gesetzlich erlaubten Handlung gemäss Artikel 14 StGB berufen können.¹²⁴ Diese Lehrmeinung stützt sich auf einige Entscheide des Bundesgerichts, worin die Frage nach einem «allfälligen Züchtigungsrecht» offengelassen wurde; gemäss Bundesgericht dürfe ein allfälliges Züchtigungsrecht aber jedenfalls nicht über das Mass der blossen Tätlichkeiten hinausgehen.¹²⁵ Gleichzeitig hat das Bundesgericht aber jegliche Form von Gewalt und erniedrigender Behandlung gegenüber Kindern ausdrücklich verworfen.¹²⁶

3.5 Rechtslage in Europa

In der Europäischen Union verfügen 23 der 27 EU-Staaten über eine gesetzliche Regelung in Bezug auf die gewaltfreie Erziehung. Nur Italien, die Slowakei, Tschechien und Belgien verfügen noch über keine Regelung, wobei festzuhalten ist, dass in Belgien Arbeiten im Gange sind. Im Europarat haben 34 der total 46 Mitgliedstaaten¹²⁷ ein ausdrückliches Gewaltverbot gesetzlich verankert. Ein Grossteil der europäischen Staaten hat somit in der Zwischenzeit Bestimmungen geschaffen, um die Gewalt in der Erziehung zu verbieten respektive die gewaltfreie Erziehung zu fördern.¹²⁸

Über eine zivilrechtliche Regelung verfügen zum Beispiel Österreich (1989), Dänemark (1997), Deutschland (2000), Niederlande und Spanien (2007), Liechtenstein (2008) und Frankreich (2019). Im Pionierland Schweden (1979) ist die Bestimmung in einem «Amendment to the Children and Parents Code» als Teil des Swedish Code of Statutes enthalten.¹²⁹ Schweden, Deutschland, Österreich, Liechtenstein und Dänemark sehen eine spezifische Formulierung in Form eines Verbots von Körperstrafen, seelischem Leid bzw. weiteren erniedrigenden Handlungen vor.¹³⁰ In Deutschland und Österreich wird das Verbot mit einem

¹²⁴ Siehe BSK StGB- ROTH/KESHELA, Art. 126, N 11; BSK StGB- ROTH/BERKEMEIER, Vor Art. 122, N 30 («körperliche Züchtigung wird nach wahrscheinlich überwiegender Meinung noch heute als Strafe mit Erziehungszwecken anerkannt, jedenfalls vielfach geübt»); PK StGB- TRECHSEL/GETH, Art. 126, N 7 («Ein Recht der Eltern auf milde körperliche Zurechtweisung lässt sich nicht verneinen (EKMR B 8811/79, DR 29 104) »).

¹²⁵ Siehe Urteil des BGer 6B_149/2017 vom 16. Februar 2018 E. 7.3. Siehe auch BGE 129 IV 216 ff. (vgl. auch Urteil des BGer 6S.361/2002 vom 5. Juni 2003), das von «légères corrections corporelles» spricht. Das Gericht liess in diesem Urteil die Frage offen, ob heute noch ein Recht zu solchen «erzieherischen» Massnahmen besteht. Es befand allerdings, dass der Angeschuldigte, der den Kindern (in einem Zeitraum von drei Jahren) ungefähr zehn Mal Ohrfeigen verabreicht und Fusstritte in den Hinterteil versetzt habe, das zulässige Mass ohnehin überschritten habe und sich daher nicht auf ein allfälliges Züchtigungsrecht berufen könne. Auch im Urteil 6B_979/2021 vom 11. April 2022 wird weiterhin auf BGE 129 IV 216 ff. verwiesen und das Vorliegen eines allfälligen «droit de correction» aufgrund der wiederholten Handlungen verneint.

¹²⁶ « (...) Toute forme de violence et de traitement dégradant à l'égard des enfants est aujourd'hui réprouvée » (BGE 129 IV 216 Erw. 2.2).

¹²⁷ Siehe unter [www.coe.int/fr/web/children/corporal-punishment#/{%2212441097%22:\[3\]}](http://www.coe.int/fr/web/children/corporal-punishment#/{%2212441097%22:[3]}).

¹²⁸ Siehe EKKJ POSITIONSPAPIER 2019, S. 7 f. sowie die Auflistung der Staaten Europas unter [Europe and Central Asia | Global Initiative to End All Corporal Punishment of Children \(endcorporalpunishment.org\)](https://www.endcorporalpunishment.org/).

¹²⁹ Föräldrabalk 1949:381, 6 kap 1 § (Elterngesetz), basierend auf Prop. 1978/79:67 (Botschaft), beschlossen am 16. November 1978, in Kraft getreten am 1. Januar 1979, geändert durch 1983:47.

¹³⁰ Schweden, Föräldrabalken (1949:381) 6. Kapitel, §1: «Children are entitled to care, security and a good upbringing. Children shall be treated with respect for their person and individuality and may not be subjected to corporal punishment or any other humiliating treatment.» Deutschland, § 1631 Abs. 2 BGB: «Kinder haben ein Recht auf gewaltfreie Erziehung. Körperliche Bestrafungen, seelische Verletzungen und andere entwürdigende Maßnahmen sind unzulässig». Österreich hat zusätzlich zu § 137 Abs. 2 ABGB («Die Anwendung jeglicher Gewalt und die Zufügung körperlichen oder seelischen Leides sind unzulässig») im Jahr 2011 in Art. 5 Abs. 1 des Bundesverfassungsgesetzes über die Rechte der Kinder das folgende Gewaltverbot formuliert: «Jedes Kind hat das Recht auf gewaltfreie Erziehung. Körperliche Bestrafungen, die Zufügung seelischen Leides, sexueller Missbrauch und andere Misshandlungen sind verboten.» Liechtenstein, § 137 Abs. 2 ABGB: «Die Anwendung jeglicher Gewalt und die Zufügung körperlichen oder seelischen Leides sind unzulässig.» Dänemark, Art. 2 Abs. 2, 2. Satz des Danish Act on Parental Responsibility (2007): (inoffizielle englische Übersetzung) «Children have the right to care and security. Children must be treated with respect for their person and must not be exposed to corporal punishment or other humiliating treatment.»

Bericht des Bundesrates: Schutz von Kindern vor Gewalt in der Erziehung

Recht auf gewaltfreie Erziehung verbunden.¹³¹ Frankreich, Spanien und die Niederlande haben den Respekt der physischen und psychischen Unversehrtheit des Kindes direkt in die Regelung über die elterliche Sorge aufgenommen, indem die elterliche Sorge ohne physische oder psychologische Gewalt auszuüben ist.¹³²

Einige der Länder mit einem Gewaltverbot haben ausserdem eine eigene gesetzliche Grundlage für die flankierenden Informations-, Aufklärungs- und Beratungsmassnahmen und -angebote geschaffen: Deutschland hat eine gesetzliche Grundlage in § 16 des Sozialgesetzbuches vorgesehen,¹³³ wonach Angebote zur Erziehungsförderung auch Wege aufzeigen, Konflikte in der Familie gewaltfrei zu lösen. Spanien hat in seinem neuen Gesetz zum umfassenden Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gewalt vom Juni 2021 der Prävention, Sensibilisierung und Früherkennung mehrere Artikel gewidmet.¹³⁴

Die Auswirkungen des gesetzlichen Verbots von Gewalt in der Erziehung bzw. der begleitenden Kampagnen auf das elterliche Verhalten wurden insbesondere in Schweden, Norwegen, Österreich und Deutschland über mehrere Jahre mittels Studien erhoben und analysiert. Das Verbot und die begleitenden Sensibilisierungs- und Informationskampagnen haben demnach mittelfristig dazu beigetragen, dass sich – je nach Ausmass und Dauer der Kampagnen – das Erziehungsverhalten der Eltern verändert hat und die Akzeptanz der Gewalt gesunken ist.¹³⁵

3.6 Würdigung

Die vorstehenden Ausführungen machen die Rechtslage in der Schweiz unmissverständlich klar: Gewalt gegenüber Kindern ist nach geltendem Recht nicht erlaubt, und das gilt auch im Rahmen der elterlichen Erziehung.

Völkerrechtlich besteht heute ein Rechtsrahmen, der Gewalt an Kindern in allen Kontexten verbietet, und diese Bestimmungen sind auch für die Schweiz verbindlich (siehe dazu Ziff. 3.1). Zudem enthalten die entsprechenden Empfehlungen, namentlich des Europarats, nicht nur ein Gewaltverbot, sondern auch Anweisungen für eine gewaltfreie, positive Erziehungsweise. Auch wenn nicht rechtverbindlich, sind diese Empfehlungen in der Schweiz zu berücksichtigen.

Verfassungsrechtlich ist das Recht von Kindern und Jugendlichen auf besonderen Schutz ihrer Unversehrtheit und die Förderung ihrer Entwicklung gewährleistet (Art. 11 BV). Sowohl im Zivil- als auch im Strafrecht bestehen Normen, welche die Intervention der Behörden zum Schutz der Kinder erlauben bzw. dazu verpflichten. Nach einer Gefährdungsmeldung können

¹³¹ Siehe Fussnote 130.

¹³² Frankreich, Art. 371-1 Code civil : « L'autorité parentale est un ensemble de droits et de devoirs ayant pour finalité l'intérêt de l'enfant. Elle appartient aux parents jusqu'à la majorité ou l'émancipation de l'enfant pour le protéger dans sa sécurité, sa santé et sa moralité, pour assurer son éducation et permettre son développement, dans le respect dû à sa personne. L'autorité parentale s'exerce sans violences physiques ou psychologiques. [...] ». Spanien, Art. 154 Código civil: « Los hijos no emancipados están bajo la patria potestad de los progenitores. La patria potestad, como responsabilidad parental, se ejercerá siempre en interés de los hijos, de acuerdo con su personalidad, y con respeto a sus derechos, su integridad física y mental. [...] » (inoffizielle dt. Übersetzung: « [...] Die elterliche Gewalt als elterliche Verantwortung ist stets im Interesse der Kinder, entsprechend ihrer Persönlichkeit und unter Wahrung ihrer Rechte sowie ihrer körperlichen und geistigen Unversehrtheit auszuüben »). Niederlande, Art. 1:247 of the Civil Code, (inoffizielle englische Übersetzung): « (1) Parental authority includes the duty and the right of the parent to care for and raise his or her minor child. (2) Caring for and raising one's child includes the care and the responsibility for the emotional and physical wellbeing of the child and for his or her safety as well as for the promotion of the development of his or her personality. In the care and upbringing of the child the parents will not use emotional or physical violence or any other humiliating treatment. ».

¹³³ Aches Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII), welches die Kinder- und Jugendhilfe (KJHG) zum Inhalt hat.

¹³⁴ Ley Orgánica 8/2021, de 4 de junio, de protección integral a la infancia y la adolescencia frente a la violencia. Jefatura del Estado «BOE» núm. 134, de 05 de junio de 2021 Referencia: BOE-A-2021-9347, verfügbar unter [Ley Orgánica 8/2021, de 4 de junio, de protección integral a la infancia y la adolescencia frente a la violencia. \(boe.es\)](https://www.boe.es/boe/BOE-A-2021-9347.html).

¹³⁵ EKKJ POSITIONSPAPIER 2019, S. 7 ff.; BUSSMANN ET AL. 2011. Bussmann kommt in seiner fünf Länder mit und ohne Verbot vergleichenden Studie zum Schluss, dass es in Ländern mit einem gesetzlich geregelten Gewaltverbot auch tatsächlich zu weniger körperlicher Gewalt in der Erziehung kommt. Die Informationskampagnen ohne gesetzliche Regelung würden hingegen das Erziehungsverhalten weniger beeinflussen.

Bericht des Bundesrates: Schutz von Kindern vor Gewalt in der Erziehung

und müssen die Kinderschutzbehörden die Situation der Kinder abklären und adäquate Massnahmen ergreifen (siehe dazu vorne Ziff. 3.3). Bei strafrechtlich relevanten Fällen von Gewaltanwendung kommen die entsprechenden Straftatbestände des StGB zur Anwendung (siehe Ziff. 3.4). Im Bereich der Prävention stellen schliesslich die Unterstützungsmassnahmen der Kinder- und Jugendhilfe und die Sensibilisierung wichtige Ansatzpunkte dar. Solche Massnahmen werden bereits heute durch private oder öffentliche Dienstleister angeboten und sind sinnvoll, denn sie haben erwiesenermassen längerfristig einen Einfluss auf die Erziehungsmentalitäten. Dabei werden u.a. konstruktive und gewaltfreie Lösungen vorgeschlagen und mit den Eltern besprochen, damit diese differenziertere Mittel zur Konfliktbewältigung haben. Der Bund fördert und unterstützt die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfesysteme der Kantone und richtet Finanzhilfen aus an national und sprachregional tätige private Organisationen, die im Themengebiet aktiv sind.¹³⁶

Der Bundesrat ist daher der Meinung, dass eine neue Gesetzesbestimmung im Zivilrecht zum Schutz von Kindern vor Gewalt nicht notwendig ist. Das ZGB enthält bereits Regelungen und Vorgaben zum Rahmen, innerhalb dem die Erziehung der Kinder durch die Eltern stattfinden soll (Art. 296, 301 und 302 ZGB) und aus diesen ergibt sich unmissverständlich, dass heute Gewalt in der Erziehung nicht zulässig ist, auch wenn dies nicht explizit im Gesetzestext steht (siehe Ziff. 2.1.1 und 3.3). Nach Ansicht des Bundesrates kann es ausserdem nicht Aufgabe des Staates sein, den Eltern weitere Erziehungsvorschriften zu machen. In Erfüllung des Postulats und unter Würdigung der internationalen Entwicklungen (siehe Ziff. 3.5) wird im nachfolgenden Kapitel aber ein konkreter und nach Möglichkeit mehrheitsfähiger Vorschlag für eine gesetzliche Verankerung des Gewaltverbots in der Erziehung im ZGB dargelegt.

4 Vorschlag für eine gesetzliche Regelung im Zivilgesetzbuch

4.1 Vorbemerkung

Das Postulat 20.3185 verlangt die Prüfung, *wie* der Schutz von Kindern vor Gewalt in der Erziehung im ZGB verankert werden kann, und fordert den Bundesrat auf, dazu eine *mehrheitsfähige Lösung* vorzuschlagen. Zu diesem Zweck fand im Verlauf der Arbeiten der Verwaltung ein informeller Austausch mit interessierten und betroffenen Kreisen statt,¹³⁷ dessen Ergebnisse in den vorliegenden Postulatsbericht eingeflossen sind. Darüber hinaus würde im Falle eines künftigen entsprechenden Gesetzgebungsauftrags das notwendige Vernehmlassungsverfahren die Gelegenheit bieten, dass sich alle interessierten Personen und Organisationen sowie Kantone und politischen Parteien zu einem Regelungsvorschlag äussern könnten.

4.2 Sinn und Zweck der neuen gesetzlichen Regelung

Eine allfällige neue Gesetzesbestimmung sollte primär **programmatischen Charakter** haben und den konzeptionellen Rahmen der elterlichen Erziehung zugunsten der Kinder deutlicher abstecken. Wie von Befürworterinnen und Befürwortern einer solchen Norm vorgebracht wird, könnte dies die Tätigkeit der verschiedenen Fachpersonen (z.B. Lehrerinnen und Lehrer, Sozialdienste, Strafbehörden, KESB), die mit gewaltbetroffenen Familien zu tun haben, begünstigen. Zu Gewalt neigenden Eltern könnte mit einer expliziten Norm im ZGB klargemacht werden, dass gewalttätiges Verhalten gegenüber Kindern nicht zulässig ist, auch wenn es angeblich aus erzieherischen Gründen erfolgt.

Durch die gesetzliche Verankerung des Grundsatzes der gewaltfreien Erziehung sollte im Sinne der **Prävention** die elterliche Verpflichtung verdeutlicht werden. Aus diesem Grund

¹³⁶ Siehe Fussnote 11.

¹³⁷ Der informelle Austausch fand mit Vertreterinnen und Vertretern des Vereins GEWALTFREIE ERZIEHUNG, der Stiftung Kinderschutz Schweiz, dem Marie Meierhofer Institut für das Kind (MMI) und der EKKJ sowie der KOKES und SODK statt.

Bericht des Bundesrates: Schutz von Kindern vor Gewalt in der Erziehung

sollte eine neue gesetzliche Regelung weder im zivilrechtlichen Kindesschutz eingefügt noch in diesen Kontext von Strafe oder Sanktion gesprochen werden. Dies hätte die falsche Signalwirkung, dass die KESB oder die Strafverfolgungsbehörden bei jeglichem Einsatz von Gewalt in der Erziehung intervenieren sollten oder müssten. Das sollte gerade nicht der Fall sein: Bei Verstössen gegen eine solche neue Norm sollte den Eltern und Kindern in erster Linie **Unterstützung** bei der Bewältigung der Konfliktsituation geboten werden und nicht Sanktionierung.¹³⁸ Wenn aber das Verhalten der Eltern in einem konkreten Fall eine Kindeswohlgefährdung vermuten lässt, kämen die üblichen Mechanismen des Kindesschutzes in Betracht, wie dies bereits heute der Fall ist (siehe Ziff. 3.3 und Ziff. 4.3.4). Zudem käme wie heute auch die strafrechtliche Verfolgung wegen wiederholten Tötlichkeiten oder Körperverletzung in Betracht (siehe Ziff. 3.4). Daran sollte sich nichts ändern. Folgerichtig wäre daher der Grundsatz der gewaltfreien Erziehung besser in den gesetzlichen Bestimmungen zur elterlichen Sorge und Erziehungspflicht der Eltern im ZGB zu verorten.

Es würde damit jedoch keine bestimmte Erziehungsmethode vorgeschrieben; die Eltern sollten nach wie vor **in der Wahl ihrer Erziehungsmethoden autonom** bleiben. Das Gesetz sollte den Eltern weiterhin keine bestimmten Erziehungsmethoden vorschreiben bzw. verbieten. Die gewaltfreie Erziehung wäre weiterhin als Ausfluss des Kindeswohls und der Achtung der Persönlichkeit zu verstehen. Die Praxis zeigt jedoch, dass das Verständnis des Kindeswohls und der Achtung der Persönlichkeit des Kindes gerade mit Bezug auf die Erziehung und ihre Methoden sehr unterschiedlich sein kann. Umso wichtiger wäre, dass den Eltern Möglichkeiten offenstehen, sich über die bestehenden, gewaltfreien Methoden zu informieren und allenfalls eine fachliche Beratung in Anspruch zu nehmen.

Parallel zu einer neuen Gesetzesbestimmung erschiene es daher angebracht und sinnvoll, im Sinne von **flankierenden Massnahmen** die betroffenen Kreise (insbesondere Eltern, Kinder sowie Fachpersonen) zu informieren und zu sensibilisieren.¹³⁹ Sinnvoll wäre in diesem Zusammenhang auch, die bereits bestehenden, niederschweligen **Beratungs- und Hilfsangebote** für die Eltern sowie die Kinder auszubauen bzw. den Zugang dazu zu verbessern. So können die Eltern und Kinder sich die notwendige Unterstützung holen, ohne eine unmittelbare (strafo- oder Kindesschutz-)behördliche Intervention befürchten bzw. erwirken zu müssen.¹⁴⁰ Wie dargelegt (siehe Ziff. 3.5 und 3.6), zeigen auch die Erfahrungen im Ausland, dass solche begleitende Massnahmen und Sensibilisierungsprogramme für eine Reduktion der körperlichen Gewalt an Kindern entscheidend sind.

¹³⁸ Im gleichen Sinne in Bezug auf §1631 Abs. 2 BGB auch MüKoBGB/Huber, 8. Aufl. 2020, BGB §1631 Rn 27.

¹³⁹ Siehe BUSSMANN ET AL. 2011, Fussnote 135.

¹⁴⁰ Siehe auch die Empfehlung des Kinderrechtsausschusses an die Schweiz aus dem Jahr 2015 (Observations finales CRC-CH 2015: Ziff. 39), welche zusätzlich zum ausdrücklichen Verbot die Schweiz auch dazu auffordert, « (...) d'intensifier ses efforts pour promouvoir des formes positives, non violentes et participatives d'éducation des enfants et de discipline ».

4.3 Vorschlag einer Ergänzung von Artikel 302 ZGB

4.3.1 Formulierungsvorschlag

Aus den vorstehenden Überlegungen wäre der folgende konkrete **Lösungsvorschlag für Artikel 302 ZGB** denkbar:

Art. 302 ZGB [Ergänzungen in Abs. 1 zweiter Satz und Abs. 4 (neu) unterstrichen]

¹ Die Eltern haben das Kind ihren Verhältnissen entsprechend zu erziehen und seine körperliche, geistige und sittliche Entfaltung zu fördern und zu schützen. Inbesondere haben sie das Kind ohne Anwendung von körperlichen Bestrafungen und anderen Formen entwürdigender Gewalt zu erziehen.

² Sie haben dem Kind, insbesondere auch dem körperlich oder geistig gebrechlichen, eine angemessene, seinen Fähigkeiten und Neigungen soweit möglich entsprechende allgemeine und berufliche Ausbildung zu verschaffen.

³ Zu diesem Zweck sollen sie in geeigneter Weise mit der Schule und, wo es die Umstände erfordern, mit der öffentlichen und gemeinnützigen Jugendhilfe zusammenarbeiten.

⁴ Die Kantone sorgen dafür, dass sich die Eltern und das Kind gemeinsam oder einzeln bei Schwierigkeiten in der Erziehung an Beratungsstellen wenden können.

4.3.2 Gesetzliche Verankerung der elterlichen Pflicht zur gewaltfreien Erziehung

Bereits aus Artikel 301 Absatz 1 ZGB (Pflege und Erziehung im Blick auf Kindeswohl) und Artikel 302 Absatz 1 erster Satz ZGB (Förderung und Schutz der körperlichen und geistigen Entfaltung) ergibt sich heute der Grundsatz der gewaltfreien Erziehung (siehe Ziff. 2.1.1 und 3.3). Dieser würde neu durch eine ausdrückliche Verpflichtung der Eltern, das Kind ohne körperliche Bestrafungen und andere Formen entwürdigender Gewalt zu erziehen, in einem zweiten Satz von Artikel 302 Absatz 1 ZGB gesetzlich konkretisiert. Entsprechend dem Grundprinzip des Kindeswohls würden mit einer derartigen Gesetzesbestimmung im Sinne der Prävention gewisse Leitplanken gesetzt.

Die neue Bestimmung sollte sich – wie der ganze Artikel 302 ZGB – ausdrücklich an die *Eltern* richten und daher nicht als Verbotsnorm, sondern – wie die anderen Bestimmungen des Artikels – als *Gebots-/Pflichtnorm* formuliert werden. Diese Formulierung würde damit vom Ansatz her redaktionell den Formulierungen in der niederländischen, französischen und spanischen Gesetzgebung folgen, welche die gewaltfreie Erziehung zusammen mit dem Inhalt der elterlichen Sorge statuiert haben.¹⁴¹

Gemäss einer solchen neuen Bestimmung hätten die Eltern das Kind explizit «ohne Anwendung von körperlichen Bestrafungen und anderen Formen entwürdigender Gewalt zu erziehen». Die Entwürdigung ist dabei das Grundelement solcher bereits heute unzulässiger Handlungen, denn die verfassungsmässig geschützte Menschenwürde des Kindes (siehe Ziff. 3.2) wird durch solche Bestrafungen und andere Gewalthandlungen enthaltende Erziehungsformen «spezifisch herabgesetzt und nicht hinreichend ernst genommen».¹⁴²

¹⁴¹ Für die Formulierungen der französischen, spanischen und niederländischen Gesetzesbestimmungen siehe Fussnote 132.

¹⁴² Siehe dazu bspw. für das deutsche Recht 20 JAHRE GEWALTFREIE ERZIEHUNG IM BGB, Zusammenfassung.

Bericht des Bundesrates: Schutz von Kindern vor Gewalt in der Erziehung

Unter *körperlichen Bestrafungen* sind grundsätzlich sowohl leichte (z.B. Ohrfeige, Klaps, Schütteln) wie auch schwere körperliche Eingriffe (Schläge mit Objekten wie Gürtel, Stab, Verbrennen, Fusstritte etc.) zu verstehen (siehe Ziff. 2.2.2). Bei den leichten körperlichen Bestrafungen handelt es sich um Gesten, die vor allem einen demütigenden bzw. erniedrigenden Charakter haben. Die Formulierung «*andere Formen entwürdigender Gewalt*» bildet einen Auffangtatbestand für Gewalthandlungen oder Unterlassungen der Eltern, welche die Menschenwürde und das Persönlichkeitsrecht bzw. das Ehr- und Selbstwertgefühl des Kindes in einem im Verhältnis zum Anlass der Erziehungsmassnahme nicht zu rechtfertigenden Mass verletzen.¹⁴³ Es kann sich dabei um psychische Gewalt mit oder ohne Bestrafungsabsicht handeln. Diese ist schwieriger fassbar und findet insbesondere durch eine verbale Gewalthandlung statt, wie z.B. Drohung, Beschimpfung, Demütigung, Verachtung, Angsteinflössen, Blossstellen, Abwerten aber auch Ignorieren, Ausgrenzung oder Isolation.¹⁴⁴ Bei der psychischen Gewalt wird in der Regel von einem wiederholten Muster von schädlichen Interaktionen zwischen Eltern und Kind ausgegangen. Zugleich kann auch die physische und/oder psychische Vernachlässigung des Kindes sowie das Miterleben von häuslicher Gewalt unter andere Formen entwürdigender Gewalt fallen (siehe ebenfalls Ziff. 2.2.2).

Die genaue Zuordnung einer Gewalthandlung als körperliche Bestrafung oder als andere Form entwürdigender Gewalt sollte dabei nicht entscheidend sein, denn gewisse Handlungen, insbesondere von leichter körperlicher Gewalt, können sowohl als Form der einen als auch der anderen verstanden werden. Ausserdem kommen die Gewaltformen in der Praxis oftmals in Kombination vor, wie z.B. Schläge und gleichzeitige verbale Demütigung, und die physischen Bestrafungen wirken sich nicht nur auf die physische Gesundheit des Kindes, sondern auch auf dessen psychische Gesundheit sowie auf seine Beziehung zu den Eltern aus. Auf eine detaillierte Auflistung der zulässigen bzw. verbotenen Verhalten wäre daher auch zu verzichten (siehe auch Ziff. 2.2.3), wie das auch in ausländischen Regelungen der Fall ist. Dies auch umso mehr, als im Wandel der Zeiten gerade im Bestrafungsverhalten Veränderungen auftreten.¹⁴⁵

In Bezug auf den Anwendungsbereich einer solchen neuen Bestimmung wären indes verschiedene Abgrenzungen zu machen. Erstens wären insbesondere nicht vom Anwendungsbereich der Norm betroffen die folgenden im Alltag zentralen Erziehungssituationen: Eltern müssen weiterhin physisch intervenieren können, wenn es darum geht, das Kind vor einer imminenten Gefahr zu schützen (siehe Ziff. 2.2.3), zum Beispiel, wenn das Kleinkind auf die Strasse laufen oder die heisse Herdplatte berühren will. Zweitens müsste auch weiterhin eine körperliche Einwirkung möglich sein, soweit dies im konkreten Fall erforderlich und keine andere, mildere Erziehungsmassnahme (Ermahnen, Zureden, Ablenken) geeignet ist, der Situation ein Ende zu bereiten (z.B. Kind aufheben und in den Einkaufs- oder Kinderwagen setzen, wenn das Kind schreiend im Supermarkt am Boden liegt, weil es das gewünschte Produkt nicht erhält) (siehe ebenfalls Ziff. 2.2.3). Diesen Erziehungssituationen ist gemeinsam, dass die körperliche Einwirkung weder Bestrafungscharakter noch die Entwürdigung des Kindes zum Ziel hat. Sie unterscheidet sich dadurch von der vorgenannten unzulässigen vorsätzlichen Anwendung von Gewalt gegenüber einem Kind, um ein gewisses Mass an Schmerzen, Unannehmlichkeiten oder Erniedrigung zu Strafzwecken zuzufügen.¹⁴⁶

¹⁴³ Siehe in Bezug auf die deutsche Formulierung «und andere entwürdigende Massnahmen» z.B. BeckOK BGB/Veit BGB § 1631 Rn 24 mit weiteren Verweisen. Siehe auch NK-BGB/RAKETE-DOMBEK/BERNING §1631 Rn 14.

¹⁴⁴ Siehe auch unter Ziff. 2.2.2.

¹⁴⁵ Siehe auch FASSBIND, AJP, S. 550.

¹⁴⁶ Siehe CRC, Observation générale no 8 (2006), Ziff. 14 (siehe Fussnote 50).

4.3.3 Verbesserter Zugang zu Stellen mit Beratungs- und Hilfsangeboten

Wie unter Ziff. 4.2 dargestellt, wäre es sinnvoll, parallel zur gesetzlichen Konkretisierung des Grundsatzes der gewaltfreien Erziehung, das niederschwellige Beratungs- und Hilfsangebot für die Eltern und Kinder auszubauen, damit sie sich gegebenenfalls die notwendige Unterstützung holen können, von der Information über die bestehenden Erziehungsmethoden bis zu einer fachlichen Beratung.

Artikel 302 ZGB könnte mit einer entsprechenden Bestimmung ergänzt werden, wonach die Kantone aufgefordert würden, den Eltern und Kindern genügend Beratungsstellen zur Verfügung stellen bzw. das bestehende Angebot an Beratungsstellen weiter zu verbessern. Eine solche Vorschrift würde an bestehende Regelungen anknüpfen: So sieht Artikel 302 Absatz 3 ZGB bereits vor, dass die Eltern in geeigneter Weise mit der Schule und, soweit erforderlich, mit der öffentlichen und gemeinnützigen Jugendhilfe zusammenarbeiten sollen. Daraus ergibt sich die Pflicht der Eltern bei schulischen oder erzieherischen Schwierigkeiten «nötigenfalls den Rat fachkundiger Stellen der Schule oder der Kindesschutzbehörde einzuholen» (siehe auch Ziff. 2.1.1).¹⁴⁷ Artikel 171 ZGB (Eheschutz) wiederum verlangt heute von den Kantonen «dafür zu sorgen, dass sich die Ehegatten bei Eheschwierigkeiten gemeinsam oder einzeln an Ehe- oder Familienberatungsstellen wenden können.» In diesem Sinne wäre eine angepasste Regelung für ein Beratungsangebot in Artikel 302 Absatz 4 (neu) ZGB denkbar: Entsprechend der Zielsetzung von Artikel 171 ZGB, nämlich «den gerichtlichen Eheschutz zu ergänzen oder im Idealfall überflüssig zu machen»¹⁴⁸, wäre vorstellbar, dass diese Beratungsstellen als ergänzende Massnahme zum Kindeschutz im Idealfall eine Intervention der KESB überflüssig machen.

Dies erschiene insofern sinnvoll, als zwar heute bereits ein gut ausgebautes Netz an Hilfsangeboten besteht, der Zugang jedoch nach Ansicht der EKKJ aufgrund regionaler Unterschiede in der Versorgung nicht überall gleichermassen gewährleistet ist (siehe Ziff. 2.3). Die Kantone wären aber – wie bei Artikel 171 ZGB – in der Organisation dieser Beratung weitgehend frei, d.h. sie könnten entweder selbst diese Dienstleistungen anbieten, oder auch private Stellen fördern und unterstützen.¹⁴⁹

Ein solches Angebot von vorgelagerten Dienstleistungen zur Prävention und Beratung in Erziehungsfragen könnte somit auch Kindesschutzmassnahmen vorbeugen und damit Ressourcen bei der KESB einsparen helfen,¹⁵⁰ obwohl es sich stets nur um ein Angebot an Eltern und auch Kinder handeln würde und nicht um eine Verpflichtung der Eltern.¹⁵¹

¹⁴⁷ BSK ZGB I-SCHWENZER/COTTIER, Art. 302 N 13.

¹⁴⁸ Siehe BK-HAUSHEER/REUSSER/GEISER, Art. 171 ZGB N 5.

¹⁴⁹ Diese Überlegungen basieren auf: BSK ZGB I-SCHWANDER, Art. 171, N 4; KUKO ZGB-FANKHAUSER, Art. 171, N 4; CR CC I-CHAIX, Art. 171, N 2.

¹⁵⁰ Derartige vorgelagerte Dienstleistungen wurden im Übrigen bereits im Juni 2021 von der KOKES als Unterstützung zur Überlastung der Berufsbeistandschaften empfohlen (siehe Empfehlungen zur Organisation von Berufsbeistandschaften der Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz (KOKES) vom 18. Juni 2021, verfügbar unter <https://www.kokes.ch/de/dokumentation/empfehlungen/berufsbeistandschaften>).

¹⁵¹ Diese Unterstützung der Eltern in der Erziehungsarbeit wäre auch im Sinne der Allgemeinen Bemerkung Nr. 8 des UNO-Kinderrechtsausschusses, welcher die Prävention als oberstes Gebot bei einer Gesetzesänderung durch ein Gewaltverbot betrachtet, sowie auch der Allgemeinen Bemerkung Nr. 13, wonach gemäss Art. 19 KRK dem Kind und den es betreuenden Personen die erforderliche Unterstützung gewährt werden soll. Siehe CRC, Observation générale no 8, Ziff. 38: « L'impératif primordial d'une révision législative destinée à interdire les châtements corporels à l'égard des enfants dans leur famille est la prévention: il s'agit de prévenir la violence contre les enfants en faisant évoluer les attitudes et la pratique, en insistant sur le droit des enfants à une égale protection et en instituant un cadre dépourvu d'ambiguïté pour la protection de l'enfant et la promotion de formes positives, non violentes et participatives d'éducation des enfants ». Sowie CRC, Observation générale no 13, Ziff. 1: « Ces mesures de protection doivent comprendre, selon qu'il conviendra, des procédures efficaces pour l'établissement de programmes sociaux visant à fournir l'appui nécessaire à l'enfant et à ceux à qui il est confié, [...] ».

4.3.4 Verhältnis zu Interventionen der KESB und Kindesschutzmassnahmen

Mit einer solchen neuen Regelung sollte kein Automatismus zwischen einem Verstoss gegen die elterliche Pflicht zur gewaltfreien Erziehung und einer Intervention der KESB und der Anordnung einer Kindesschutzmassnahme geschaffen werden; die Schwelle der Kindeswohlgefährdung sollte dieselbe bleiben wie bisher.¹⁵² Lediglich wenn das Verhalten der Eltern in einem konkreten Fall eine Kindeswohlgefährdung vermuten lassen würde, kämen gemäss den Prinzipien der Subsidiarität und der Komplementarität die üblichen Mechanismen des Kindeschutzes in Betracht. Insofern würde mit einer neuen gesetzlichen Regelung auch nicht jedes Verhalten der Eltern gegenüber ihrem Kind, das allenfalls als körperliche Bestrafung oder andere Form entwürdigender Gewalt betrachtet werden könnte, zu einer Intervention der KESB bzw. einer Kindesschutzmassnahme führen. Vielmehr wäre dafür wie heute stets eine konkrete Gefährdung des Kindeswohls erforderlich (siehe dazu Ziff. 3.3).

Unverändert wären auch die bisherigen Interaktionen zwischen der KESB und den Beratungsstellen bei Vorliegen einer Gefährdungsmeldung: Wenn sich aus der Abklärung der KESB kein Bedarf für eine Kindesschutzmassnahme ergibt, würde weiterhin die Beratung und andere Unterstützung der betroffenen Personen zur Anwendung kommen. Dies ist bereits heute sehr verbreitet der Fall, indem bei rund der Hälfte der Gefährdungsmeldungen keine Kindesschutzmassnahme angeordnet wird, sondern Eltern und Kind vielmehr auf die Beratungsangebote hingewiesen werden (siehe dazu Ziff. 3.3 mit Verweis auf Studie Interface, S. 55 f.).

5 Schlussfolgerungen

Eltern müssen ihre Kinder erziehen und dabei gegenüber den Kindern auch Grenzen setzen können. Wie auch der UNO-Kinderrechtsausschuss in seiner Allgemeinen Bemerkung Nr. 8 festhält, sollen die Eltern die notwendigen und der Entwicklung angepassten Anleitungen geben, damit die Kinder die Fähigkeiten für ein verantwortungsvolles Leben in der Gesellschaft entwickeln können.¹⁵³ Erziehungsmassnahmen, welche die körperliche oder psychische Gesundheit des Kindes verletzen oder gefährden, gehören jedoch nicht dazu.

Nach Ansicht des Bundesrates ist die Rechtslage heute klar. Das Züchtigungsrecht ist seit langer Zeit abgeschafft, und der Einsatz von Gewalt in der Erziehung ist ungeachtet ihrer Form nicht mit dem Kindeswohl vereinbar. Der Einsatz von Gewalt in der Erziehung steht im Widerspruch zur Bundesverfassung (Art. 11 BV), Gewalt in der Erziehung widerspricht aber auch den zivilrechtlichen Bestimmungen der elterlichen Sorge und der Erziehung (Art. 296, 301 und 302 ZGB), welche das Kindeswohl als Leitprinzip verankert haben. Entsprechend enthalten sowohl das Strafrecht als auch das Kindesschutzrecht Bestimmungen, um Gewalt in der Erziehung zu sanktionieren bzw. das Kind vor solcher Gewalt zu schützen.

Trotz der klaren Rechtslage haben Untersuchungen gezeigt, dass eine Minderheit von Kindern in der Schweiz nach wie vor mit einer gewissen Regelmässigkeit Gewalt durch ihre Eltern erfährt (siehe vorne Ziff. 2.3). Der Bundesrat ist der Meinung, dass diese Situation primär durch Beratungs- und Unterstützungsangebote für Kinder und Eltern sowie aktive Sensibilisierungsprogramme verbessert werden kann. Der Bund unterstützt daher bereits finanziell und fördert regelmässig solche Massnahmen (siehe dazu vorne Ziff. 1.2). Entsprechend besteht nach Ansicht des Bundesrats kein Anlass für die Schaffung einer neuen gesetzlichen Regelung zur gewaltfreien Erziehung.

¹⁵² Siehe dazu auch für das deutsche Recht MüKoBGB/Huber, 8. Aufl. 2020, BGB §1631 Rn 28 betreffend die in § 1666 f. BGB vorgesehenen gerichtliche Massnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls.

¹⁵³ Siehe auch CRC, Observation générale no 8 (2006), Ziff. 13.

Bericht des Bundesrates: Schutz von Kindern vor Gewalt in der Erziehung

Der vorliegende Postulatsbericht zeigt jedoch auf, wie der Grundsatz der gewaltfreien Erziehung im Zivilgesetzbuch konkret ausgestaltet werden könnte, und zwar in einer Art und Weise, die auch mehrheitsfähig sein könnte. Artikel 302 Absatz 1 ZGB könnte namentlich mit einem zweiten Satz ergänzt werden, wonach Eltern «das Kind ohne Anwendung von körperlichen Bestrafungen und anderen Formen entwürdigender Gewalt zu erziehen» haben. Dabei ginge es weder darum, die Eltern bei Nichteinhaltung zu kriminalisieren und sanktionieren, noch sie in ihrer allgemeinen Erziehungsfreiheit einzuschränken und ihnen ein bestimmtes Erziehungsmodell vorzuschreiben. Der Fokus wäre vielmehr im Sinne eines Leitbilds auf das Wohl des Kindes gerichtet und auf die geeigneten Hilfestellungen für betroffene Eltern und Kinder. So könnte die Regelung vorab bei der Prävention herangezogen werden. Als flankierende Massnahme könnte es überdies auch sinnvoll sein, Artikel 302 ZGB mit einem neuen Absatz 4 zu ergänzen, wonach die Kantone ein niederschwelliges Beratungsangebot für Eltern und Kinder bei Schwierigkeiten in der Erziehung zur Verfügung stellen. Dies wäre keine gänzlich neue Aufgabe oder Verpflichtung der Kantone, denn solche Beratungsstellen existieren bereits in vielen Kantonen.

Aus einer verstärkten Nutzung von Beratungsangeboten könnte sich auch eine Entlastung der KESB ergeben, welche gemäss den Prinzipien der Subsidiarität und der Komplementarität erst in einem nächsten Schritt, bei einer Kindeswohlgefährdung, zum Zuge kommen würden. Im Verhältnis zum aktuellen System des Kinderschutzes sollte die Eingriffsschwelle der KESB durch die neue gesetzliche Regelung nicht geändert und somit insbesondere nicht gesenkt werden. Vielmehr sollte die neue Bestimmung die Grundlage bilden, um Eltern gegebenenfalls dazu zu veranlassen, möglichst frühzeitig eine niederschwellige Beratung aufzusuchen, sodass eine Intervention der KESB bzw. Kindeschutzmassnahme nicht erforderlich wären. Im Zentrum sollte somit stets die Prävention von Gewalt in der Erziehung stehen.

Auf der Grundlage dieses Berichts und des konkreten Lösungsvorschlags wird in einem nächsten Schritt der Gesetzgeber bzw. das Parlament im Rahmen der Beratung der Motion 19.4632 darüber zu entscheiden haben, ob der Schutz von Kindern vor Gewalt in der Erziehung explizit im ZGB verankert werden soll oder nicht, oder ob die Verbesserung der Situation gewaltbetroffener Familien weiterhin primär mit Sensibilisierungs- und Aufklärungsprogrammen sowie Unterstützungsangeboten zuhanden der Eltern und Kinder weiterverfolgt werden sollte.

Bericht des Bundesrates: Schutz von Kindern vor Gewalt in der Erziehung

6 Materialien- und Literaturverzeichnis

6.1 Materialien

Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats Fehr (07.3725) vom 5. Oktober 2007, "Gewalt und Vernachlässigung in der Familie: notwendige Massnahmen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe und der staatlichen Sanktionierung", 27. Juni 2012 (zit. Bericht Po. Fehr 2012).

Botschaft des Bundesrates zur Genehmigung des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention), BBl 2017 185.

Botschaft des Bundesrates zur Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Kinderschutz) vom 15. April 2015, BBl 2015 3431.

Bundesamt für Sozialversicherung, Gewalt gegen Kinder. Konzept für eine umfassende Prävention. In Bundesamt für Sozialversicherung (Ed.): Familie und Gesellschaft, Sonderreihe des Bulletins Familienfragen. Bern 2005 (zit. BSV Bericht 2005).

Bundesrat, Übereinkommen über die Rechte des Kindes der Vereinten Nationen, Antwort der Schweiz zur «List of Issues» vor Einreichen des fünften und sechsten Staatenberichts, Bern, 18. Dezember 2020 (zit. 5. und 6. Staatenbericht KRK Schweiz).

Comité des droits de l'enfant, Observation générale no 8 (2006), Le droit de l'enfant à une protection contre les châtiments corporels et les autres formes cruelles ou dégradantes de châtiments (art. 19, 28 (par. 2) et 37, entre autres), CRC/C/GC/8, 2 mars 2007 (zit. CRC, Observation générale no 8 (2006)).

Comité des droits de l'enfant, Observation générale no 12 (2009), Le droit de l'enfant d'être entendu, CRC/C/GC/12, 20 juillet 2009 (zit. CRC, Observation générale no 12 (2009)).

Comité des droits de l'enfant, Observation générale no 13 (2011), Le droit de l'enfant d'être protégé contre toutes les formes de violence, CRC/C/GC/13, 18 avril 2011 (zit. CRC, Observation générale no 13 (2011)).

Comité des droits de l'enfant, Observations finales concernant les deuxième à quatrième rapports périodiques de la Suisse CRC/C/CHE/CO/2-4 du 26 février 2015 (zit. Observations finales CRC-CH 2015).

Comité des droits de l'enfant, Observations finales concernant le rapport de la Suisse valant cinquième et sixième rapports périodiques, CRC/C/CHE/CO/5-6 du 22 octobre 2021 (zit. Observations finales CRC-CH 2021).

Universal Periodic Review, Report of the Working Group on the Universal Periodic Review, Switzerland, A/HRC/8/41, 28. Mai 2008 (zit. UPR Switzerland 2008).

Universal Periodic Review, Report of the Working Group on the Universal Periodic Review, Switzerland, A/HRC/22/11/Add.1, 5. März 2013 (zit. UPR Switzerland 2012).

Universal periodic review, Report of the Working Group on the Universal Periodic Review, Switzerland, A/HRC/37/12, 29. Dezember 2017 (zit. UPR Switzerland 2017).

6.2 Literaturverzeichnis

BAIER DIRK, MANZONI PATRIK, HAYMOZ SANDRINE, ISENHARDT ANNA, KAMENOWSKI MARIA ET AL (2018). Elterliche Erziehung unter besonderer Berücksichtigung elterlicher Gewaltanwendung in der Schweiz: Ergebnisse einer Jugendbefragung, Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften 2018, verfügbar unter <https://digitalcollection.zhaw.ch/handle/11475/12531> (zit. BAIER ET AL. 2018).

BOLLIGER CHRISTIAN, SAGER PATRICIA, Stand der Ausrichtungen von Finanzhilfen gemäss Artikel 26 KJFG, Forschungsbericht 12/17, August 2017, verfügbar unter www.bsv.admin.ch > Finanzhilfen > Ausserschulische Kinder- und Jugendförderung > Finanzhilfen an Kantone für kantonale Programme im Bereich Aufbau und Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendpolitik (Art. 26 KJFG) (zit. BOLLIGER/SAGER 2017)

BRÜSCHWEILER BETTINA, CAVELTI GIANLUCA, FALKENRECK MANDY, GLOOR SYBILLE, HINDER NICOLE, KINDLER TOBIAS, ZAUGG DÉSIÉE, Kinderrechte aus Kinder- und Jugendsicht. Kinderrechte-Studie Schweiz und Liechtenstein 2021, (Hrsg.) UNICEF Schweiz und Liechtenstein und dem Institut für Soziale Arbeit und Räume (IFSAR) des Departements der Sozialen Arbeit der OST – Ostschweizer Fachhochschule, 2021 (zit. UNICEF-Studie 2021).

BÜCHLER ANDREA, JAKOB DOMINIQUE (Hrsg.), Kurzkommentar, Schweizerisches Zivilgesetzbuch, 2. Auflage, Zürich 2018 (zit. KUKO ZGB-AUTOR/IN, Art. ... N ...).

BUSSMANN KAI-D., ERTHAL CLAUDIA, SCHROTH ANDREAS, Wirkung von Körperstrafenverböten. Erste Ergebnisse der europäischen Vergleichsstudie zu den «Auswirkungen eines gesetzlichen Verbots von Gewalt in der Erziehung», RdJB 4/2008, S. 404-422 (zit. BUSSMANN ET AL. 2008).

BUSSMANN, KAI-D., ERTHAL CLAUDIA, SCHROTH ANDREAS, Effects of Banning Corporal Punishment in Europe. In Durrant/Smith (Eds.), Global Pathways to Abolishing Physical Punishment (pp. 299-322), 2011 (zit. BUSSMANN ET AL. 2011).

CLEMENS VERA, SACHSER CEDRIC, WEILEMANN MITJA, FEGERT JÖRG M., 20 Jahre gewaltfreie Erziehung im BGB. „Aktuelle Einstellungen zu Körperstrafen und elterliches Erziehungsverhalten in Deutschland“. Ein Blick auf Veränderungen seit der parlamentarischen Entscheidung von 2000, Ulm November 2020 (zit. 20 JAHRE GEWALTFREIE ERZIEHUNG IM BGB).

DE LUZE ESTELLE, Les punitions corporelles dans l'éducation des enfants, état des lieux et perspectives pour la Suisse, ZKE 3/2012, S. 224-241 (zit. DE LUZE, ZKE).

DE LUZE ESTELLE, Le droit de correction notamment sous l'angle du bien de l'enfant. Etude du droit suisse, thèse, Lausanne 2011 (zit. DE LUZE, THÈSE).

EHRENZELLER/SCHINDLER/SCHWEIZER/VALLENDER (Hrsg.), St. Galler Kommentar Bundesverfassung, 3. Auflage, 2014 (zit. AUTOR/IN, St. Galler Kommentar zu Art. ... N ...).

EIDGENÖSSISCHEN KOMMISSION FÜR KINDER- UND JUGENDFRAGEN EKKJ, Das Recht des Kindes auf eine Erziehung ohne Gewalt Situation in der Schweiz, Handlungsbedarf und Forderungen der EKKJ. Ein Positionspapier der Eidgenössischen Kommission für Kinder- und Jugendfragen, Bern, November 2019 (zit. EKKJ POSITIONSPAPIER 2019).

FASSBIND PATRICK, Züchtigungsrecht contra Gewaltverbot bei der Ausübung der elterlichen Personensorge, AJP 2007, S. 547 ff. (zit. FASSBIND, AJP).

Bericht des Bundesrates: Schutz von Kindern vor Gewalt in der Erziehung

FASSBIND PATRICK, Systematik der elterlichen Personensorge in der Schweiz, Diss., Basel/Genf/München 2006 (zit. FASSBIND, DISS).

GEISER THOMAS, FOUNTOULAKIS CHRISTIANA (Hrsg.), Basler Kommentar, Zivilgesetzbuch I, 6. Aufl., Basel 2018 (zit. BSK ZGB I-AUTOR/IN, Art. ... N ...).

HAU WOLFGANG, POSECK ROMAN (Hrsg.), Beckscher Online-Kommentar zum BGB, 61. Aufl., 1.2.2022 (zit. BeckOK BGB/Autor/in, BGB § ... Rn ...).

HAUSHEER HEINZ, REUSSER RUTH, GEISER THOMAS, Berner Kommentar ZGB, Band II, Bern 1999 (zit. BK-HAUSHEER/REUSSER/GEISER, Art. ... N ...).

INTERFACE, Evaluation Kindes- und Erwachsenenschutzrecht, Analyse der organisatorischen Umsetzung und Kennzahlen zu Leistungen und Kosten, 5. April 2016, verfügbar unter: www.bj.admin.ch > Gesellschaft > Laufende Rechtsetzungsprojekte > Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (zit. Studie Interface).

KAISER DAGMAR, SCHNITZLER KLAUS, SCHILLING ROGER, SANDERS ANNE (Hrsg.), NomosKommentar BGB, Familienrecht, 4. Auflage 2021 (NK-BGB/AUTOR/IN § ... Rn ...).

Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK), Empfehlungen der für die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendpolitik in den Kantonen, 19. Mai 2016 (zit. Empfehlungen SODK Kinder- und Jugendpolitik 2016).

MACALUSO ALAIN, MOREILLON LAURENT, QUELOZ, NICOLAS (Hrsg.), Commentaire Romand Code pénal II, 1. Auflage, Basel 2017 (zit. CR CP II- AUTOR/IN, art. ... N ...).

MEIER PHILIPPE, STETTLER MARTIN, Droit de la filiation, 6^e édition, Genève/Zürich 2019 (zit. MEIER/STETTLER).

MICHEL MARGOT, Höchste Zeit für den endgültigen Abschied vom elterlichen Züchtigungsrecht, Recht 1/2021, S. 55-59 (zit. MICHEL).

NIGGLI MARCEL ALEXANDER, WIPRÄCHTIGER HANS (Hrsg.), Basler Kommentar Strafrecht, Strafgesetzbuch, Jugendstrafgesetzbuch, 4. Auflage, 2019 (zit. BSK StGB- AUTOR/IN, Art. ... N ...).

Optimus Studie Schweiz, Kindeswohlgefährdung in der Schweiz. Formen, Hilfen, fachliche und politische Implikationen, 2018 (zit. Optimus III Studie), verfügbar unter <https://www.hslu.ch/-/media/campus/common/files/dokumente/sa/forschung/optimus-3-booklet-study-ch-iii-de.pdf>.

PICHONNAZ PASCAL, FOËX BÉNÉDICT (Hrsg.), Commentaire Romand Code civil I, 1^{ère} éd. 2010 (zit. CR CC I- AUTOR/IN, art. ... N ...).

RAVEANE ZENO, Die Ausübung der elterlichen Sorge. Unter besonderer Berücksichtigung der Autonomie der Eltern, Bern 2021 (zit. RAVEANE).

RYSER BÜSCHI NADINE, Familiäre Gewalt an Kindern, Eine Untersuchung der Umsetzung der staatlichen Schutzpflichten im Strafrecht, Zürich 2012 (zit. RYSER BÜSCHI).

Bericht des Bundesrates: Schutz von Kindern vor Gewalt in der Erziehung

SCHÖBI DOMINIK, KURZ SUSANNE, SCHÖBI BRIGITTE, KILDE GISELA, MESSERLI NADINE, LEUENBERGER BRIGITTE, Bestrafungsverhalten von Eltern in der Schweiz. Physische und psychische Gewalt in Erziehung und Partnerschaft in der Schweiz: Momentanerhebung und Trendanalyse, Universität Freiburg, 2017 (zit. SCHÖBI ET AL. 2017).

SCHÖBI BRIGITTE, HOLMER PAULINE, RAPICAULT ANGELA, SCHÖBI DOMINIK, Bestrafungsverhalten von Eltern in der Schweiz. Eine wissenschaftliche Begleitung der Präventionskampagne «Starke Ideen – Es gibt immer eine Alternative zur Gewalt», Institut für Familienforschung und –beratung, Universität Freiburg, 2020 (zit. SCHÖBI ET AL. 2020).

SCHWAB DIETER (Hrsg.), Münchener Kommentar zum BGB, 8. Auflage 2020 (zit. MüKoBGB-Autor/-in, 8. Aufl. 2020, BGB § ... Rn. ...).

TRECHSEL STEFAN (Hrsg.), Praxiskommentar Schweizerisches Strafgesetzbuch, 4. Auflage, 2021 (zit. PK StGB-TRECHSEL/GETH, Art. ... N ...).

TROST TANJA, Das elterliche Erziehungsrecht und die Persönlichkeitsrechte des Kindes. Eine Untersuchung am Beispiel von Cognitive Enhancement, Bern 2017 (zit. TROST).

WALDMANN BERNHARD, BELSER EVA MARIA, EPINEY ASTRID (Hrsg.), Basler Kommentar Bundesverfassung, 1. Auflage, 2015 (zit. BSK BV- AUTOR/IN, Art. ... N ...).

ZELLER GIOIA, JOHN LENA, Kindesschutz und Kindeswohl in den Frauenhäusern. Ein Bericht der Dachorganisation der Frauenhäuser der Schweiz und Liechtenstein in Zusammenarbeit mit den Frauenhäusern zuhanden des Bundesamtes für Sozialversicherungen, Kinder- und Jugendpolitik, Juli 2020 (zit. DAO-Bericht 2020).



19 octobre 2022

Protection des enfants contre la violence dans l'éducation

Rapport du Conseil fédéral
donnant suite au postulat 20.3185 Bulliard-
Marbach du 4 mai 2020



Protection des enfants contre la violence dans l'éducation

Table des matières

1	Mandat.....	5
1.1	Contexte.....	5
1.2	Position du Conseil fédéral et du Parlement à ce jour	6
1.3	Postulat 20.3185	7
2	Éducation parentale et violence envers les enfants.....	7
2.1	Éducation parentale	7
2.1.1	Devoir d'éducation des parents	7
2.1.2	Délimitations par rapport à d'autres situations éducatives	9
2.2	Violence envers les enfants.....	9
2.2.1	Violence au sein de la famille	9
2.2.2	Formes de violence	10
2.2.3	Délimitations.....	11
2.3	Données statistiques et enquêtes de terrain.....	12
3	Situation juridique actuelle	13
3.1	Droit international	13
3.1.1	Instruments de l'ONU	13
3.1.2	Instruments du Conseil de l'Europe	15
3.2	Constitution fédérale	16
3.3	Droit civil	17
3.4	Droit pénal.....	19
3.5	Situation juridique en Europe.....	20
3.6	Appréciation	21
4	Proposition de disposition dans le code civil.....	22
4.1	Remarques liminaires.....	22
4.2	Sens et but de la nouvelle disposition.....	22
4.3	Proposition d'ajout à l'art. 302 CC	23
4.3.1	Formulation proposée	23
4.3.2	Inscrire dans la loi le devoir parental d'éducation sans violence	24
4.3.3	Faciliter l'accès aux offres d'aide et de conseil	25
4.3.4	Conséquences sur les interventions des APEA et les mesures de protection de l'enfant.....	26
5	Conclusions	26
6	Bibliographie et travaux préparatoires.....	28
6.1	Travaux préparatoires	28
6.2	Bibliographie	29

Condensé

Le postulat 20.3185 Bulliard-Marbach « Protection des enfants contre la violence dans l'éducation » charge le Conseil fédéral d'examiner comment inscrire dans le code civil (CC) la protection des enfants contre la violence dans l'éducation.

Depuis l'abolition du droit dit de correction en 1978, les parents n'ont plus le droit d'user de violence pour éduquer leurs enfants. Les instruments relevant du droit international, qui s'appliquent aussi en Suisse, interdisent de manière générale la violence envers les enfants. Le droit constitutionnel garantit le droit des enfants et des jeunes à une protection particulière de leur intégrité et à l'encouragement de leur développement. Le droit pénal, le droit civil et les structures d'aide aux enfants et aux jeunes ainsi que les mesures de sensibilisation qui y sont associées protègent l'enfant face aux violences dans le cadre familial. Par conséquent, le Conseil fédéral estime qu'il n'est pas nécessaire de prendre de nouvelles mesures législatives à cet égard, notamment parce que les objectifs d'éducation sans violence sont plus facilement atteints en étendant les structures d'aide et en réalisant des programmes de sensibilisation active. Le Conseil fédéral estime qu'il n'appartient pas à l'État d'imposer aux parents des directives supplémentaires pour l'éducation de leurs enfants. Le Parlement a jusqu'ici partagé l'avis du Conseil fédéral. Dans sa réponse à la motion 19.4632 « Inscrire l'éducation sans violence dans le CC », le Conseil fédéral s'est toutefois dit prêt à examiner comment répondre au mieux à cette demande et a donc proposé d'accepter le postulat 20.3185.

Cet examen débute par l'analyse de la situation actuelle en Suisse, en tenant compte à la fois du cadre juridique et des données statistiques et enquêtes de terrain. La situation juridique dans les pays voisins et quelques autres États européens est également observée. Il en ressort qu'en Suisse également une minorité d'enfants subissent toujours de la violence dans le cadre de l'éducation dispensée par leurs parents. A l'étranger, des études menées dans certains pays sur plusieurs années indiquent qu'une interdiction explicite et des campagnes de sensibilisation et d'information aboutissent, à moyen terme, à une évolution positive des comportements éducatifs des parents et à une diminution de la tolérance envers la violence. La Suisse appartient certes désormais aux rares États européens n'ayant pas inscrit dans la loi l'interdiction de la violence dans l'éducation ni l'encouragement de l'éducation sans violence. Toutefois, on constate que la fréquence des actes de violence a dans l'ensemble également reculé en Suisse de manière continue et significative au fil des dernières décennies.

Sur la base de cette analyse et comme le demande le postulat, le présent rapport fournit une proposition de solution concrète et aussi susceptible que possible de rallier une majorité pour inscrire l'éducation sans violence dans la loi. Cette ambition pourrait être réalisée par une norme programmatique dans le CC (qui complète la disposition sur l'éducation) qui expliciterait l'obligation faite aux parents d'éduquer leurs enfants « sans recourir à des châtiments corporels ni à d'autres formes de violence dégradante ». Elle ne créerait pour l'enfant aucun droit directement applicable, mais servirait de principe directeur et pourrait contribuer au travail de prévention. À cet égard, elle pourrait être complétée par une règle sur l'encouragement de l'accès aux offres de conseil et de soutien. De telles mesures d'accompagnement pourraient permettre à la nouvelle norme de déployer ses effets plus efficacement.

Cette approche préventive s'inscrirait à titre complémentaire dans le système actuel, sans remettre en question ni modifier le fonctionnement actuel de la protection de l'enfant et de l'adulte ni celui des autorités de poursuite pénale. En cas de violation de cette règle, les parents ne seraient pas sanctionnés et leur liberté d'éducation ne serait pas restreinte. Elle ne devrait pas non plus mener à une hausse du nombre d'interventions des autorités de protection de l'enfant ni à un abaissement de ce seuil, pas plus qu'à une hausse du nombre de

Protection des enfants contre la violence dans l'éducation

mesures de protection de l'enfant. L'objectif serait plutôt d'assurer le bien de l'enfant de manière préventive en fournissant l'aide dont parents et enfants ont besoin en cas de conflit.

Protection des enfants contre la violence dans l'éducation

1 Mandat

1.1 Contexte

Le nouveau droit de la filiation, en vigueur depuis 1978, a aboli le droit de correction des parents qui autorisait ces derniers à « user des moyens de correction nécessaires à l'éducation des enfants » (ancien art. 278 du code civil [CC]¹). Plusieurs interventions parlementaires ont été déposées depuis avec pour objectif de mieux protéger les enfants contre la violence au sein de la famille et d'inscrire expressément dans la loi l'interdiction des châtimens corporels et autres actes dégradants ou le droit à une éducation sans violence². Sur le plan international, la Suisse a été de plus exhortée à plusieurs reprises à légiférer en la matière (voir ch. 3.1).

La question a également préoccupé la société civile et le monde académique³. Ainsi, le Centre interfacultaire des droits de l'enfant a organisé en mai 2018 – en collaboration avec le Centre suisse de compétence pour les droits humains, l'Institut international des droits de l'enfant et d'autres partenaires – un colloque international placé sous le thème « Pour mieux protéger les enfants en Suisse : interdire les châtimens corporels ? »⁴. C'est à cette occasion que fut adopté l'Appel de Berne pour inscrire explicitement dans le CC l'interdiction de tous les châtimens corporels et autres formes de traitements dégradants à l'encontre des enfants⁵.

La Commission fédérale pour l'enfance et la jeunesse (CFEJ) s'est prononcée en novembre 2019 en faveur d'une norme correspondante dans le CC : « Une ligne directrice proscrivant la violence dans l'éducation, susceptible de servir d'orientation pour les parents avant même que la violence ne survienne, et sur laquelle les spécialistes peuvent se fonder fait défaut en Suisse. La situation dans les pays européens qui ont modifié leur législation montre qu'une telle norme contribue de manière décisive à limiter le recours à la violence dans l'éducation, tout en influant sur l'attitude et le comportement des parents à l'égard de la violence.⁶ »

Dans le prolongement de cette démarche, la conseillère nationale Christine Bulliard-Marbach a déposé en décembre 2019 la motion 19.4632 « Inscrire l'éducation sans violence dans le CC ». Celle-ci charge le Conseil fédéral de compléter le CC d'un article garantissant aux enfants le droit à une éducation sans violence, afin de les protéger contre les châtimens corporels, les violences psychologiques et contre toute forme de rabaissement. Le 26 février 2020, le Conseil fédéral a proposé de rejeter la motion tout en laissant entendre qu'il étudierait la question dans le cadre d'un rapport et à la lumière des considérations de la CFEJ. Le Conseil national a adopté la motion le 30 septembre 2021⁷.

¹ RS 210

² Dès 1996, en particulier la motion 96.3176 de la Commission des affaires juridiques du Conseil national « Interdiction légale des châtimens corporels et des traitements dégradants envers les enfants », suivie des interventions suivantes : Question 13.1022 Fehr « Violence dans le cadre de l'éducation. Comment y mettre un terme ? » ; Motion 13.3156 Feri « Pour une éducation non violente » ; Motion 15.3639 Galladé « Suppression du châtiment corporel » ; Motion 18.3603 Marchand-Balet « Inscription dans le code civil de l'interdiction des châtimens corporels et d'autres formes de traitements dégradants à l'encontre des enfants » ; Motion 19.4632 Bulliard-Marbach « Inscrire l'éducation sans violence dans le CC ».

³ Voir notamment FASSBIND, § 8 II. 3, qui préconisait en 2006 déjà *de lege ferenda* une réglementation explicite dans le CC.

⁴ <https://www.skmr.ch/frz/domaines/enfance/nouvelles/colloque-chatiments-corporels.html>

⁵ *Ibid.*

⁶ POSITION CFEJ 2019, p. 16

⁷ BO CN 2021, 2034

Protection des enfants contre la violence dans l'éducation

1.2 Position du Conseil fédéral et du Parlement à ce jour

Ces dernières années, le Conseil fédéral a affirmé à diverses occasions que le droit de correction des parents était désormais incompatible avec le bien de l'enfant, et ce même si le code civil en vigueur n'interdit pas expressément la violence envers les enfants dans l'éducation⁸. Le recours systématique à la violence physique comme méthode d'éducation est clairement contraire au bien de l'enfant⁹. L'introduction d'une nouvelle norme légale est donc jugée inutile, car on estime que les dispositions pénales en vigueur, associées à un système bien développé de protection des enfants et des jeunes, garantissent de bien meilleurs résultats qu'une interdiction légale explicite des châtiments corporels. Le Conseil fédéral a en outre rappelé l'importance de la prévention, laquelle passe par des programmes concrets de sensibilisation et d'information¹⁰. Conformément à l'art. 26 de la loi du 30 septembre 2011 sur l'encouragement de l'enfance et de la jeunesse (LEEJ)¹¹, les programmes des cantons dans le domaine de l'aide à l'enfance et à la jeunesse sont soutenus entre 2014 et 2022 par des aides financières de la Confédération¹². Celles-ci ont depuis permis à divers cantons d'étendre leurs offres de conseil pour les enfants et les familles et/ou d'appliquer des mesures dans le domaine de la protection de l'enfant¹³.

Fort de ces considérations, le Conseil fédéral a rejeté jusqu'à présent les interventions parlementaires visant à abolir expressément le droit de correction ou à consacrer dans la loi le droit de l'enfant à une éducation sans violence. Le Parlement a systématiquement emboîté le pas au Conseil fédéral.

Les arguments qu'oppose le Conseil fédéral à une interdiction formelle des châtiments corporels peuvent se résumer comme suit :

- Le recours à la violence contre les enfants, en particulier sous la forme de châtiments corporels, n'est compatible ni avec la Constitution (art. 11, al. 1, Cst.)¹⁴, ni avec la Convention de l'ONU du 20 novembre 1989 relative aux droits de l'enfant (CDE)^{15 ; 16}.
- La protection de l'enfant contre la violence a été déjà renforcée dans le code civil au moyen de différentes modifications de la loi, spécialement avec la nouvelle disposition sur l'autorité parentale qui doit être au service du bien de l'enfant (art. 296, al. 1, CC), le retrait de l'auto-

⁸ Motion 15.3639 Galladé « Suppression du châtiment corporel » ; Motion 18.3603 Marchand-Balet « Inscription dans le code civil de l'interdiction des châtiments corporels et d'autres formes de traitements dégradants à l'encontre des enfants » ; Motion 19.4632 Bulliard-Marbach « Inscire l'éducation sans violence dans le CC ».

⁹ Déjà indiqué dans le rapport po. Fehr 2012. Voir aussi la position du Conseil fédéral sur les interventions citées à la nbp 2.

¹⁰ Motion 19.4632 Bulliard-Marbach « Inscire l'éducation sans violence dans le CC ».

¹¹ RS 446.1. En vertu de cette loi, la Confédération peut, par le biais d'un financement incitatif limité jusqu'à fin 2022, soutenir des programmes cantonaux de développement de la politique de l'enfance et de la jeunesse, y compris de la politique de la petite enfance. En outre, la Confédération peut, par le biais des crédits « Protection de l'enfant » et « Droits de l'enfant » allouer des subventions à diverses organisations actives à l'échelle du pays ou d'une région linguistique (voir l'ordonnance du 11 juin 2010 sur les mesures de protection des enfants et des jeunes et sur le renforcement des droits de l'enfant, RS 311.039.1). Les aides financières destinées à la protection de l'enfance contribuent entre autres à protéger les enfants et les jeunes (y compris les enfants en âge préscolaire) contre toutes les formes de violence physique ou psychologique, de maltraitance et d'exploitation. Voir aussi Office fédéral des assurances sociales (OFAS), Document de base concernant l'octroi d'aides financières pour le renforcement des droits de l'enfant : crédit « Protection de l'enfant », avril 2020, disponible sous: www.ofas.admin.ch > Aides financières > Protection de l'enfant / Droits de l'enfant). Citons également le soutien financier aux organisations familiales en vertu de l'ordonnance du 19 juin 2020 sur les aides financières allouées aux organisations familiales (RS 836.22), voir www.ofas.admin.ch > Aides financières > Organisations familiales.

¹² Voir Question 13.1022 Fehr « Violence dans le cadre de l'éducation. Comment y mettre un terme ? » ; Motion 13.3156 Feri « Pour une éducation non violente » ; Motion 18.3603 Marchand-Balet « Inscription dans le code civil de l'interdiction des châtiments corporels et d'autres formes de traitements dégradants à l'encontre des enfants ».

¹³ Voir le bilan intermédiaire de l'année 2017 sur les aides financières : BOLLIGER/SAGER 2017.

¹⁴ RS 101

¹⁵ RS 0.107 ; en vigueur en Suisse depuis le 26 mars 1997.

¹⁶ Interpellation 11.3528 Fehr « Des châtiments corporels infligés aux enfants au nom de Dieu ? ».

Protection des enfants contre la violence dans l'éducation

rité parentale en cas de violence (art. 311 CC) ainsi que le droit d'aviser l'autorité et l'obligation d'aviser faite aux professionnels en cas de soupçon de mise en danger du bien de l'enfant (art. 314c ss CC).

- Les dispositions en vigueur du droit pénal protègent l'enfant contre l'usage de la violence physique ou psychologique (art. 126 du code pénal [CP]¹⁷ relatif aux voies de fait, art. 123 CP relatif aux lésions corporelles simples, art. 122 CP relatifs aux lésions corporelles graves).

1.3 Postulat 20.3185

Le 4 mai 2020, la conseillère nationale Christine Bulliard-Marbach a déposé le postulat 20.3185 « Protection des enfants contre la violence dans l'éducation » libellé comme suit :

« Le Conseil fédéral est chargé d'élaborer un rapport présentant les possibilités d'inscrire dans le code civil la protection des enfants contre la violence dans l'éducation. »

Dans son développement, elle fait valoir ceci :

« Le Conseil fédéral s'est déclaré prêt, dans son avis sur la motion [19.4632](#) (inscrire l'éducation sans violence dans le CC), à examiner dans le cadre d'un rapport comment répondre au mieux aux demandes exprimées dans la motion. Je le prie donc d'élaborer le rapport mentionné et de proposer une solution susceptible de rallier une majorité. »

Le 1^{er} juillet 2020, le Conseil fédéral a proposé d'accepter le postulat ; le Conseil national l'a adopté le 9 décembre 2020¹⁸.

2 Éducation parentale et violence envers les enfants

2.1 Éducation parentale

2.1.1 Devoir d'éducation des parents

En tant que détenteurs de l'autorité parentale, les parents déterminent les soins à donner à l'enfant, dirigent son éducation en vue de son bien et prennent les décisions nécessaires, sous réserve de sa propre capacité (art. 301, al. 1, CC). Les parents ont le devoir d'éduquer leurs enfants. Le législateur a expressément établi le droit et le devoir des parents d'éduquer leurs enfants à l'art. 302 CC relatif à l'autorité parentale. La loi, toutefois, ne prescrit pas comment et selon quelles méthodes l'éducation doit être assurée. Le législateur a préféré s'en tenir à des principes élémentaires, à savoir la protection et l'encouragement de l'épanouissement physique, intellectuel et moral de l'enfant¹⁹. Dans la mesure où les beaux-parents et les parents nourriciers représentent les parents dans l'exercice de l'autorité parentale – et partant, dans l'éducation – (art. 299 s. CC), ces considérations ainsi que les suivantes leur sont également applicables²⁰.

¹⁷ RS 311

¹⁸ Voir débat et décision du Conseil national sous la rubrique « Chronologie » sous : <https://www.parlament.ch/fr/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20203185>.

¹⁹ MEIER/STETTLER, N 1270 ss. À noter que les notions d'éducation et de soins se recoupent dans une très large mesure pour ce qui est des actions des parents qui sont requises à cet effet.

²⁰ Voir également BSK ZGB I–SCHWENZER/COTTIER, art. 299 N 3 ss ainsi que BSK ZGB I–SCHWENZER/COTTIER, art. 300 N 4.

Protection des enfants contre la violence dans l'éducation

L'éducation a pour but premier le développement équilibré de la personnalité globale de l'enfant et sa capacité d'intégration sociale ainsi que sa liberté et son autonomie²¹. Les parents ne peuvent toutefois pas avoir recours à tout moyen d'éducation : seuls ceux en accord avec le bien de l'enfant se justifient par le but de l'éducation (art. 301, al. 1, CC)²². Le respect de la personnalité de l'enfant constitue une autre restriction²³. Dans l'éducation, les parents doivent agir en fonction du bien de l'enfant et respecter la personne et la liberté de l'enfant, ils ne doivent pas écraser l'opposition nécessaire ni briser son estime de soi²⁴. Enfin, dans leur activité éducative, les parents sont tenus de coopérer en particulier avec l'école ou, lorsque les circonstances l'exigent, autrement dit en cas de difficultés éducatives, de consulter les services spécialisés de l'école ou les institutions publiques et d'utilité publique de protection de la jeunesse (art. 302, al. 3, CC)²⁵.

La CDE stipule également que les parents sont responsables de l'éducation et du développement de l'enfant (art. 18 CDE). Selon l'observation générale n° 8 du Comité des droits de l'enfant de l'ONU, le développement sain des enfants suppose que les parents fournissent les orientations et les indications nécessaires, en fonction du développement des capacités de l'enfant, afin de contribuer à une croissance les conduisant à une vie responsable dans la société²⁶. L'observation générale n° 13 prévoit également, comme mesure de prévention, d'enseigner notamment aux parents « des techniques de discipline positive » comme méthodes d'éducation²⁷.

Cette approche va aussi dans le sens des recommandations du Conseil de l'Europe (voir ch. 3.1.2) sur la « parentalité positive », par quoi il faut entendre une attitude éducative des parents qui s'oriente vers le bien de l'enfant, qui est exempte de violence, qui offre à l'enfant reconnaissance et aide et qui vise, sur la base d'une série de points de repère, à favoriser le développement global de l'enfant²⁸. Selon l'Initiative mondiale pour l'élimination de toutes les formes de châtiments corporels donnés aux enfants (*Global Initiative to end all corporal punishment of children* GIEPC), il s'agit là d'un complément judicieux à l'interdiction légale de la violence²⁹.

²¹ BSK ZGB I—SCHWENZER/COTTIER, art. 302 N 7 ; ainsi que RAVEANE avec de plus amples indications pour une meilleure compréhension des différents domaines.

²² MICHEL, p. 57

²³ BSK ZGB I—SCHWENZER/COTTIER, art. 301 N 2. Concernant la délimitation entre le droit d'éducatif des parents et le droit de la personnalité de l'enfant, voir TROST, p. 27 ss.

²⁴ BSK ZGB I—SCHWENZER/COTTIER, art. 301 N 7, avec renvoi au message sur le droit de la filiation

²⁵ BSK ZGB I—SCHWENZER/COTTIER, art. 302 N 13

²⁶ Voir CRC, Observation générale n° 8 (2006), ch. 13. En application de cette recommandation, Protection de l'enfance Suisse propose par exemple des cours destinés aux parents (Parents Plus®) pour les orienter vers l'éducation constructive : <https://www.kinderschutz.ch/fr/parents-et-les-responsables-legaux/education-constructive>.

²⁷ Voir CRC, Observation générale n° 13 (2011), ch. 47, let. c/i. La technique dite de discipline positive (en anglais « positive discipline ») désigne en Suisse, entre autres, une éducation positive ou fortifiante et non pas le fait de discipliner l'enfant. L'objectif consiste ici à établir une relation saine avec l'enfant et à encourager un comportement positif, plutôt que de le punir et de se focaliser sur ce qu'il ne doit pas faire (voir UNICEF Allemagne : <https://www.unicef.de/informieren/aktuelles/blog/eltern Tipps-erziehung-Positive-Disziplin/240274>, avec des approches concrètes. Voir aussi la recommandation du Comité des droits de l'enfant adressée à la Suisse, dans Observations finales CRC-CH 2021, ch. 27b) « d'allouer des moyens suffisants aux campagnes de sensibilisation qui visent à promouvoir des méthodes d'éducation et de discipline positives, non violentes et participatives [...] ».

²⁸ Annexe à la Recommandation Rec(2006)19, art. 1 Définitions : la « parentalité positive » se réfère à un comportement parental fondé sur l'intérêt supérieur de l'enfant qui vise à l'élever et à le responsabiliser, qui est non violent et lui fournit reconnaissance et assistance, en établissant un ensemble de repères favorisant son plein développement.

²⁹ Voir « Global Initiative to end all corporal punishment of children » : <https://endcorporalpunishment.org/resources/positive-discipline-resources/>.

Protection des enfants contre la violence dans l'éducation

2.1.2 Délimitations par rapport à d'autres situations éducatives

Les parents ou les éventuels beaux-parents ou parents d'accueil ne sont pas seuls responsables de l'éducation des enfants. Les enfants ont en effet aussi besoin d'être guidés, accompagnés et encadrés lorsqu'ils sont pris en charge en dehors de la famille, dans un foyer, dans une structure d'accueil de jour ou encore à l'école.

Les compétences nécessaires des personnes responsables sont vérifiées à l'occasion de certaines procédures d'autorisations. Dans le cas d'un placement en foyer, l'institution en question doit précisément être au bénéfice d'une autorisation garantissant notamment que sa direction et ses collaborateurs disposent des aptitudes éducatives et de la formation leur permettant d'assurer leur tâche (art. 15, al. 1, let. b, de l'ordonnance du 19 octobre 1977 sur le placement d'enfants ; OPE³⁰). Ajoutons que pour les familles d'accueil soumises à autorisation en vertu de l'art. 4 OPE, l'aptitude à l'éducation constitue également une condition préalable à l'octroi de l'autorisation (art. 5 OPE). Dans ces cas de figure, cette aptitude est régulièrement vérifiée dans le cadre de la procédure d'autorisation, puis dans celui de l'activité de surveillance.

De même, tout recours à la violence par ces responsables est prohibé. L'interdiction est posée dans les règlements respectifs des institutions ou au niveau cantonal³¹. Les situations éducatives dans le cadre scolaire, d'une structure de jour ou au sein d'un foyer ne font toutefois pas l'objet du présent rapport, lequel porte exclusivement sur l'éducation au sein de la famille.

2.2 Violence envers les enfants

2.2.1 Violence au sein de la famille

L'art. 19 CDE définit la violence comme toute forme de violence, d'atteinte ou de brutalités physiques ou mentales, d'abandon ou de négligence, de mauvais traitements ou d'exploitation, y compris la violence sexuelle (voir également ch. 3.1.1). Dans le cadre familial, les enfants et les jeunes sont confrontés à différentes formes de violence³².

Les notions de violence familiale ou de violence au sein de la famille sont parfois utilisées comme termes génériques. Elles englobent alors la violence envers les enfants et les adolescents ainsi que toute violence exercée « dans le cadre de la famille proche ou élargie »³³. Le présent rapport se limite à la violence exercée par les parents envers leurs enfants. Ni la violence entre enfants, ni la violence des enfants envers leurs parents ou la légitime défense des parents comme motif justificatif au sens de l'art. 15 CP, ou encore la rétorsion des parents selon l'art. 177, al. 3, CP ne font l'objet du présent rapport³⁴. Étant donné que la vio-

³⁰ RS 211.222.338

³¹ Voir par exemple l'ordonnance du canton de Zurich du 6 octobre 2021 sur les foyers pour enfants et adolescents (Kinder- und Jugendheimverordnung KJV, SRZH 852.21 : §17, let. c), qui dispose que les prestataires doivent joindre des lignes directrices à leur demande d'autorisation. Celles-ci doivent notamment renseigner sur les mesures mises en place pour prévenir la violence physique, psychologique ou sexuelle pendant la durée de l'accueil, de même qu'elles doivent préciser la procédure à suivre en cas de violence présumée ou avérée.

³² La feuille d'information B3 « La violence domestique à l'encontre des enfants et des adolescent-e-s » du Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes (BFEG) cite en particulier la maltraitance physique et psychique, les abus sexuels, la négligence physique et psychique et le fait d'être exposé à la violence domestique. Disponible sous www.bfeg.admin.ch > Documentation > Publications > Publications violence.

³³ Voir rapport po. Fehr 2012, p. 11 avec citation de Dlugosch ainsi que RYSER BÜSCHI, p. 4.

³⁴ Voir rapport po. Fehr 2012, p. 111 s., annexe 4 : avis de l'OFJ du 25 mai 2011 sur l'interdiction des châtimens corporels (extrait).

Protection des enfants contre la violence dans l'éducation

lence sexuelle au sein de la famille n'est en principe pas exercée en tant que méthode d'éducation, elle n'est pas non plus abordée, même si elle constitue de la maltraitance de la part des parents³⁵.

2.2.2 Formes de violence

On classe communément la violence parentale dans l'éducation en trois catégories.

– Violence physique ou corporelle

Par violence physique, on entend p. ex. des actes consistant à frapper, donner des coups de pied, mordre, pousser, secouer, étrangler ou tirer, brûler intentionnellement ou ébouillanter³⁶. Une telle violence peut entraîner des blessures temporaires ou durables, d'où parfois, la distinction établie entre le châtiment corporel qui n'entraîne normalement pas de blessures physiques massives (comme une gifle) et la maltraitance physique, qui entraîne souvent des blessures physiques, parfois massives (comme des coups de pied ou des brûlures)³⁷, qui peuvent donner lieu à des poursuites pénales. D'aucuns postulent que plutôt que de se baser sur l'ampleur et l'intensité de la violence physique infligée, il faut porter son attention sur l'atteinte à la dignité humaine de l'enfant³⁸. Cela rejoint la position du Comité des droits de l'enfant de l'ONU, selon laquelle les châtiments corporels sont toujours dégradants. Dans son observation générale n° 13, le Comité englobe dans les châtiments corporels ou physiques, l'administration d'un coup (tape, gifle, fessée) à un enfant, avec la main ou à l'aide d'un instrument (fouet, bâton, ceinture, chaussure, cuillère en bois, etc.). Les châtiments peuvent consister entre autres aussi à donner un coup de pied à l'enfant, à le secouer ou le projeter, le griffer, le pincer, le mordre, lui tirer les cheveux, lui tirer les oreilles, le frapper avec un bâton ou bien encore à le forcer à demeurer dans une position inconfortable, à lui infliger une brûlure, à l'ébouillanter ou à le forcer à ingérer quelque chose³⁹. Le Comité estime que les châtiments corporels relèvent de la violence physique⁴⁰.

– Violence psychologique

Cette forme de violence est difficile à saisir, à mesurer et à définir⁴¹. Elle constitue la forme de violence la plus fréquente et est bien souvent associée à d'autres formes de violence⁴². Le terme de violence psychologique décrit un schéma répété d'interactions préjudiciables entre les parents et l'enfant⁴³. Cette violence fait comprendre à l'enfant qu'il est sans valeur, déficient, non aimé, non désiré, qu'il est menacé ou qu'il n'a de valeur que pour les besoins d'autrui⁴⁴. La violence psychologique s'exerce surtout oralement, sous forme notamment de menaces, d'insultes, de dénigrement (critiques et insultes continues, dévalorisation, ridiculisation, etc.), mais aussi par le fait de mépriser, d'instiller la peur, de rejeter, d'ignorer, d'exclure ou d'isoler l'enfant (en lui refusant le contact avec d'autres enfants du même âge

³⁵ Les enquêtes mentionnées au ch. 2.3 sur le comportement punitif des parents, ainsi que la recherche de BUSSMANN ET AL. 2008 et la fondation Protection de l'enfance Suisse entendent en principe par violence dans l'éducation à la fois la violence physique et psychologique. Les abus sexuels font généralement partie de la maltraitance parentale en dehors de la violence utilisée à des fins éducatives.

³⁶ Voir l'étude Optimus III, p. 17. Voir également le rapport po. Fehr 2012, p. 12 ainsi que SCHÖBI ET AL. 2020, p. 9 (avec renvoi au rapport po. Fehr 2012), selon lesquels la violence physique constitue une atteinte à la vie ou à l'intégrité physique d'une personne et qui citent comme exemples les coups ou d'autres actes violents tels que brûler, étrangler ou secouer. Les deux rapports précisent qu'un tel acte relève de la violence physique même s'il est présenté comme « mesure éducative ».

³⁷ SCHÖBI ET AL. 2020, p. 9, avec renvoi à Gershoff.

³⁸ Voir « 20 Jahre gewaltfreie Erziehung im BGB », résumé.

³⁹ CRC, Observation générale n° 13 (2011), ch. 24

⁴⁰ CRC, Observation générale n° 13 (2011), ch. 22 a), avec renvoi à l'Observation générale antérieure n° 8 (2006)

⁴¹ Pour des exemples de définition, voir SCHÖBI ET AL. 2020, p. 9.

⁴² Rapport OFAS 2005, p. 26

⁴³ Voir SCHÖBI ET AL. 2020, p. 10, avec renvoi au National Center of Child Abuse and Neglect, 1997.

⁴⁴ Étude Optimus III, p. 17

Protection des enfants contre la violence dans l'éducation

ou ses camarades), mais aussi en lui imposant un rôle d'adulte, ce qui le prive de la possibilité d'être enfant⁴⁵. Vivre de la violence domestique⁴⁶ relève également de la violence psychologique, laquelle peut, dans certaines circonstances, conduire au retrait de l'autorité parentale⁴⁷.

– Négligence

La négligence peut avoir des conséquences physiques et psychologiques. Cette forme de violence généralement passive se manifeste par l'absence ou l'insuffisance de soins, de surveillance et de stimulation des enfants (ou des adolescents). Dans ce cas, on ne répond pas, ou insuffisamment, aux besoins fondamentaux de l'enfant⁴⁸.

Au-delà de ces différentes catégories de violence qui ne peuvent être définies avec précision et qui se conjuguent fréquemment dans la pratique, toute forme de violence est inacceptable, selon le Comité des droits de l'enfant de l'ONU, la fréquence des atteintes, leur gravité et la volonté de faire du mal n'étant en rien déterminantes⁴⁹. Ainsi, selon Comité, il n'est pas nécessaire de l'attribuer à l'une ou l'autre de ces catégories pour qu'elle soit inadmissible.

2.2.3 Délimitations

Le recours à la violence en tant que méthode éducative est donc également inadmissible (voir ch. 1.2 et 2.2.2): tel est le cas lorsque la violence physique ou psychologique vise à discipliner l'enfant suite à une « mauvaise » conduite réelle ou supposée de sa part. Dans pareils cas, la violence exercée sous forme de « mesure éducative » implique en général, directement ou indirectement, un traitement clairement humiliant envers l'enfant.

Toute intervention physique des parents envers l'enfant ne constitue pas pour autant une forme de violence. Citons notamment le recours immédiat à la force physique dans le but de protéger l'enfant (acte physique de protection⁵⁰). Il s'agit ici de prévenir les dangers en saisissant, en retenant ou en retirant un (petit) enfant, p. ex. qui se précipite dans la rue ou veut toucher une plaque de cuisson brûlante⁵¹. De la même manière, pour mettre immédiatement en pratique une interdiction, il peut arriver que les parents cherchent à l'imposer par une intervention physique proportionnée (p. ex. soulever l'enfant et le placer dans une poussette un chariot lorsqu'il pique une crise de colère dans un supermarché⁵² ; voir aussi le ch. 4.3.2).

⁴⁵ Rapport OFAS 2005, p. 26. Dans sa prise de position sur la motion Feri 19.3241 « Poursuivre d'office les menaces contre les enfants », le Conseil fédéral s'est déjà prononcé sur la possibilité de poursuivre les parents en cas de menaces contre l'enfant : www.parlament.ch/fr/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20193241.

⁴⁶ Le terme de violence domestique désigne selon la Convention d'Istanbul les actes de violence qui surviennent au sein de la famille (ou entre d'anciens ou actuels conjoints ou partenaires) ; voir art. 3, ch. b, de la Convention du Conseil de l'Europe du 11 mai 2011 sur la prévention et la lutte contre la violence à l'égard des femmes et la violence domestique (Convention d'Istanbul), entrée en vigueur en Suisse le 1^{er} avril 2018 (RS 0.311.35). Il en découle que la violence domestique ne s'exerce pas seulement entre adultes au sein d'une relation (actuelle ou ancienne), mais également envers les enfants, par un parent ou son partenaire (voir aussi Rapport DAO 2020, p. 3).

⁴⁷ La révision de l'autorité parentale en 2014 a expressément inscrit la violence comme motif de retrait de l'autorité parentale à l'art. 311, al. 1, ch. 1, CP, car la violence dans le contexte domestique « remet en question la capacité des parents à exercer l'autorité parentale ». Il n'importe guère que l'enfant soit lui-même victime de cette violence ou qu'il ne subisse qu'indirectement les violences que l'un des parents fait subir à l'autre (voir Message du 16 novembre 2011 concernant une modification du code civil suisse (autorité parentale), FF 8315, 8346). Voir aussi la feuille d'information B3 du BFEG (voir nbp 32).

⁴⁸ RYSER BÜSCHI, p. 22. Voir aussi CRC, Observation générale n° 13 (2011), ch. 20.

⁴⁹ Voir CRC, Observation générale n° 13 (2011), ch. 17.

⁵⁰ Voir aussi CRC, Observation générale n° 8 (2006), ch. 14 : « Le Comité reconnaît que l'exercice des fonctions parentales et l'administration de soins aux enfants, en particulier aux bébés et aux jeunes enfants, exigent fréquemment des actions et interventions physiques destinées à les protéger mais elles sont très différentes du recours délibéré à la force en vue d'infliger un certain degré de douleur, de désagrément ou d'humiliation à des fins punitives. »

⁵¹ MEIER/STETTLER, N 1281 mentionnent le devoir des parents de veiller à la sécurité physique de l'enfant. Ils assument une position de garant, et la violation de ce devoir engage leur responsabilité délictuelle à son égard (art. 41 CO).

⁵² Dans cette situation, le fait de crier sur l'enfant et de le frapper serait disproportionné et dénigrant.

Protection des enfants contre la violence dans l'éducation

Les actes de cet ordre ne posent généralement aucun problème, ce type d'interventions relevant du devoir éducatif des parents. Il en va de même pour d'autres mesures qui visent à protéger la santé de l'enfant (p. ex. le forcer à se brosser les dents, à mettre une veste chaude en hiver, etc.), pour autant qu'elles soient proportionnées aux circonstances. La proportionnalité constitue ici un critère décisif.

Précisons de manière générale qu'il ne s'agit pas de qualifier certains actes de licites ou d'illícites, pas plus qu'il n'est possible de dresser une liste exhaustive des comportements autorisés ou non des parents envers leurs enfants. La situation doit s'apprécier de cas en cas et dans sa globalité⁵³.

2.3 Données statistiques et enquêtes de terrain

Il n'existe pour l'heure en Suisse aucune statistique officielle sur la violence dans l'éducation parentale.

Les statistiques existantes – en particulier la statistique de protection de l'enfant du Groupe de travail protection de l'enfance des cliniques pédiatriques de Pédiatrie Suisse⁵⁴, la statistique policière de la criminalité et la statistique sur l'aide aux victimes de l'Office fédéral de la statistique⁵⁵ ainsi que la statistique de la Conférence en matière de protection des mineurs et des adultes (COPMA)⁵⁶ – ont ceci en commun qu'elles recensent uniquement les cas dans lesquels les enfants ont subi « des actes de violence ayant eu des conséquences graves ou ayant nécessité une intervention des autorités et seulement ceux qui ont été signalés à une autorité »⁵⁷.

Une étude menée en 2018 aboutit à la conclusion qu'en 2016 (par extrapolation de la période de trois mois sous revue) environ 2 à 3,3 % de tous les enfants vivant en Suisse ont été adressés à une organisation spécialisée en raison de mauvais traitements⁵⁸. La CFEJ synthétise comme suit les études publiées jusqu'en 2019⁵⁹ et portant sur la situation en Suisse⁶⁰ : « La violence dans l'éducation existe toujours, en Suisse aussi. Les parents infligent à leurs enfants différentes formes de châtiments corporels et psychologiques. Les enfants en sont victimes à tous les âges, même les tout-petits. La plupart des parents recourent à la violence lorsqu'ils se trouvent surmenés – mais peu le font systématiquement ou par méchanceté – et ils sont conscients que les formes graves sont interdites. Leurs avis divergent cependant quant aux actes qui relèvent de la violence, d'où des perceptions différentes de ses conséquences ("Une petite claque ne peut pas faire de mal"). Seule une petite partie des enfants concernés bénéficie d'un soutien et d'une protection. On peut donc en déduire qu'une faible proportion de parents sollicite de l'aide ». Les offres d'assistance diffèrent en outre for-

⁵³ Voir p. ex. FASSBIND, PJA, p. 550.

⁵⁴ Voir Statistique nationale 2021 de la maltraitance des enfants de mai 2022, disponible sous : <https://www.paediatricschweiz.ch/fr/statistique-2020-maltraitance-des-enfants> (état au 10.06.2022).

⁵⁵ Voir www.bfs.admin.ch/bfs/fr/home.html > Trouver des statistiques > Criminalité et droit pénal > Statistique policière de la criminalité et statistique sur l'aide aux victimes.

⁵⁶ Voir www.copma.ch > Documentation > Statistiques > COPMA Statistiques 2021: Enfants – âge et sexe.

⁵⁷ Voir POSITION CFEJ 2019, p. 8.

⁵⁸ Étude Optimus III, p. 21. L'étude se fonde sur une vaste enquête menée en 2016 auprès d'organisations actives dans la protection de l'enfance, dans le domaine des affaires sociales et de la santé ainsi que dans le domaine pénal.

⁵⁹ SCHÖBI ET AL. 2017, BAIER ET AL. 2018, Étude Optimus III.

⁶⁰ POSITION CFEJ 2019, p. 9 s.

Protection des enfants contre la violence dans l'éducation

tement d'un canton ou d'une région à l'autre. Ainsi, malgré un réseau d'organisations bien développé, les enfants concernés et leurs parents ne bénéficient pas tous ni partout de la même protection en raison des grandes disparités dans l'offre d'aide et d'intervention⁶¹.

Réalisée en 2020 par l'Université de Fribourg, une étude portant sur le comportement punitif des parents en Suisse⁶² apporte un appui scientifique à la campagne de prévention « Idées fortes – il y a toujours une alternative à la violence » lancée par la fondation Protection de l'enfance Suisse. L'étude arrive à la conclusion qu'un enfant par classe en moyenne est régulièrement puni physiquement et qu'un enfant sur quatre est régulièrement victime de violences psychologiques⁶³. Des enquêtes antérieures menées en 2017 mettent cependant en lumière une réduction significative et continue de la fréquence de la violence entre 1990 et 2017, notamment de la violence systématique⁶⁴. L'étude constate en substance qu'une minorité d'enfants en Suisse, relativement faible, quoique non négligeable, subissent avec une certaine régularité la violence de leurs parents⁶⁵.

Une étude de l'UNICEF de 2021 révèle qu'en Suisse et au Liechtenstein, 29 % des enfants et des adolescents ont déjà connu un épisode de violence physique au sein de leur famille. La proportion est similaire pour les expériences de violence psychologique⁶⁶.

3 Situation juridique actuelle

3.1 Droit international

3.1.1 Instruments de l'ONU

Le principal instrument est la **Convention de l'ONU relative aux droits de l'enfant**, qui est entrée en vigueur pour la Suisse le 26 mars 1997.

L'art. 3, par. 1, CDE établit le principe fondamental de l'intérêt supérieur de l'enfant (bien de l'enfant). Il stipule que le bien de l'enfant doit toujours prévaloir lorsque les droits et devoirs des parents en matière d'éducation doivent être pesés face aux droits de l'enfant. Le bien de l'enfant ne saurait servir à justifier certaines pratiques, dont les châtiments corporels et autres formes cruelles de châtiments⁶⁷. Ceux-ci sont attentatoires à la dignité humaine de l'enfant et à son droit à l'intégrité physique⁶⁸.

L'art. 19 CDE prévoit une interdiction spécifique de la violence⁶⁹, dans la mesure où il oblige les États parties à prendre toutes les mesures législatives, administratives, sociales et éducatives appropriées pour protéger l'enfant contre toute forme de violence, d'atteinte ou de brutalités physiques ou mentales, d'abandon ou de négligence, de mauvais traitements ou

⁶¹ POSITION CFEJ 2019, p. 12, avec renvoi à l'étude Optimus III.

⁶² SCHÖBI ET AL. 2020.

⁶³ L'étude se base sur la terminologie suivante :

– Ont été répertoriés comme punitions physiques : tirer les cheveux, donner une fessée, gifler, asséner des coups avec un objet, donner une douche froide et frapper d'une autre manière ;
– Ont été répertoriés comme violence psychologique : faire comprendre à l'enfant qu'on ne l'aime plus en raison de son comportement, menacer de le frapper, le blesser avec des mots ou l'insulter violemment, l'enfermer dans sa chambre ou dans une autre pièce pendant un certain temps, menacer de partir ou de laisser l'enfant seul, dire à l'enfant qu'il sera bientôt confié à d'autres parents ou placé en foyer s'il ne s'améliore pas.

⁶⁴ SCHÖBI ET AL. 2017, p. 125.

⁶⁵ SCHÖBI ET AL. 2020, p. 84. Pour un résumé des résultats retenus, voir p. 81 ss.

⁶⁶ Étude UNICEF 2021, p. 38 ss et p. 49 (avec recommandations).

⁶⁷ CRC, Observation générale n° 13 (2011), ch. 61.

⁶⁸ *Ibid.*

⁶⁹ L'art. 37, let. a, CDE prévoit une interdiction générale de la torture et de tout autre traitement ou peine cruel, inhumain ou dégradant envers des enfants.

Protection des enfants contre la violence dans l'éducation

d'exploitation, y compris la violence sexuelle. Le Comité des droits de l'enfant de l'ONU estime que la fréquence des atteintes, leur gravité et la volonté de faire du mal ne sont pas déterminantes⁷⁰ (voir également ch. 2.2.2). Il maintient que toutes les formes de violence contre les enfants, aussi légères soient-elles, sont inacceptables⁷¹.

D'après le Comité des droits de l'enfant, le droit d'exprimer librement son opinion et de la voir dûment prise en considération, garanti par l'art. 12, par. 1, CDE, joue un rôle préventif contre toutes les formes de violence à la maison et dans la famille, car il favorise l'épanouissement personnel et renforce les relations familiales⁷².

L'art. 18, par. 1, CDE dispose que les parents sont responsables d'élever l'enfant et d'assurer son développement. À cette fin, les États parties accordent l'aide appropriée aux parents (art. 18, par. 2, CDE). L'art. 6, par. 2, CDE prévoit en outre que les États parties assurent dans toute la mesure possible le développement de l'enfant. Enfin, l'art. 27 CDE établit le droit de tout enfant à un niveau de vie suffisant pour permettre son développement physique, mental, spirituel, moral et social.

La **Convention de l'ONU du 13 décembre 2006 relative aux droits des personnes handicapées**⁷³ prévoit à son art. 16 que les États parties prennent toutes mesures législatives, administratives, sociales, éducatives et autres mesures appropriées pour protéger les personnes handicapées – y compris les enfants – à leur domicile comme à l'extérieur, contre toutes formes d'exploitation, de violence et de maltraitance.

La ratification d'une convention de l'ONU signifie généralement pour les États parties qu'ils s'engagent à rendre compte à intervalles réguliers de la mise en œuvre dans leur droit interne des droits et devoirs visés. Les organes de l'ONU ont formulé des recommandations à l'égard de la Suisse sur la base de ses rapports périodiques. Plusieurs comités de l'ONU ont émis des recommandations en lien avec les châtimements corporels à l'égard des enfants. Le Comité des droits de l'enfant a demandé à la Suisse à deux reprises, en 2015 et en 2021, d'interdire expressément dans sa législation les châtimements corporels⁷⁴. Le Comité de l'ONU contre la torture avait déjà formulé une telle recommandation en 2010⁷⁵. Dans le cadre de l'examen périodique universel (EPU) de la Suisse, réalisé sous les auspices du Conseil des droits de l'homme de l'ONU, la même recommandation a également été adressée à l'issue de

⁷⁰ Voir CRC, Observation générale n° 13 (2011), ch. 17.

⁷¹ CRC, Observation générale n° 13 (2011), ch. 17.

⁷² CRC, Observation générale n° 12 (2009), ch. 90 s.

⁷³ Entrée en vigueur pour la Suisse le 15 mai 2014 (RS **0.109**).

⁷⁴ Observations finales CRC-CH 2015 : ch. 38. « Le Comité note que des modifications apportées aux législations pénale et civile renforcent la protection des enfants contre les violences, mais il regrette que les châtimements corporels ne soient pas considérés comme des violences physiques s'ils ne dépassent pas le niveau généralement accepté par la société, et qu'ils ne soient pas expressément interdits en tous lieux. 39. Le Comité attire l'attention de l'État partie sur son Observation générale n° 8 (2006) relative aux droits de l'enfant à une protection contre les châtimements corporels et les autres formes cruelles ou dégradantes de châtimements et demande instamment à l'État partie d'interdire expressément toutes pratiques de châtimements corporels en tous lieux et d'intensifier ses efforts pour promouvoir des formes positives, non violentes et participatives d'éducation des enfants et de discipline. » Observations finales CRC-CH 2021 : ch. 26. « Le Comité reste profondément préoccupé par le fait que les châtimements corporels sont autorisés par la loi et considérés comme socialement acceptables dans l'État partie. Il regrette que l'État partie persiste à considérer qu'il n'est pas nécessaire que les châtimements corporels soient expressément interdits par le Code civil et que les lois existantes sur les violences et la maltraitance suffisent à protéger les enfants contre les châtimements corporels. Il estime que les dispositions législatives en question ne garantissent pas la protection des enfants contre les châtimements corporels et qu'il est indispensable qu'une interdiction claire de ces châtimements soit inscrite dans la législation sectorielle applicable. 27. Le Comité réitère ses recommandations antérieures et recommande vivement à l'État partie : a) D'introduire sans tarder dans la législation une disposition interdisant expressément les châtimements corporels dans tous les contextes, y compris à la maison, à l'école, dans les institutions qui accueillent des enfants, dans les établissements offrant une protection de remplacement et dans les établissements pénitentiaires ; b) D'allouer des moyens suffisants aux campagnes de sensibilisation qui visent à promouvoir des méthodes d'éducation et de discipline positives, non violentes et participatives et à souligner les conséquences néfastes des châtimements corporels. »

⁷⁵ CAT, Observations finales du Comité contre la torture 2010, CAT/C/CHE/CO/6, ch. 23.

Protection des enfants contre la violence dans l'éducation

chacun des trois cycles⁷⁶. En outre, il a été suggéré de redoubler d'efforts pour mener des campagnes de sensibilisation et de prévention visant à promouvoir une éducation sans violence, positive et participative⁷⁷.

Outre les conventions de l'ONU mentionnées, il appartient d'observer les instruments relevant du « soft law ». L'**Agenda 2030 pour le développement durable**⁷⁸ est un instrument n'ayant pas d'effet contraignant qui a été adopté le 25 septembre 2015 par les 193 membres de l'ONU. Son objectif 16.2 consiste à mettre un terme à la maltraitance, à l'exploitation, à la traite et à toutes les formes de violence et de torture dont sont victimes les enfants. Cette question ne figure toutefois pas parmi les priorités de la stratégie correspondante de la Suisse⁷⁹.

3.1.2 Instruments du Conseil de l'Europe

L'art. 3 de la **Convention européenne des droits de l'homme (CEDH)**⁸⁰ interdit les peines ou traitements inhumains ou dégradants. De cette disposition découlent des obligations pour les États parties, en particulier envers les enfants, lorsque les autorités ont conscience ou doivent avoir conscience d'un risque de mauvais traitement⁸¹. L'art. 3 CEDH ne s'applique toutefois qu'à partir d'un certain degré de maltraitance et lorsque cette dernière entraîne des blessures corporelles ou une souffrance physique ou psychologique intense⁸².

La Cour européenne des droits de l'homme (Cour EDH) a jugé qu'un membre de la famille qui punit un enfant en lui donnant des coups de bâton⁸³ viole l'art. 3 CEDH. Dans le cas d'une gifle assénée par des policiers à deux mineurs dans un commissariat, la Cour a également considéré qu'il y avait traitement dégradant au sens de l'art. 3 CEDH, étant donné que cette utilisation de la force physique n'était pas rendue strictement nécessaire par le comportement des requérants et avait donc porté atteinte à leur dignité⁸⁴. Un arrêt de la Cour EDH de 2018 présente ici un intérêt particulier, car il recommande aux États parties de légiférer pour interdire toute forme de châtiment corporel afin d'éviter aux enfants tout mauvais traitement ou traitement dégradant⁸⁵.

⁷⁶ EPU Suisse 2008, recommandation 57.23 ; EPU Suisse 2012, recommandation 123.81 ; EPU Suisse 2017, recommandations 146.103 et 148.61.

⁷⁷ EPU 2012, recommandation 122.44 ; observations finales CRC 2015, ch. 39.

⁷⁸ Voir <http://www.eda.admin.ch/agenda2030/fr/home/agenda-2030/globaler-kompass-fuer-nachhaltige-Entwicklung.html>.

⁷⁹ Stratégie pour le développement durable 2030 : <http://www.eda.admin.ch/agenda2030/fr/home/strategie/strategie-nachhaltige-entwicklung.html>.

⁸⁰ Convention du 4 novembre 1950 de sauvegarde des droits de l'homme et des libertés fondamentales, entrée en vigueur pour la Suisse le 28 novembre 1974 (RS 0.101).

⁸¹ EMRK-Handkommentar, MEYER-LADEWIG/LEHNERT, ad art. 3 N 10 avec renvois à la jurisprudence de la CEDH.

⁸² EMRK-Handkommentar, MEYER-LADEWIG/LEHNERT, ad art. 3 N 19 avec renvois à la jurisprudence de la CEDH.

⁸³ A. c. Royaume-Uni (requête n° 25599/94) du 23 septembre 1998, Tlapak et autres c. Allemagne (nos 11308/16 et 11344/16) et Wetjen et autres c. Allemagne (nos 68125/14 et 72204/14) du 22 mars 2018. Voir également la fiche thématique de la CEDH sur la protection des mineurs et les châtiments corporels, disponible sous www.echr.coe.int/Documents/FS_Minors_FRA.pdf ainsi que DE LUZE, ZKE, p. 229 s.

⁸⁴ Cour européenne des droits de l'homme, Grande Chambre, AFFAIRE BOUYID c. Belgique, (Requête no 23380/09), arrêt du 28 septembre 2015, N 110 ss : « La Cour souligne qu'il est essentiel que, lorsque, dans le cadre de l'exercice de leurs fonctions, les agents des forces de l'ordre sont en contact avec des mineurs, ils prennent dûment compte de la vulnérabilité inhérente au jeune âge de ces derniers (Code européen d'éthique de la police, § 44, paragraphe 51 ci-dessus). Un comportement de leur part à l'égard de mineurs peut, du seul fait qu'il s'agit de mineurs, être incompatible avec les exigences de l'article 3 de la Convention alors même qu'il pourrait passer pour acceptable s'il visait des adultes. Ainsi, lorsqu'ils ont affaire à des mineurs, les agents des forces de l'ordre doivent faire preuve d'une vigilance et d'une maîtrise de soi renforcées. 111. En conclusion, la gifle assénée aux requérants par des agents de police alors qu'ils se trouvaient sous leur contrôle dans le commissariat de Saint-Josse-ten-Noode, laquelle ne correspondait pas à une utilisation de la force physique rendue strictement nécessaire par leur comportement, a porté atteinte à leur dignité. 112. Les requérants ne faisant état que de lésions corporelles légères et ne démontrant pas avoir enduré de vives souffrances physiques ou mentales, ce traitement ne peut être qualifié ni d'inhumain ni, a fortiori, de torture. La Cour retient en conséquence qu'il y a eu traitement dégradant en l'espèce. 113. Partant, il y a eu violation du volet matériel de l'article 3 dans le chef de chacun des requérants. »

⁸⁵ Wetjen et autres c. Allemagne (requêtes nos 68125/14 et 72204/14) du 22 mars 2018.

Protection des enfants contre la violence dans l'éducation

En vertu de la **Convention d'Istanbul**⁸⁶, entrée en vigueur pour la Suisse le 11 mai 2011, la violence physique, sexuelle et psychologique doit être punissable, et ce avec circonstances aggravantes lorsque l'infraction a été commise à l'encontre ou en présence d'un enfant⁸⁷. La Suisse satisfait à cet égard aux exigences de la convention, car les actes visés sont sanctionnés par le droit pénal et le tribunal doit prendre en compte les circonstances aggravantes lorsqu'il fixe la peine (art. 47 CP)⁸⁸. Dans ce contexte, on relèvera également que la Confédération et les cantons ont adopté fin avril 2021 la feuille de route sur la violence domestique. Dans le champ d'action 2, ils s'engagent à effectuer un travail de prévention en soutenant notamment des projets sur l'éducation non violente en famille. Le champ d'action 7 vise en outre à protéger les enfants exposés à la violence domestique, p. ex. en mettant en place des offres de soutien suffisantes et de qualité en leur faveur⁸⁹. Le plan d'action national 2022-2026 pour la mise en œuvre de la Convention d'Istanbul adopté par le Conseil fédéral en juin 2022 renforce la prévention et la lutte contre la violence à l'égard des femmes et la violence domestique, et notamment contre la violence à l'égard des enfants, par 44 mesures de la Confédération, des cantons et des communes réalisant trois priorités thématiques⁹⁰.

Le Conseil de l'Europe a en outre rédigé plusieurs **recommandations** depuis 1985 ayant trait à la protection des enfants contre la violence ou à la parentalité dite positive (voir également ch. 2.1.1)⁹¹. Il s'agit par exemple des recommandations 1666 (2004)⁹² « Interdire le châtiment corporel des enfants en Europe » et Rec(2006)19⁹³ relative aux politiques visant à soutenir une parentalité positive. Ces recommandations ne sont pas contraignantes, mais elles peuvent servir de guide d'interprétation des normes de droit suisse⁹⁴.

3.2 Constitution fédérale

La Constitution garantit la protection de la dignité humaine (art. 7 Cst.), le droit à l'intégrité physique et psychique (art. 10, al. 2, Cst.)⁹⁵ ainsi que le droit des enfants et des jeunes à une protection particulière de leur intégrité et à l'encouragement de leur développement (art. 11 Cst.). L'alinéa 1 de cette même disposition complète l'art. 10, al. 2, Cst.⁹⁶ (voire les deux se recoupent⁹⁷) ainsi que les autres droits fondamentaux octroyés par la Constitution dans les cas concernant des enfants et des jeunes, aux besoins de protection particuliers.

L'art. 11 Cst. inscrit dans la Constitution le bien de l'enfant au sens de l'art. 3, par. 1, CDE et constitue en Suisse la maxime suprême en matière de droits de l'enfant⁹⁸. Le bien de l'enfant doit prévaloir dans toutes les décisions, y compris dans la législation. D'une part, il découle

⁸⁶ Voir également le ch. 2.2.2 et la nbp 46.

⁸⁷ Voir art. 46, let. d.

⁸⁸ FF 2017 163, ch. 2.5.18, Message concernant l'approbation de la convention du Conseil de l'Europe sur la prévention et la lutte contre la violence à l'égard des femmes et la violence domestique (convention d'Istanbul).

⁸⁹ Disponible sous www.ofi.admin.ch > Société > Dialogue stratégique sur la violence domestique.

⁹⁰ Voir https://www.ebg.admin.ch/dam/ebg/fr/dokumente/haeusliche_gewalt/istanbul-konvention/nationaler_aktionsplan_ik.pdf.download.pdf/Nationaler%20Aktionsplan%20Istanbulkonvention_F.pdf.

⁹¹ Voir www.coe.int/fr/web/children/corporal-punishment.

⁹² <http://assembly.coe.int/nw/xml/XRef/Xref-XML2HTML-FR.asp?fileid=17235&lang=FR>.

⁹³ https://search.coe.int/cm/Pages/result_details.aspx?ObjectId=09000016805d6dc5

⁹⁴ Voir également DE LUZE, ZKE, p. 232.

⁹⁵ En outre, l'art. 10, al. 3, Cst. interdit la torture et tout autre traitement ou peine cruels, inhumains ou dégradants.

⁹⁶ BSK BV-TSCHENTSCHER, art. 11 N 4.

⁹⁷ REUSSER/LÜSCHER, St. Galler Kommentar ad art. 11 BV N 14.

⁹⁸ ATF 132 III 359 cons. 4.4.2, 373 ; 129 III 250 cons. 3.4.2, 255. Voir également REUSSER/LÜSCHER, St. Galler Kommentar ad art. 11 BV N 9 avec renvois.

Protection des enfants contre la violence dans l'éducation

de l'art. 11 Cst. que les particuliers chargés de l'éducation et de la prise en charge des enfants et des jeunes doivent être tenus de les protéger contre les agressions⁹⁹. En relation avec l'art. 10, al. 3, Cst., il découle d'autre part pour les personnes chargées de l'éducation une interdiction de faire subir aux enfants et aux jeunes des châtements qui portent atteinte à leur intégrité physique ou mentale ou mettent celle-ci en danger¹⁰⁰. Une partie de la doctrine estime qu'un droit fondamental à une éducation sans violence peut être déduit directement de l'art. 11, al. 1, Cst. en vertu de la vulnérabilité particulière inhérente à la phase de développement des enfants¹⁰¹.

L'encouragement du développement est également prévu parmi les buts sociaux à l'art. 41, let. g, Cst. qui dispose que les enfants et les jeunes doivent être encouragés à devenir des personnes indépendantes et socialement responsables et soutenues dans leur intégration sociale, culturelle et politique. En outre, l'art. 67, al. 1, Cst. prévoit que la Confédération et les cantons tiennent compte des besoins de développement et de protection propres aux enfants et aux jeunes.

L'art. 11, al. 1, Cst. constitue, avec les autres dispositions mentionnées, la base constitutionnelle de la politique de l'enfance et de la jeunesse¹⁰². La protection et l'encouragement des enfants et des jeunes peuvent être assurés par des mesures législatives, mais aussi par des mesures de conseil et de formation¹⁰³. Ainsi, la Conférence des directrices et directeurs cantonaux des affaires sociales (CDAS) cite dans ses recommandations de 2016 la protection de l'enfant parmi les objectifs de la politique de l'enfance et de la jeunesse : elle vise à éviter autant que possible la mise en danger des enfants et des jeunes, notamment par des mesures de prévention¹⁰⁴.

3.3 Droit civil

Avec la révision de 1978 du code civil, l'ancien art. 278 et le droit dit de correction, en vertu duquel les parents avaient le droit de recourir aux moyens de correction nécessaires pour l'éducation des enfants, ont été supprimés¹⁰⁵.

Le droit de la famille a également connu des évolutions importantes au cours des vingt dernières années : l'introduction du terme « autorité parentale » avec la révision de 2000 du droit du divorce¹⁰⁶, l'entrée en vigueur du nouveau droit de la protection de l'enfant et de l'adulte en 2013, la réforme de l'autorité parentale en 2014 ainsi que la révision des droit et obligation d'aviser en 2019¹⁰⁷. En allemand, le remplacement du terme « elterliche Gewalt » par celui de

⁹⁹ REUSSER/LÜSCHER, St. Galler Kommentar ad art. 11 BV N 28.

¹⁰⁰ REUSSER/LÜSCHER, St. Galler Kommentar ad art. 11 BV N 38 avec renvois

¹⁰¹ BSK BV-TSCHENTSCHER, art. 11, N 14. TSCHENTSCHER considère en outre que l'exigence restrictive de la « réitération » des voies de fait sur des enfants (art. 126, al. 2, let. a, CP) n'est pas conciliable avec l'obligation de protection de l'État découlant de ce droit fondamental et ajoute que selon l'état actuel des connaissances pédagogiques, la violence physique dans l'éducation est toujours disproportionnée (avec renvoi).

¹⁰² GERBER JENNI, St. Galler Kommentar ad art. 67 BV, N 7

¹⁰³ REUSSER/LÜSCHER, St. Galler Kommentar ad art. 11 BV, N 28. Voir également le message du 15 avril 2015 concernant la modification du code civil (Protection de l'enfant), p. 3119, qui mentionne les mesures législatives prises pour assurer la protection et l'encouragement du développement des mineurs et les mesures de protection et de soutien nécessaires dans la pratique (disponible sous [fedlex.ad-min.ch/eli/fga/2015/838/fr](https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2015/838/fr)).

¹⁰⁴ Recommandations CDAS 2016, p. 20

¹⁰⁵ Sur l'évolution historique de l'interprétation du droit de correction, voir DE LUZE, Thèse, 2011 et en particulier la partie 5 avec la conclusion de la thèse, p. 376 s. L'autrice indique qu'en droit civil, le concept de bien de l'enfant prime aujourd'hui et doit être pris en compte dans le cadre du devoir d'éducation, raison pour laquelle la notion de « droit de correction » devrait selon elle également disparaître de la pratique des tribunaux.

¹⁰⁶ Voir BSK ZGB I-SCHWENZER/COTTIER, Vor Art. 296-306, N 5.

¹⁰⁷ Les professionnels qui sont régulièrement en contact avec des enfants dans le cadre de leur activité sont désormais tenus d'aviser, tandis que les personnes qui sont soumises au secret professionnel en vertu du code pénal disposent dorénavant d'un droit d'aviser l'autorité de protection de l'enfant.

Protection des enfants contre la violence dans l'éducation

« elterliche Sorge » révèle un certain changement de mentalité¹⁰⁸. Le renforcement général de la position de l'enfant en tant que sujet de droit, sous l'influence de la CDE (et en particulier des art. 3 et 12 CDE, voir ch. 3.1.1) a également eu une influence sur sa position dans les procédures relevant du droit de la famille, dans la mesure où ses droits (audition et représentation) ont été étendus ou du moins précisés¹⁰⁹.

Dans le contexte de l'éducation sans violence, les règles suivantes du CC méritent tout particulièrement d'être étudiées.

– *Devoir d'aide réciproque*

En vertu de l'art. 272 CC, les parents et l'enfant se doivent mutuellement aide, égards et respect. Il s'agit d'une clause générale qui remplit la fonction de principe directeur pour les relations parents-enfant¹¹⁰.

– *Autorité parentale, bien de l'enfant et droit de la personnalité*

L'enfant mineur est soumis à l'autorité parentale conjointe de ses parents. En vertu de l'art. 296, al. 1, CC, l'autorité parentale sert le bien de l'enfant. L'art. 301, al. 1, CC définit la portée générale de cette notion et prévoit que les parents déterminent les soins à donner à l'enfant, dirigent son éducation en vue de son bien et prennent les décisions nécessaires, sous réserve de sa propre capacité. Le bien de l'enfant constitue dès lors la ligne directrice et simultanément la limite de l'autorité parentale¹¹¹. L'art. 301, al. 1, CC prescrit toutefois également que les parents doivent tenir compte de la capacité de l'enfant dans l'exercice de leur faculté de décision¹¹². Le respect de la personnalité de l'enfant constitue une autre limite de l'autorité parentale¹¹³ : l'art. 28 CC protège également les enfants des atteintes à leur personnalité dans la sphère privée¹¹⁴. Outre le bien de l'enfant, la protection de sa personnalité et sa propre capacité constituent donc les limites auxquelles les parents doivent se tenir.

– *Droit et devoir des parents d'éduquer l'enfant, devoir d'obéissance*

L'art. 302 CC fixe l'étendue et la nature du droit et du devoir des parents d'éduquer l'enfant (voir ch. 2.1.1), ce qui inclut les soins et la formation à lui donner¹¹⁵. Le bien de l'enfant est capital, dans la mesure où son éducation a pour objectif de favoriser et de protéger son développement corporel, intellectuel et moral¹¹⁶. L'art. 302 CC ne se prononce pas sur les méthodes d'éducation proprement dites, mais le respect du bien de l'enfant, de sa capacité et de sa personnalité vaut ici aussi. L'enfant doit pour sa part obéissance à ses parents en vertu de l'art. 301, al. 2, CC. La doctrine déduit que l'opposition entre devoir d'obéissance et respect de la personnalité de l'enfant fixe une limite aux méthodes d'éducation, étant donné que toute mesure éducative dégradante ou faisant souffrir l'enfant et pouvant porter

¹⁰⁸ L'objectif était de mettre l'accent sur la notion de devoir. D'un avis critique : BSK ZGB I-SCHWENZER/COTTIER, art. 296, N 8.

¹⁰⁹ Voir art. 314a et 314a^{bis} CC ainsi que 298 et 299 du code de procédure civile (RS 272).

¹¹⁰ BSK ZGB I-SCHWENZER/COTTIER, art. 272, N 1 ss

¹¹¹ Voir KUKO ZGB-CANTIENI/VETTERLI, art. 301, N 2. Il est fondamental pour l'enfant que son existence et son intégrité physique et psychique soient assurées.

¹¹² TROST, p. 17

¹¹³ BSK ZGB I-SCHWENZER/COTTIER, art. 301, N 2. Sur les limites entre le droit des parents d'éduquer leur enfant et le droit de la personnalité de ce dernier, voir aussi TROST, p. 27 ss.

¹¹⁴ MICHEL, p. 58

¹¹⁵ BSK ZGB I-SCHWENZER/COTTIER, Art. 302, N 1 ss

¹¹⁶ BSK ZGB I-SCHWENZER/COTTIER, Art. 302, N 3 ss. Voir également ch. 2.1.1.

Protection des enfants contre la violence dans l'éducation

atteinte à sa dignité ou à sa santé doit être jugée inadmissible¹¹⁷. C'est plutôt en cherchant à persuader l'enfant, par le dialogue et par l'exemple, de la justesse de la direction qu'ils lui fixent que les parents trouveront le moyen de s'assurer son obéissance, dans le respect de sa liberté¹¹⁸. En outre, la doctrine récente condamne unanimement tout châtement corporel¹¹⁹. Le recours à de telles méthodes ne saurait donc être justifié ni par le devoir d'obéissance de l'enfant ni par l'autonomie des parents dans le choix des méthodes d'éducation qui leur siéent¹²⁰.

– *Droit et obligation d'aviser l'autorité*

Les art. 314c et 314d CC visent la protection de l'enfant en créant un droit et une obligation d'aviser l'autorité de protection de l'enfant et de l'adulte (APEA) lorsque des indices concrets existent que l'intégrité physique, psychique ou sexuelle de l'enfant est menacée. Selon les circonstances, l'APEA adopte alors les mesures nécessaires pour protéger l'enfant (art. 307 ss CC), tout en respectant les principes de subsidiarité et de proportionnalité. Le législateur n'a prévu la mesure la plus sévère, à savoir le retrait d'office par l'APEA de l'autorité parentale pour cause de violence, qu'en dernier recours (art. 311 CC). Les études montrent qu'aujourd'hui, seule la moitié des annonces reçues par les APEA aboutissent à une mesure de protection de l'enfant, les autres cas faisant l'objet d'un renvoi vers les offres de conseil existantes pour les parents comme pour l'enfant¹²¹.

3.4 Droit pénal

Le droit pénal fixe diverses limites à la violence faite aux enfants, y compris dans l'éducation.

Au premier plan se trouvent les voies de fait, une infraction visée à l'art. 126 CP¹²². Sont considérés comme des voies de fait les actes qui n'auront causé ni lésion corporelle ni atteinte à la santé (p. ex. une petite gifle). Elles sont poursuivies sur plainte, conformément à l'art. 126, al. 1, CP¹²³. L'art. 126, al. 2, let. a, CP dispose que les voies de fait contre un enfant ne sont poursuivies d'office que si elles sont réitérées. Autrement dit, les autorités pénales n'interviennent de leur propre chef qu'une fois que la violence atteint un certain degré, dans le cas des voies de fait réitérées ou des lésions corporelles simples, et que l'infraction a été portée à leur connaissance (p. ex. par une personne proche de l'enfant, tel qu'un membre de sa famille ou un enseignant).

Dans ce contexte, la doctrine suggère parfois que malgré l'abrogation de l'ancien art. 278 CC en 1978, les parents pourraient toujours se prévaloir d'un éventuel droit de correction et, dès lors, d'un motif de justification des actes autorisés par la loi au sens de l'art. 14 CP¹²⁴.

¹¹⁷ BSK ZGB I-SCHWENZER/COTTIER, Art. 301, N 8 et les références citées.

¹¹⁸ CR CC I-VEZ, art. 301, N 9, avec renvoi à la FF 1974 II 78 (Message filiation).

¹¹⁹ BSK ZGB I-SCHWENZER/COTTIER, Art. 301, N 8 avec renvois aux opinions divergentes et concordantes.

¹²⁰ MEIER/STETTLER, N 1297. Les auteurs considèrent que les châtements corporels « demeurent dans tous les cas contraires à la dignité de celui qui les reçoit comme de celui qui les inflige ».

¹²¹ Étude Interface, p. 55 s.

¹²² D'autres dispositions du CP applicables d'office en cas de violence dans l'éducation sont les art. 123, ch. 2, (lésions corporelles simples) et 183 (séquestration et enlèvement : p. ex. si l'enfant a été enfermé pour le punir), voire 122 (lésions corporelles graves). L'art. 219 CP punit quiconque viole son devoir d'assister ou d'éduquer une personne mineure ou qui manque à ce devoir. Il s'agit du pendant pénal au droit et au devoir d'éducation prévus par l'art. 302 CC. Cette infraction requiert que le développement physique ou psychique du mineur ait été mis en danger. Quant à savoir si cette disposition peut s'appliquer conjointement avec la violation des art. 126 ou 123 CP, la doctrine n'est pas unanime (voir PK StGB-TRECHSEL, art. 219, N 7 et BSK StGB-ECKERT, art. 219, N 13 s.).

¹²³ L'enfant mineur peut porter plainte s'il est capable de discernement (art. 30, al. 3, CP), ce qui est d'autant plus important que ses parents, auteurs de l'infraction, ne vont guère s'en charger eux-mêmes.

¹²⁴ Voir BSK StGB-ROTH/KESHELA, art. 126, N 11 ; BSK StGB-ROTH/BERKEMEIER, Vor Art. 122, N 30 (les auteurs supposent que la majorité voit encore aujourd'hui le châtement corporel comme une peine à des fins éducatives, qui est en tout cas fréquemment employée) ; PK StGB-TRECHSEL/GETH, art. 126, N 7 (les auteurs estiment qu'on ne peut pas nier que les parents ont le droit de donner de légères corrections corporelles [EKMR B 881/79, DR 29 104]).

Protection des enfants contre la violence dans l'éducation

Cette thèse s'appuie sur quelques arrêts du Tribunal fédéral où la question de l'existence d'un « éventuel droit de correction » a été laissée ouverte. Cela dit, d'après le Tribunal fédéral cet éventuel droit ne pourrait en aucun cas dépasser le degré des simples voies de fait¹²⁵. Par ailleurs, le Tribunal fédéral réproouve explicitement « toute forme de violence et de traitement dégradant à l'égard des enfants »¹²⁶.

3.5 Situation juridique en Europe

Vingt-trois des 27 membres de l'UE disposent d'une législation sur l'éducation sans violence. Seules l'Italie, la Slovaquie, la Tchéquie et la Belgique font exception, des travaux législatifs étant en cours dans cette dernière. Au sein du Conseil de l'Europe, 34 membres sur 46¹²⁷ ont inscrit l'interdiction de la violence de manière explicite dans leur législation. La majorité des États européens ont donc adopté des dispositions visant à interdire la violence dans l'éducation ou à encourager les méthodes d'éducation non violentes¹²⁸.

L'Autriche (en 1989), le Danemark (en 1997), l'Allemagne (en 2000), les Pays-Bas et l'Espagne (en 2007), le Liechtenstein (en 2008) et la France (en 2019) ont p. ex. adopté des dispositions de droit civil. La Suède, pays pionnier en la matière, a adopté en 1979 un *Amendment to the Children and Parents Code*, qui fait partie du *Swedish Code of Statutes*¹²⁹. Une interdiction expresse des châtiments corporels, des atteintes à l'intégrité psychique et des autres traitements dégradants figure dans les lois suédoises, allemandes, autrichiennes, liechtensteinoises et danoises¹³⁰. En Allemagne et en Autriche, cette interdiction est associée au droit à une éducation sans violence¹³¹. La France, l'Espagne et les Pays-Bas ont directement inscrit le respect de l'intégrité physique et psychique de l'enfant dans leur législation relative à l'autorité parentale, en précisant que l'exercice de l'autorité parentale n'admet aucune violence physique ni psychologique¹³².

¹²⁵ Voir arrêt du TF 6B_149/2017 du 16 février 2018, consid. 7.3. Voir également ATF 129 IV 216 ss (ainsi que l'arrêt du TF 6S.361/2002 du 5 juin 2003), qui parle de « légères corrections corporelles ». Dans cet arrêt, le Tribunal a laissé ouverte la question de savoir si le droit d'infliger de légères corrections corporelles existe encore. Il a toutefois conclu que le prévenu qui avait giflé les enfants et leur avait donné des coups de pied dans le derrière environ dix fois en trois ans avait de toute manière dépassé le degré de violence admissible et ne pouvait pas se prévaloir d'un éventuel droit de correction pour sa défense. L'arrêt du TF 6B_979/2021 du 11 avril 2022 fait également référence à l'ATF 129 IV 216 ss et, en raison des actes réitérés, nie à son tour l'existence la possibilité d'invoquer un éventuel droit de correction.

¹²⁶ ATF 129 IV 216 cons. 2.2.

¹²⁷ Voir www.coe.int/fr/web/children/corporal-punishment#%7B%2212441097%22%3A%7B%7D%7D.

¹²⁸ Voir POSITION CFEJ 2019, p. 7 s. ainsi que la liste des États européens sous [Europe and Central Asia | Global Initiative to End All Corporal Punishment of Children \(endcorporalpunishment.org\)](http://www.endcorporalpunishment.org).

¹²⁹ Föräldrabalk 1949:381, 6 kap. 1 § (loi sur les parents), fondée sur la Prop. 1978/79:67 (message), adoptée le 16 novembre 1978 et en vigueur depuis le 1^{er} janvier 1979, modifiée par 1983:47.

¹³⁰ Suède, Föräldrabalken (1949:381) 6 kap. 1 : « Children are entitled to care, security and a good upbringing. Children shall be treated with respect for their person and individuality and may not be subjected to corporal punishment or any other humiliating treatment. » Allemagne, § 1631, al. 2, BGB : « Kinder haben ein Recht auf gewaltfreie Erziehung. Körperliche Bestrafungen, seelische Verletzungen und andere entwürdigende Maßnahmen sind unzulässig ». L'Autriche a adopté en 2011, en complément au § 137, al. 2, ABGB (« Die Anwendung jeglicher Gewalt und die Zufügung körperlichen oder seelischen Leides sind unzulässig »), la formulation suivante à l'art. 5, al. 1, de la *Bundesverfassungsgesetz über die Rechte der Kinder* : « Jedes Kind hat das Recht auf gewaltfreie Erziehung. Körperliche Bestrafungen, die Zufügung seelischen Leides, sexueller Missbrauch und andere Misshandlungen sind verboten. » Liechtenstein, § 137, al. 2, ABGB : « Die Anwendung jeglicher Gewalt und die Zufügung körperlichen oder seelischen Leides sind unzulässig. » Danemark, art. 2, al. 2, 2^e phrase du *Danish Act on Parental Responsibility* (2007 ; traduction non officielle) : « Children have the right to care and security. Children must be treated with respect for their person and must not be exposed to corporal punishment or other humiliating treatment. »

¹³¹ Voir nbp 130.

¹³² France, art. 371-1 du code civil : « L'autorité parentale est un ensemble de droits et de devoirs ayant pour finalité l'intérêt de l'enfant. Elle appartient aux parents jusqu'à la majorité ou l'émancipation de l'enfant pour le protéger dans sa sécurité, sa santé et sa moralité, pour assurer son éducation et permettre son développement, dans le respect dû à sa personne. L'autorité parentale s'exerce sans violence physique ou psychologique. [...] ». Espagne, art. 154 du *Código civil* : « Los hijos no emancipados están bajo la patria potestad de los progenitores. La patria potestad, como responsabilidad parental, se ejercerá siempre en interés de los hijos, de acuerdo con su personalidad, y con respeto a sus derechos, su integridad física y mental. [...] » (L'autorité parentale, en tant que responsabilité des parents, doit toujours être exercée dans l'intérêt de l'enfant, en tenant compte de sa personnalité et dans le respect de ses droits comme de son intégrité physique et psychique). Pays-Bas, art. 1:247 du *Civil Code*, (traduction non officielle) : « (1) Parental authority includes the duty and the right of the parent to care for and raise his or her minor child. (2) Caring for and raising one's child includes the care and the responsibility for the emotional and physical wellbeing of the child and for his or her safety as well as for the promotion of the development of his or her personality. In the care and upbringing of the child the parents will not use emotional or physical violence or any other humiliating treatment. ».

Protection des enfants contre la violence dans l'éducation

Certains des pays où la violence est prohibée ont également créé une base légale pour les mesures d'accompagnement et les offres d'information et de conseil : l'Allemagne a créé une base en ce sens au § 16 du *Sozialgesetzbuch*¹³³, qui prévoit notamment des propositions de résolution pacifique des conflits parmi les offres de soutien en matière d'éducation. L'Espagne a pour sa part consacré plusieurs articles à la prévention, à la sensibilisation et à l'identification précoce dans sa nouvelle loi de juin 2021 visant la protection intégrale des enfants et des adolescents contre la violence¹³⁴.

Les répercussions sur le comportement des parents de l'interdiction par la loi de la violence dans l'éducation ont été analysées sur plusieurs années, notamment en Suède, en Norvège, en Autriche et en Allemagne. À moyen terme, l'interdiction et les campagnes de sensibilisation et d'information (en fonction de leur durée et de leur ampleur) ont fait évoluer le comportement des parents et diminué la tolérance envers la violence¹³⁵.

3.6 Appréciation

Les considérations qui précèdent peignent un tableau limpide de la situation juridique en Suisse : la violence envers les enfants n'est pas autorisée par le droit en vigueur, pas plus que dans le cadre de l'éducation parentale.

Le droit international fixe aujourd'hui un cadre juridique interdisant la violence envers les enfants dans tous les contextes, et ces dispositions sont contraignantes pour la Suisse (voir ch. 3.1). De plus, les recommandations en la matière, notamment celles du Conseil de l'Europe, ne prévoient pas seulement une interdiction de la violence, mais aussi des instructions pour une approche positive et non violente de l'éducation. Même si elles ne sont pas juridiquement contraignantes, ces recommandations doivent être prises en compte en Suisse.

Le droit constitutionnel garantit le droit des enfants et des jeunes à une protection particulière de leur intégrité et à l'encouragement de leur développement (art. 11 Cst.). Tant le droit civil que le droit pénal contiennent des normes qui permettent ou rendent obligatoire l'intervention des autorités pour protéger les enfants. Après un signalement, les autorités de protection de l'enfant doivent clarifier la situation des enfants et prendre les mesures qui s'imposent (voir ch. 3.3). Diverses dispositions du CP s'appliquent aux cas de violence répréhensibles (ch. 3.4). Enfin, dans le domaine de la prévention, les mesures de soutien des services d'aide à l'enfance et à la jeunesse et la sensibilisation constituent des leviers importants. Ces mesures, déjà proposées par des prestataires privés ou publics, ont un impact, car il est prouvé qu'ils ont une influence à long terme sur les mentalités en matière d'éducation. Ils consistent notamment à proposer des solutions constructives et non violentes aux parents et à les discuter avec eux afin qu'ils disposent de moyens mieux appropriés pour gérer les conflits. La Confédération encourage et soutient le renforcement des systèmes cantonaux de protection des enfants et des jeunes et accorde des aides financières à des organisations privées actives dans ce domaine à l'échelle nationale ou régionale¹³⁶.

¹³³ Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII), consacré à l'aide aux enfants et aux jeunes (KJHG).

¹³⁴ Ley Orgánica 8/2021, de 4 de junio, de protección integral a la infancia y la adolescencia frente a la violencia. Jefatura del Estado «BOE» núm. 134, de 05 de junio de 2021 Referencia : BOE-A-2021-9347, disponible sous [Ley Orgánica 8/2021, de 4 de junio, de protección integral a la infancia y la adolescencia frente a la violencia. \(boe.es\)](https://www.boe.es/boe/BOE-A-2021-9347.html).

¹³⁵ POSITION CFEJ 2019, p. 7 ss ; BUSSMANN ET AL. 2011. Dans son étude portant sur cinq pays, Bussmann conclut que la violence corporelle dans l'éducation est bel et bien plus rare dans les pays où elle est expressément interdite par la loi. En revanche, les campagnes d'information semblent moins influencer le comportement éducatif dans les pays qui n'ont pas légiféré.

¹³⁶ Voir nbp 11.

Protection des enfants contre la violence dans l'éducation

Le Conseil fédéral estime donc qu'il n'est pas nécessaire de légiférer en droit civil pour protéger les enfants. Le CC contient déjà des normes et des directives qui circonscrivent l'éducation des enfants par les parents à un cadre donné (art. 296, 301 et 302 CC) et duquel il ressort incontestablement que la violence dans l'éducation n'est pas autorisée aujourd'hui, même si la loi ne le dit pas expressément (voir ch. 2.1.1 et 3.3). Le Conseil fédéral estime en outre qu'il n'appartient pas à l'État d'imposer aux parents des directives supplémentaires pour l'éducation de leurs enfants. Dans le chapitre qui suit et eu égard aux développements internationaux (voir ch. 3.5), il donne toutefois suite au postulat en proposant une solution concrète et aussi susceptible que possible de rallier une majorité pour inscrire l'éducation sans violence dans la loi.

4 Proposition de disposition dans le code civil

4.1 Remarques liminaires

Le postulat 20.3185 demande d'examiner *comment* inscrire dans le CC la protection des enfants contre la violence dans l'éducation et demande au Conseil fédéral de proposer une *solution susceptible de rallier une majorité*. À cet effet, un échange informel avec les milieux intéressés et concernés¹³⁷ a eu lieu au cours des travaux de l'administration, dont les résultats ont été pris en considération dans le présent rapport. En outre, dans l'éventualité d'un mandat législatif futur, la procédure de consultation permettrait à toutes les personnes et organisations intéressées, ainsi qu'aux cantons et aux partis politiques de s'exprimer sur la norme proposée.

4.2 Sens et but de la nouvelle disposition

Une éventuelle nouvelle disposition devrait avant tout revêtir un **caractère programmatique** et délimiter plus clairement le cadre conceptuel de l'éducation parentale en faveur des enfants. Comme le font valoir les partisans d'une telle norme, elle pourrait favoriser l'activité des différents professionnels (p. ex. enseignants, services sociaux, autorités pénales, APEA) qui sont confrontés à des familles touchées par la violence. Une norme explicite dans le CC pourrait faire comprendre aux parents enclins à la violence qu'un tel comportement envers les enfants est inadmissible, même s'il est soi-disant motivé par des raisons éducatives.

L'inscription dans la loi du principe de l'éducation non violente devrait clarifier à titre **préventif** cette obligation parentale. Pour cette raison, une nouvelle disposition légale ne devrait pas être intégrée aux dispositions du CC relatives à la protection de l'enfant ni parler de punition ou de sanction, au risque de donner un mauvais signal, comme si l'APEA ou les autorités de poursuite pénale devaient intervenir systématiquement en cas de violence dans l'éducation. Or, il n'en est rien : en cas de violation d'une telle nouvelle norme, les parents et les enfants devraient d'abord bénéficier de **soutien** pour gérer le conflit et non se voir sanctionnés¹³⁸. Si le comportement des parents laisse toutefois supposer une mise en danger du bien de l'enfant dans un cas concret, les mécanismes habituels de protection de l'enfant entreraient en ligne de compte comme aujourd'hui (voir ch. 3.3 et 4.3.4), à l'instar des poursuites pénales pour voies de fait réitérées ou lésions corporelles (voir ch. 3.4). Rien ne devrait changer à cet égard. En toute logique, il serait donc préférable d'intégrer le principe de l'éducation sans violence dans les dispositions du CC relatives à l'autorité parentale et au devoir d'éducation des parents.

¹³⁷ À savoir l'association ÉDUCATION SANS VIOLENCE, la fondation Protection de l'enfance Suisse, le Marie Meierhofer Institut für das Kind (MMI) ainsi que la CFEJ, la COPMA et la CDAS.

¹³⁸ Dans le même esprit, à propos du §1631, al. 2, BGB, voir MÜKoBGB/Huber, 8^e éd. 2020, BGB §1631 N 27.

Protection des enfants contre la violence dans l'éducation

Les parents devant rester **autonomes dans le choix de leurs méthodes d'éducation**, il ne s'agirait pas d'en imposer une en particulier. La loi ne devrait toujours pas prescrire ni interdire de méthodes spécifiques. L'éducation non violente continuerait à être considérée comme un prérequis de l'intérêt supérieur de l'enfant et du respect de sa personnalité. La pratique montre toutefois que la compréhension du bien de l'enfant et du respect de sa personnalité peut varier considérablement d'un individu à l'autre, notamment en ce qui concerne l'éducation et les méthodes employées à cet effet. Il serait donc d'autant plus important que les parents puissent s'informer sur les méthodes non violentes existantes et demander conseil à un spécialiste en cas de besoin.

Parallèlement à l'adoption d'une nouvelle disposition, il semble donc judicieux de mettre en place des **mesures d'accompagnement** afin d'informer et de sensibiliser les parties concernées (en particulier les parents, les enfants et les professionnels)¹³⁹. Dans ce contexte, il serait également judicieux d'**étendre les offres existantes de conseil et d'aide** facilement accessibles ou d'améliorer l'accès à ces offres pour les parents et les enfants. Chacun pourrait ainsi obtenir le soutien nécessaire sans déclencher une intervention immédiate des autorités pénales ou de protection de l'enfant¹⁴⁰. Comme mentionné plus haut (ch. 3.5 et 3.6), les expériences des pays étrangers montrent également que les mesures d'accompagnement de cet ordre et les programmes de sensibilisation sont décisifs pour mettre un terme à la violence corporelle.

4.3 Proposition d'ajout à l'art. 302 CC

4.3.1 Formulation proposée

Sur la base des considérations précédentes, la **formulation suivante de l'art. 302 CC** serait une solution concrète envisageable :

Art. 302 CC [ajouts à l'al. 1, 2^e phrase, et nouvel al. 4 soulignés]

¹ *Les père et mère sont tenus d'élever l'enfant selon leurs facultés et leurs moyens et ils ont le devoir de favoriser et de protéger son développement corporel, intellectuel et moral. En particulier, ils sont tenus de l'éduquer sans recourir à des châtiments corporels ni à d'autres formes de violence dégradante.*

² *Ils doivent donner à l'enfant, en particulier à celui qui est atteint de déficiences physiques ou mentales, une formation générale et professionnelle appropriée, correspondant autant que possible à ses goûts et à ses aptitudes.*

³ *À cet effet, ils doivent collaborer de façon appropriée avec l'école et, lorsque les circonstances l'exigent, avec les institutions publiques et d'utilité publique de protection de la jeunesse.*

⁴ *Les cantons veillent à ce que les père et mère et l'enfant puissent s'adresser ensemble ou séparément aux offices de consultation en cas de difficultés dans l'éducation.*

¹³⁹ Voir BUSSMANN ET AL. 2011; nbp 135.

¹⁴⁰ Voir également la recommandation du CRC de 2015 à la Suisse (Observations finales CRC-CH 2015 : ch. 39), qui lui suggère non seulement d'inscrire l'interdiction, mais aussi « d'intensifier ses efforts pour promouvoir des formes positives, non violentes et participatives d'éducation des enfants et de discipline ».

Protection des enfants contre la violence dans l'éducation

4.3.2 Inscrire dans la loi le devoir parental d'éducation sans violence

Le principe de l'éducation sans violence découle déjà des art. 301, al. 1, CC (soins et éducation en vue du bien de l'enfant) et 302, al. 1, 1^{re} phrase, CC (favoriser et protéger le développement corporel et intellectuel ; voir ch. 2.1.1 et 3.3). Il serait concrétisé par une 2^e phrase à l'art. 302, al. 1, CC, qui obligerait expressément les parents à éduquer l'enfant sans recourir à des châtiments corporels ni à d'autres formes de violence dégradante. Dans l'esprit du principe fondamental du bien de l'enfant de l'enfant, une telle disposition permettrait de fixer certains garde-fous.

À l'instar du reste de l'art. 302 CC, la nouvelle norme devrait s'adresser expressément aux *parents* et être formulée non pas comme une interdiction, mais comme une *règle* ou une *obligation*. Cette formulation suivrait ainsi l'approche rédactionnelle des législations néerlandaise, française et espagnole, qui ont consacré l'éducation sans violence dans le cadre de l'autorité parentale¹⁴¹.

Une telle disposition obligerait explicitement les parents à éduquer l'enfant « sans recourir à des châtiments corporels ni à d'autres formes de violence dégradante ». Le caractère dégradant est l'élément fondamental de ces actes déjà inadmissibles aujourd'hui, car la dignité humaine de l'enfant (voir ch. 3.2) est spécifiquement bafouée et insuffisamment prise au sérieux par de telles punitions et d'autres formes d'éducation violente¹⁴².

Par *châtiments corporels*, on entend en principe aussi bien les agressions physiques légères (p. ex. gifles, tapes, secousses) que les agressions physiques graves (coups avec des objets comme une ceinture ou un bâton, brûlures, coups de pied, etc. ; voir ch. 2.2.2. Les châtiments corporels légers sont des gestes qui ont surtout un caractère humiliant ou dégradant. L'expression « autres formes de violence dégradante » constitue un critère de référence pour les actes de violence ou les manquements des parents qui portent atteinte à la dignité humaine et aux droits de la personnalité, à l'honneur et à l'estime de soi de l'enfant dans une mesure injustifiable par rapport au motif de la mesure éducative¹⁴³. Il peut s'agir de violence psychologique avec ou sans intention de punir. Celle-ci est plus difficile à appréhender et peut notamment prendre la forme d'un acte de violence verbale, p. ex. lorsqu'un parent menace, insulte, blesse, méprise, effraie, humilie ou rabaisse l'enfant, mais aussi s'il l'ignore, le met à l'écart ou l'isole¹⁴⁴. Dans le cas de la violence psychologique, on part généralement du principe qu'il existe un schéma répétitif d'interactions néfastes entre les parents et l'enfant. Parallèlement, la négligence physique ou psychologique de l'enfant et le fait d'être témoin de violence domestique peuvent également relever d'autres formes de violence dégradante (voir également ch. 2.2.2).

La classification exacte d'un acte de violence en tant que châtiment corporel ou autre forme de violence dégradante ne devrait guère avoir d'importance, car certains actes, en particulier des formes de violence physique légère, peuvent aussi bien relever de l'un que de l'autre. Qui plus est, les formes de violence se combinent souvent en pratique, p. ex. des coups assortis d'insultes, sans compter que les châtiments corporels ont non seulement un impact sur la santé physique de l'enfant, mais aussi sur sa santé mentale et sur sa relation avec ses parents. Il faudrait donc renoncer à établir une liste détaillée des comportements autorisés

¹⁴¹ Les législations française, espagnole et néerlandaise sont citées à la nbp 132.

¹⁴² Voir p. ex. pour le droit allemand 20 JAHRE GEWALTFREIE ERZIEHUNG IM BGB, Zusammenfassung.

¹⁴³ S'agissant de la formulation du droit allemand « und andere entwürdigende Massnahmen », voir p. ex. BeckOK BGB/Veit BGB § 1631 N 24 et les références citées, ainsi que NK-BGB/RAKETE-DOMBEK/BERNING §1631 N 14.

¹⁴⁴ Voir également ch. 2.2.2.

Protection des enfants contre la violence dans l'éducation

ou interdits (voir ch. 2.2.3), comme l'ont fait les pays étrangers étudiés, et ce à plus forte raison dans la mesure où les comportements en matière de punition évoluent avec le temps¹⁴⁵.

Le champ d'application d'une telle nouvelle disposition devrait toutefois être délimité. Diverses situations d'éducation courantes devraient être exclues du champ d'application de la norme. Premièrement, les parents doivent toujours pouvoir intervenir physiquement pour protéger l'enfant d'un danger imminent (voir ch. 2.2.3), p. ex. s'il se précipite dans la rue ou cherche à toucher une plaque de cuisson brûlante. Deuxièmement, une intervention physique doit rester possible lorsqu'elle est nécessaire en l'espèce et qu'aucune mesure éducative plus légère (avertissement, appel à la raison, distraction) n'est de nature à résoudre la situation (p. ex. soulever l'enfant et le placer dans une poussette ou un chariot lorsqu'il crie par terre au supermarché parce qu'il n'obtient pas le produit qu'il veut ; voir également ch. 2.2.3). Ces situations ont en commun le fait que l'intervention physique n'a pas pour but de punir ni d'humilier l'enfant. Cette dernière se distingue ainsi de l'usage inadmissible et délibéré de la force à l'encontre d'un enfant dans le but d'infliger un certain degré de douleur, de gêne ou d'humiliation à des fins punitives¹⁴⁶.

4.3.3 Faciliter l'accès aux offres d'aide et de conseil

Comme indiqué au ch. 4.2, en parallèle à la concrétisation législative du principe de l'éducation sans violence, il serait utile d'étendre les offres d'aide et de conseil facilement accessibles aux parents et aux enfants, de sorte qu'ils puissent obtenir du soutien en cas de besoin, celui-ci allant de l'information sur les méthodes d'éducation existantes jusqu'à des conseils spécialisés.

L'art. 302 CC pourrait donc être complété par une disposition appelant les cantons à mettre suffisamment d'offices de consultation à la disposition des parents ou à améliorer les offres existantes. Une prescription de cet ordre serait liée aux dispositions en vigueur : l'art. 302, al. 3, CC prévoit déjà que les parents doivent collaborer de façon appropriée avec l'école et, lorsque les circonstances l'exigent, avec les institutions publiques et d'utilité publique de protection de la jeunesse. Il en découle pour les parents l'obligation, en cas de difficultés éducatives ou scolaires, de consulter lorsque c'est nécessaire les services spécialisés de l'école ou l'autorité de protection de l'enfant (voir ch. 2.1.1)¹⁴⁷. L'art. 171 CC (protection de l'union conjugale) exige pour sa part des cantons qu'ils « veillent à ce que les conjoints puissent dans les difficultés de leur vie d'époux s'adresser, ensemble ou séparément, à des offices de consultation conjugale ou familiale ». En ce sens, une disposition adaptée pour les offres de conseil serait envisageable à l'art. 302 CC, dans un nouvel al. 4. Dans la droite lignée de l'art. 171 CC, qui a pour objectif de compléter la protection judiciaire du mariage, voire de la rendre superflue¹⁴⁸, on pourrait imaginer que ces offices de consultation complètent les mesures de protection de l'enfant afin, dans l'idéal, de rendre une intervention de l'APEA superflue.

Cette disposition semble judicieuse dans la mesure où il existe déjà aujourd'hui un réseau bien développé d'offres d'aide, mais auxquelles la CFEJ estime que l'accès n'est pas garanti partout de la même manière en raison des différences régionales en matière de prise en charge (voir ch. 2.3). Comme pour la mise en œuvre de l'art. 171 CC, les cantons garderaient

¹⁴⁵ Voir également FASSBIND, PJA, p. 550.

¹⁴⁶ Voir CRC, Observation générale n° 8 (2006), ch. 14 (nbp 50).

¹⁴⁷ BSK ZGB I-SCHWENZER/COTTIER, Art. 302 N 13

¹⁴⁸ Voir BK-HAUSHEER/REUSSER/GEISER, Art. 171 ZGB N 5.

Protection des enfants contre la violence dans l'éducation

une grande marge de manœuvre dans l'organisation de ces offres : ils seraient libres de fournir les services eux-mêmes ou de soutenir des entités privées¹⁴⁹.

Une telle offre de services en amont pour la prévention et le conseil en matière d'éducation pourrait donc également limiter le nombre de mesures de protection de l'enfant nécessaires et contribuer ainsi à économiser les ressources des APEA¹⁵⁰, bien qu'il ne s'agisse toujours que d'une offre aux parents et aux enfants et non d'une obligation pour les parents¹⁵¹.

4.3.4 Conséquences sur les interventions des APEA et les mesures de protection de l'enfant

Avec la nouvelle norme proposée, une violation de l'obligation parentale d'éducation sans violence n'instaurerait pas d'automatisme, dans le sens qu'elle ne déclencherait pas directement une intervention de l'APEA et l'adoption d'une mesure de protection. En effet, le seuil de mise en danger du bien de l'enfant devrait rester le même qu'aujourd'hui¹⁵². Ce n'est que si le comportement des parents dans un cas concret laissait supposer une mise en danger du bien de l'enfant que les mécanismes habituels de protection entreraient en ligne de compte, conformément aux principes de subsidiarité et de complémentarité. Par conséquent, la nouvelle norme ne signifierait pas que tout comportement des parents pouvant être assimilé à un châtiment corporel ou à une autre forme de violence dégradante mènerait d'emblée à une intervention de l'APEA ou à une mesure de protection de l'enfant. Comme avec le droit en vigueur, il faudrait plutôt que le bien de l'enfant soit menacé de manière tangible (voir ch. 3.3).

En cas de signalement, les interactions entre les APEA et les offices de consultation resteraient également inchangées : si une mesure de protection de l'enfant n'apparaît pas nécessaire à l'issue de l'évaluation de l'APEA, des conseils et d'autres mesures de soutien continueraient à être proposés aux personnes concernées. C'est déjà très souvent le cas aujourd'hui, puisqu'environ la moitié des signalements n'aboutissent pas à une mesure de protection de l'enfant, mais à des offres de conseils pour les parents et l'enfant (voir ch. 3.3 avec renvoi à l'étude Interface, p. 55 s.).

5 Conclusions

Les parents doivent éduquer leurs enfants et pouvoir leur imposer des limites. Selon l'observation générale n° 8 du Comité des droits de l'enfant de l'ONU, les parents doivent fournir aux enfants les orientations et les indications nécessaires afin de contribuer à une croissance les conduisant à une vie responsable dans la société¹⁵³. Les mesures éducatives qui portent atteinte à l'intégrité physique ou psychique de l'enfant n'en font toutefois pas partie.

¹⁴⁹ Ces considérations se fondent sur : BSK ZGB I-SCHWANDER, Art. 171, N 4 ; KUKO ZGB-FANKHAUSER, Art. 171, N 4 ; CR CC I-CHAIX, Art. 171, N 2.

¹⁵⁰ Des services préventifs de cet ordre ont par ailleurs déjà été proposés en juin 2021 par la COPMA pour lutter contre la surcharge des services des curatelles professionnelles (voir les recommandations de la COPMA du 18 juin 2021 relatives à l'organisation des services des curatelles professionnelles, disponibles sous : https://www.kokes.ch/application/files/9316/2814/2389/COPMA_recommandations_curatelles_professionnelles.pdf).

¹⁵¹ Ce soutien aux parents dans leur travail d'éducation irait également dans le sens de l'Observation générale n° 8 du Comité des droits de l'enfant de l'ONU, qui considère la prévention comme la priorité absolue en cas d'interdiction de la violence, ainsi que de l'Observation générale n° 13, selon laquelle, conformément à l'art. 19 CDE, l'appui nécessaire doit être fourni à l'enfant et à ceux à qui il est confié. Voir CRC, Observation générale n° 8, ch. 38 : « L'impératif primordial d'une révision législative destinée à interdire les châtimements corporels à l'égard des enfants dans leur famille est la prévention : il s'agit de prévenir la violence contre les enfants en faisant évoluer les attitudes et la pratique, en insistant sur le droit des enfants à une égale protection et en instituant un cadre dépourvu d'ambiguïté pour la protection de l'enfant et la promotion de formes positives, non violentes et participatives d'éducation des enfants ». De même, CRC, Observation générale n° 13, ch. 1 : « Ces mesures de protection doivent comprendre, selon qu'il conviendra, des procédures efficaces pour l'établissement de programmes sociaux visant à fournir l'appui nécessaire à l'enfant et à ceux à qui il est confié [...] ».

¹⁵² Pour le droit allemand, voir également MüKoBGB/Huber, 8^e éd., 2020, BGB §1631 N 28 au sujet des mesures judiciaires prévues par les § 1666 s. BGB en cas de mise en danger du bien de l'enfant.

¹⁵³ Voir CRC, Observation générale n° 8 (2006), ch. 13.

Protection des enfants contre la violence dans l'éducation

Pour le Conseil fédéral, la situation juridique actuelle est claire. Le droit de correction est aboli depuis longtemps et le recours à la violence dans l'éducation, quelle que soit sa forme, est incompatible avec le bien de l'enfant. Celle-ci entre en contradiction avec la Constitution (art. 11 Cst.), mais aussi avec les dispositions du code civil relatives à l'autorité parentale et à l'éducation (art. 296, 301 et 302 CC), qui élèvent le bien de l'enfant au rang de principe directeur. Par conséquent, le droit pénal comme le droit de la protection de l'enfant contiennent des dispositions visant à punir la violence dans l'éducation et à protéger l'enfant contre cette violence.

Même si la situation juridique est claire, des études ont montré qu'une minorité d'enfants en Suisse subissent encore avec une certaine régularité des violences de la part de leurs parents (voir ch. 2.3). Le Conseil fédéral estime que cette situation peut être améliorée en premier lieu par des offres de conseil et de soutien pour les parents comme les enfants et par des programmes de sensibilisation active. C'est pourquoi la Confédération encourage et soutient déjà financièrement de telles mesures (voir ch. 1.2). Le Conseil fédéral estime donc qu'il n'y a pas lieu de créer une nouvelle norme légale pour l'éducation sans violence.

Le présent rapport montre toutefois comment le principe de l'éducation sans violence pourrait être inscrit concrètement dans le code civil et du surcroît d'une manière susceptible de rallier une majorité. L'art. 302, al. 1, CC pourrait ainsi être complété par une seconde phrase disposant que les parents sont tenus d'éduquer l'enfant « sans recourir à des châtiments corporels ni à d'autres formes de violence dégradante ». Il ne s'agirait aucunement de criminaliser et de sanctionner les parents en cas d'infraction ni de restreindre leur liberté générale d'éducation en leur imposant un modèle éducatif particulier. L'esprit de la norme serait plutôt celui d'un principe directeur, en mettant l'accent sur le bien de l'enfant et sur l'aide appropriée à apporter aux parents et aux enfants concernés. La réglementation pourrait ainsi être utilisée en premier lieu pour la prévention. À titre de mesure d'accompagnement, il pourrait également être utile de compléter l'art. 302 CC par un nouvel al. 4 demandant aux cantons de mettre des offres de conseil facilement accessibles à la disposition des parents et des enfants en cas de difficultés dans l'éducation. Il ne s'agirait pas d'une nouvelle tâche ou obligation pour les cantons, car de tels services de conseil existent déjà dans la plupart d'entre eux.

Si davantage de personnes faisaient usage des offres de conseil, cela pourrait également décharger les APEA qui, conformément aux principes de subsidiarité et de complémentarité, n'interviendraient que dans une étape ultérieure, en cas de mise en danger du bien de l'enfant. Par rapport au système actuel de protection de l'enfant, le seuil d'intervention de l'APEA ne devrait pas être modifié par la nouvelle disposition légale et encore moins abaissé. Celle-ci devrait plutôt inciter les parents à demander des conseils le plus tôt possible, de sorte qu'une intervention de l'APEA ou une mesure de protection de l'enfant ne soit pas nécessaire. La prévention de la violence devrait donc toujours rester la priorité.

Sur la base de ce rapport et de la solution concrète proposée, la prochaine étape consistera pour le Parlement à décider, dans le cadre des délibérations sur la motion 19.4632, si la protection des enfants contre la violence dans l'éducation doit être explicitement inscrite dans le CC ou si la situation des familles touchées par la violence doit continuer à être améliorée en premier lieu par des programmes de sensibilisation et d'information ainsi que des offres de soutien à l'intention des parents et des enfants.

Protection des enfants contre la violence dans l'éducation

6 Bibliographie et travaux préparatoires

6.1 Travaux préparatoires

Comité des droits de l'enfant, Observation générale n° 8 (2006), Le droit de l'enfant à une protection contre les châtiments corporels et les autres formes cruelles ou dégradantes de châtiments (art. 19, 28 [par. 2] et 37, entre autres), CRC/C/GC/8, 2 mars 2007 (cit. CRC, Observation générale n° 8 (2006)).

Comité des droits de l'enfant, Observation générale n° 12 (2009), Le droit de l'enfant d'être entendu, CRC/C/GC/12, 20 juillet 2009 (cit. CRC, Observation générale n° 12 (2009)).

Comité des droits de l'enfant, Observation générale n° 13 (2011), Le droit de l'enfant d'être protégé contre toutes les formes de violence, CRC/C/GC/13, 18 avril 2011 (cit. CRC, Observation générale n° 13 (2011)).

Comité des droits de l'enfant, Observations finales concernant les deuxième à quatrième rapports périodiques de la Suisse CRC/C/CHE/CO/2-4 du 26 février 2015 (cit. Observations finales CRC-CH 2015).

Comité des droits de l'enfant, Observations finales concernant le rapport de la Suisse valant cinquième et sixième rapports périodiques, CRC/C/CHE/CO/5-6 du 22 octobre 2021 (cit. Observations finales CRC-CH 2021).

Conseil fédéral, Convention des Nations Unies relative aux droits de l'enfant : Réponse de la Suisse à la liste de points établie avant la soumission du rapport de la Suisse valant 5^e et 6^e rapports périodiques, Berne, 18 décembre 2020 (cit. 5^e et 6^e rapports périodiques CRC Suisse).

Examen périodique universel, Rapport du groupe de travail sur l'Examen périodique universel, Suisse, A/HRC/8/41, 28 mai 2008 (cit. EPU Suisse 2008).

Examen périodique universel, Rapport du groupe de travail sur l'Examen périodique universel, Suisse, A/HRC/22/11/Add.1, 5 mars 2013 (cit. EPU Suisse 2012).

Examen périodique universel, Rapport du groupe de travail sur l'Examen périodique universel, Suisse, A/HRC/37/12, 29 décembre 2017 (cit. EPU Suisse 2017).

Message du Conseil fédéral du 2 décembre 2016 concernant l'approbation de la convention du Conseil de l'Europe sur la prévention et la lutte contre la violence à l'égard des femmes et la violence domestique (convention d'Istanbul), FF **2017** 163.

Message du Conseil fédéral du 15 avril 2015 concernant la modification du code civil (Protection de l'enfant), FF **2015** 3111.

Office fédéral des assurances sociales, Violence envers les enfants : Concept pour une prévention globale. In : Office fédéral des assurances sociales (éd.) : Famille & Société, Hors-série du bulletin Questions familiales. Berne 2005 (cit. Rapport OFAS 2005).

Rapport du Conseil fédéral du 27 juin 2012 en réponse au postulat Fehr (07.3725) du 5 octobre 2007, « Violence et négligence envers les enfants et les jeunes au sein de la famille : aide à l'enfance et à la jeunesse et sanctions des pouvoirs publics » (cit. Rapport po. Fehr 2012).

6.2 Bibliographie

BAIER DIRK, MANZONI PATRIK, HAYMOZ SANDRINE, ISENHARDT ANNA, KAMENOWSKI MARIA ET AL. (2018). Elterliche Erziehung unter besonderer Berücksichtigung elterlicher Gewaltanwendung in der Schweiz: Ergebnisse einer Jugendbefragung, Haute école zurichoise des sciences appliquées, 2018, disponible sous <https://digitalcollection.zhaw.ch/handle/11475/12531> (cit. BAIER ET AL. 2018).

BOLLIGER CHRISTIAN, SAGER PATRICIA, État des lieux de l'octroi d'aides financières en vertu de l'article 26 LEEJ, rapport de recherche 12/17, août 2017, disponible sous www.ofas.admin.ch > Aides financières > Aides financières prévues par la loi sur l'encouragement de l'enfance et de la jeunesse (LEEJ) > Aides pour des programmes cantonaux visant à constituer et à développer la politique de l'enfance et de la jeunesse (art. 26 LEEJ) (cit. BOLLIGER/SAGER 2017).

BRÜSCHWEILER BETTINA, CAVELTI GIANLUCA, FALKENRECK MANDY, GLOOR SYBILLE, HINDER NICOLE, KINDLER TOBIAS, ZAUGG DÉsirÉE, Kinderrechte aus Kinder- und Jugendsicht. Kinderrechte-Studie Schweiz und Liechtenstein 2021, (éd.) UNICEF Schweiz und Liechtenstein und dem Institut für Soziale Arbeit und Räume (IFSAR) des Departements der Sozialen Arbeit der OST – Haute école spécialisée de la Suisse orientale, 2021 (cit. Étude UNICEF 2021).

BÜCHLER ANDREA, JAKOB DOMINIQUE (éd.), Kurzkommentar, Schweizerisches Zivilgesetzbuch, 2^e éd., Zurich 2018 (cit. KUKO ZGB-AUTOR/IN, Art. ... N ...).

BUSSMANN KAI-D., ERTHAL CLAUDIA, SCHROTH ANDREAS, Wirkung von Körperstrafenverböten. Erste Ergebnisse der europäischen Vergleichsstudie zu den «Auswirkungen eines gesetzlichen Verbots von Gewalt in der Erziehung», RdJB 4/2008, p. 404 à 422 (cit. BUSSMANN ET AL. 2008).

BUSSMANN KAI-D., ERTHAL CLAUDIA, SCHROTH ANDREAS, Effects of Banning Corporal Punishment in Europe. In : Durrant/Smith (éd.), Global Pathways to Abolishing Physical Punishment (p. 299 à 322), 2011 (cit. BUSSMANN ET AL. 2011).

CLEMENS VERA, SACHSER CEDRIC, WEILEMANN MITJA, FEGERT JÖRG M., 20 Jahre gewaltfreie Erziehung im BGB. Aktuelle Einstellungen zu Körperstrafen und elterliches Erziehungsverhalten in Deutschland. Ein Blick auf Veränderungen seit der parlamentarischen Entscheidung von 2000, Ulm, novembre 2020 (cit. 20 JAHRE GEWALTFREIE ERZIEHUNG IM BGB).

COMMISSION FÉDÉRALE POUR L'ENFANCE ET LA JEUNESSE CFEJ, Le droit de l'enfant à une éducation sans violence : Situation en Suisse, champs d'action et recommandations de la CFEJ. Position de la Commission fédérale pour l'enfance et la jeunesse CFEJ, Berne, novembre 2019 (cit. POSITION CFEJ 2019).

Conférence des directrices et directeurs cantonaux des affaires sociales (CDAS), Recommandations pour le développement de la politique de l'enfance et de la jeunesse dans les cantons, 19 mai 2016 (cit. Recommandations CDAS 2016).

DE LUZE ESTELLE, Les punitions corporelles dans l'éducation des enfants, état des lieux et perspectives pour la Suisse, ZKE 3/2012, p. 224 à 241 (cit. DE LUZE, ZKE).

DE LUZE ESTELLE, Le droit de correction notamment sous l'angle du bien de l'enfant. Etude du droit suisse, thèse, Lausanne 2011 (cit. DE LUZE, THÈSE).

Protection des enfants contre la violence dans l'éducation

EHRENZELLER/SCHINDLER/SCHWEIZER/VALLENDER (éd.), St. Galler Kommentar Bundesverfassung, 3^e éd., 2014 (cit. AUTEUR, St. Galler Kommentar zu Art. ... N ...).

Étude Optimus Suisse, Mauvais traitements envers les enfants en Suisse : Formes, assistance, implications pour la pratique et le politique, 2018 (cit. Étude Optimus III), disponible sous <https://www.hslu.ch/-/media/campus/common/files/dokumente/sa/forschung/optimus-3-booklet-study-ch-iii-fr.pdf>.

FASSBIND PATRICK, Züchtigungsrecht contra Gewaltverbot bei der Ausübung der elterlichen Personensorge, PJA 2007, p. 547 ss (cit. FASSBIND, PJA).

FASSBIND PATRICK, Systematik der elterlichen Personensorge in der Schweiz, thèse, Bâle/Genf/München 2006 (cit. FASSBIND, DISS).

GEISER THOMAS, FOUNTOLAKIS CHRISTIANA (éd.), Basler Kommentar, Zivilgesetzbuch I, 6^e éd., Bâle 2018 (cit. BSK ZGB I-AUTEUR, Art. ... N ...).

HAU WOLFGANG, POSECK ROMAN ([éd.], Beckscher Online-Kommentar zum BGB, 61^e éd., 1^{er} février 2022 (cit. BeckOK BGB/AUTEUR, BGB § ... Rn ...).

HAUSHEER HEINZ, REUSSER RUTH, GEISER THOMAS, Berner Kommentar ZGB, Band II, Berne 1999 (cit. BK-HAUSHEER/REUSSER/GEISER, Art. ... N ...).

INTERFACE, Evaluation Kindes- und Erwachsenenschutzrecht, Analyse der organisatorischen Umsetzung und Kennzahlen zu Leistungen und Kosten, 5 avril 2016, disponible sous : www.ofj.admin.ch > Société > Projets législatifs en cours > Protection de l'enfant et de l'adulte (cit. Étude Interface).

KAISER DAGMAR, SCHNITZLER KLAUS, SCHILLING ROGER, SANDERS ANNE (éd.), NomosKommentar BGB, Familienrecht, 4^e éd. 2021 (NK-BGB/AUTEUR § ... Rn ...).

MACALUSO ALAIN, MOREILLON LAURENT, QUELOZ, NICOLAS (éd.), Commentaire Romand Code pénal II, 1^{re} éd., Bâle 2017 (cit. CR CP II-AUTEUR, art. ... N ...).

MEIER PHILIPPE, STETTLER MARTIN, Droit de la filiation, 6^e éd., Genève/Zurich 2019 (cit. MEIER/STETTLER).

MICHEL MARGOT, Höchste Zeit für den endgültigen Abschied vom elterlichen Züchtigungsrecht, Recht 1/2021, p. 55 à 59 (cit. MICHEL).

NIGGLI MARCEL ALEXANDER, WIPRÄCHTIGER HANS (éd.), Basler Kommentar Strafrecht, Strafgesetzbuch, Jugendstrafgesetzbuch, 4^e éd., 2019 (cit. BSK StGB- AUTOR/IN, Art. ... N ...).

PICHONNAZ PASCAL, FOËX BÉNÉDICT (éd.), Commentaire Romand Code civil I, 1^{re} éd., 2010 (cit. CR CC I- AUTOR/IN, art. ... N ...).

RAVEANE ZENO, Die Ausübung der elterlichen Sorge. Unter besonderer Berücksichtigung der Autonomie der Eltern, Berne 2021 (cit. RAVEANE).

RYSER BÜSCHI NADINE, Familiäre Gewalt an Kindern, Eine Untersuchung der Umsetzung der staatlichen Schutzpflichten im Strafrecht, Zurich 2012 (cit. RYSER BÜSCHI).

Protection des enfants contre la violence dans l'éducation

SCHÖBI DOMINIK, KURZ SUSANNE, SCHÖBI BRIGITTE, KILDE GISELA, MESSERLI NADINE, LEUENBERGER BRIGITTE, Bestrafungsverhalten von Eltern in der Schweiz. Physische und psychische Gewalt in Erziehung und Partnerschaft in der Schweiz: Momentanerhebung und Trendanalyse, Université de Fribourg, 2017 (cit. SCHÖBI ET AL. 2017).

SCHÖBI BRIGITTE, HOLMER PAULINE, RAPICAULT ANGELA, SCHÖBI DOMINIK, Bestrafungsverhalten von Eltern in der Schweiz. Eine wissenschaftliche Begleitung der Präventionskampagne «Starke Ideen – Es gibt immer eine Alternative zur Gewalt», Institut de recherche et de conseil dans le domaine de la famille, Université de Fribourg, 2020 (cit. SCHÖBI ET AL. 2020).

SCHWAB DIETER (éd.), Münchener Kommentar zum BGB, 8^e éd., 2020 (cit. MüKoBGB-Auteur, 8^e éd., 2020, BGB § ... N ...).

TRECHSEL STEFAN (éd.), Praxiskommentar Schweizerisches Strafgesetzbuch, 4^e éd., 2021 (cit. PK StGB-TRECHSEL/GETH, Art. ... N ...).

TROST TANJA, Das elterliche Erziehungsrecht und die Persönlichkeitsrechte des Kindes. Eine Untersuchung am Beispiel von Cognitive Enhancement, Berne 2017 (cit. TROST).

WALDMANN BERNHARD, BELSER EVA MARIA, EPINEY ASTRID (éd.), Basler Kommentar Bundesverfassung, 1^{re} éd., 2015 (cit. BSK BV- AUTEUR, Art. ... N ...).

ZELLER GIOIA, JOHN LENA, Protection et intérêt supérieur de l'enfant en maison d'accueil pour femmes. Un rapport de la Fédération Solidarité femmes de Suisse et du Liechtenstein, en collaboration avec les maisons d'accueil pour femmes, à l'intention de l'Office fédéral des assurances sociales, politique de l'enfance et de la jeunesse, juillet 2020 (cit. Rapport DAO 2020).